DIW Wochenbericht

WIRTSCHAFT. POLITIK. WISSENSCHAFT. Seit 1928

38 2013

Herbstgrundlinien 2013

DIW BERLIN

von Ferdinand Fichtner, Simon Junker, Guido Baldi, Jacek Bednarz, Franziska Bremus, Karl Brenke, Dmitry Chervyakov, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Philipp König, Claus Michelsen, Malte Rieth, Dirk Ulbricht und Kristina van Deuverden

Auf moderatem Aufwärtskurs 3

Europa und die Weltwirtschaft: Erholung setzt sich fort 4

Deutsche Wirtschaft: Zögerliche Erholung 18

Wirtschaftspolitik: Zeit für grundlegende Entscheidungen 34

Interview mit Ferdinand Fichtner

»Moderater Aufwärtstrend der deutschen Wirtschaft – starke Konsumnachfrage« 41

Hauptaggregate der Sektoren 2013–2014 42

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland 44

Am aktuellen Rand Kommentar von Georg Erber

Schafft die Roaming-Gebühren ab! 48

IMPRESSUM

DIW BERLIN

DIW Berlin – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
80. Jahrgang
18. September 2013

Herausgeber
Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion
Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion
Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat
Karl Brenke

Textdokumentation
Manfred Schmidt

Pressestelle
Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung
Edenspiekermann

Satz
eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Serviceabteilung Kommunikation des DIW Berlin (kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.

DER WOCHENBERICHT IM ABO

Jede Woche liefert der Wochenbericht einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Der Wochenbericht richtet sich an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – mit Informationen und Analysen aus erster Hand.

Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:
Jahresabo zum Vorzugspreis: Der Wochenbericht zum Preis von 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand), gegenüber dem Einzelpreis von 7 Euro sparen Sie damit mehr als 40 Prozent.
Studenten-Abo: Studenten können den Wochenbericht bereits zum Preis von 49,90 Euro im Jahr abonnieren.
Probe-Abo: Sie möchten den Wochenbericht erst kennenlernen? Dann testen Sie sechs Hefte für nur 14,90 Euro.

Bestellungen richten Sie bitte an den
DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
Tel. (01806) 14 00 50 25,
20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz,
60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz
leserservice@diw.de

Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

Weitere Fragen?
DIW Kundenservice:
Telefon (030) 89789-245
kundenservice@diw.de

RÜCKBLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 30 JAHREN

Restriktionspolitik behindert wirtschaftliche Erholung

Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte 1983/84

Auch die leichte konjunkturelle Besserung in den letzten Monaten kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Anzeichen für einen nachhaltigen Aufschwung nach wie vor rar sind. Dabei haben sich die Bedingungen auf der Angebotsseite spürbar verbessert, sieht man einmal ab von dem anhaltend hohen Zinsniveau. Was in der gegenwärtigen Lage vor allem fehlt, ist ein Mehr an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage. Auch eine primär angebotsorientierte Wirtschaftspolitik hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die wechselseitigen Beziehungen zwischen Nachfrage und Angebot berücksichtigt werden.

Tatsächlich aber wird diese Voraussetzung von der Wirtschaftspolitik, insbesondere von der Finanzpolitik, nicht erfüllt: Trotz offenkundiger Fehlentwicklungen bei Wachstum und Beschäftigung hat das Ziel, die öffentlichen Defizite möglichst rasch zu verkleinern, noch immer Vorrang. Der Defizitabbau ging vor allem zu Lasten der wachstums- und beschäftigungswirksamen öffentlichen Investitionen sowie der Sozialleistungen, deren Kürzungen die Konsumnachfrage erheblich beeinträchtigen. Mit einem Teil der eingesparten Mittel wurde der Unternehmenssektor steuerlich entlastet und der ohnedies hochsubventionierte Wohnungsbau gefördert. Die dadurch ausgelösten Wachstumsimpulse reichen jedoch bei weitem nicht aus, die negativen Wirkungen der Ausgabenkürzungen zu kompensieren. Es bestätigen sich die Befürchtungen, daß ein überstürzter Defizitabbau in einer Phase der Wachstumsschwäche gesamtwirtschaftlich mehr Schaden als Nutzen anrichtet.

Wochenbericht Nr. 38/83 vom 22. September 1983

Auf moderatem Aufwärtskurs

Von Ferdinand Fichtner, Simon Junker, Guido Baldi, Jacek Bednarz, Franziska Bremus, Karl Brenke, Dmitry Chervyakov, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Philipp König, Claus Michelsen, Malte Rieth, Dirk Ulbricht und Kristina van Deuverden

Die deutsche Wirtschaft folgt einem moderaten Aufwärtstrend. Zwar war die wirtschaftliche Dynamik im zweiten Quartal hoch, diese Entwicklung dürfte aber durch Sondereffekte überzeichnet sein. Im weiteren Verlauf wird die Produktion dann stetig zunehmen; 2014 liegt das Wachstum bei 1,7 Prozent, nach 0,4 Prozent in diesem Jahr.

Nach einem schwachen Jahresauftakt hat die Weltwirtschaft im zweiten Quartal etwas Fahrt aufgenommen. Vor allem die Industrieländer lassen trotz anhaltend restriktiv wirkender Finanzpolitik eine erhöhte wirtschaftliche Dynamik erkennen; geringe Inflationsraten und eine sich verbessernde oder zumindest stabilisierende Arbeitsmarktsituation stützen den Konsum. Im Zuge zurückgehender Unsicherheit und anhaltend expansiver Geldpolitik dürfte im weiteren Verlauf auch die bisher zögerliche Investitionstätigkeit an die kräftigere Entwicklung des Konsums anknüpfen. Hingegen ist in vielen Schwellenländern aufgrund der verhaltenen binnen- und außenwirtschaftlichen Entwicklung das Expansionstempo gedämpfter. Alles in allem dürfte sich das Wachstum der Weltwirtschaft beschleunigen und im kommenden Jahr bei knapp vier Prozent liegen, nach etwa drei Prozent im laufenden Jahr.

In Deutschland war die konjunkturelle Dynamik im zweiten Quartal kräftig; diese Entwicklung war aber durch Nachholeffekte in der Bauwirtschaft infolge des strengen Winters überzeichnet. Im dritten Quartal dürfte das Wachstum etwas schwächer ausfallen, denn die Produktion in der Industrie wird nur zögerlich ausgeweitet, zuletzt war sie sogar rückläufig. Die Auftragseingänge lassen weitere, wenngleich nur moderate Zuwächse erwarten. Die gute und sich weiter aufhellende Stimmung in den Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes spricht dafür, dass die Produktion im weiteren Verlauf anziehen wird.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor gut und der Beschäftigungsaufbau setzt sich – wenn auch in etwas abgeschwächtem Tempo fort. Die zunehmende Zahl an Arbeitnehmern spiegelt sich allerdings nicht in einem entsprechenden Rückgang bei der Zahl der Arbeitslosen wider; stattdessen profitiert der Arbeitsmarkt in Deutschland auch im kommenden Jahr von Wanderungsgewinnen. Auch die Arbeitslosenquote verharrt in diesem und im nächsten Jahr bei knapp sieben Prozent. Die Lohnentwicklung wird etwas schwächer als in den vergangenen zwei Jahren, aber weiterhin kräftig sein. In einem Umfeld moderater Teuerung – die Inflationsrate dürfte in diesem Jahr bei 1,6 Prozent und im kommenden bei 1,9 Prozent liegen – wird der private Konsum die wirtschaftliche Entwicklung merklich antreiben. Dies lässt auch die Investitionen nach und nach zunehmen, die zudem durch die sich im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung belebenden deutschen Exporte gestützt werden. Aufgrund der binnenwirtschaftlichen Entwicklung legen die Importe allerdings etwas stärker zu, so dass der Außenhandel per Saldo das Wachstum leicht dämpft.

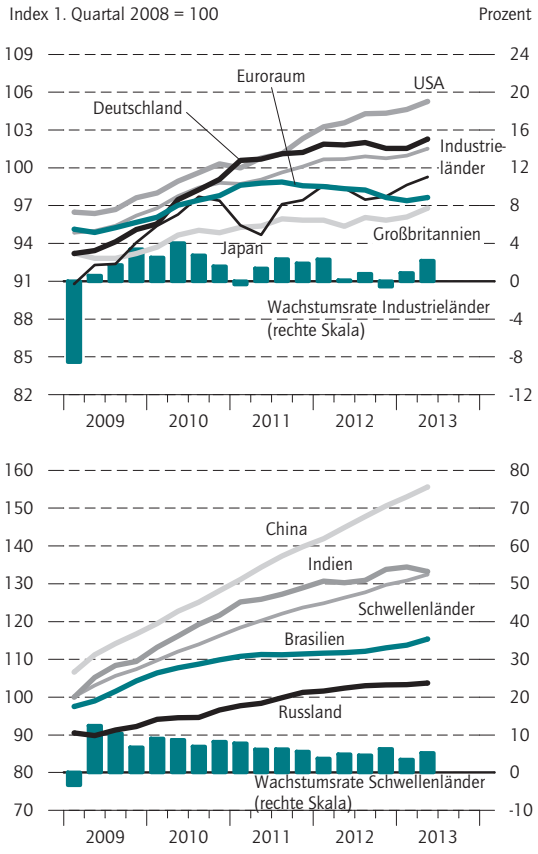
Wie bereits im Jahr 2012 werden die öffentlichen Haushalte auch im Prognosezeitraum mit einem Überschuss abschließen; in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegt er in diesem Jahr bei 0,2 und im kommenden Jahr bei 0,3 Prozent. Die günstige Entwicklung der öffentlichen Finanzen eröffnet Spielräume, die nun entschieden genutzt werden sollten, um das potentielle Wachstum der deutschen Wirtschaft zu erhöhen. So besteht in Deutschland mittlerweile erheblicher Nachholbedarf bei den öffentlichen Investitionen, allein um die Substanz zu erhalten. Gerade weil die Finanzlage der Kommunen sich zusehends verbessert, ist jetzt ein guter Zeitpunkt für eine Stärkung der wirtschaftspolitischen Aktivitäten in diesem Bereich.

Europa und die Weltwirtschaft: Erholung setzt sich fort

Nach einem schwachen Jahresauftakt hat die Weltwirtschaft im zweiten Quartal etwas Fahrt aufgenommen (Abbildung 1). Insgesamt hat sich die Dynamik dabei in Richtung der Industrieländer verschoben. Die US-Wirtschaft überraschte positiv mit solidem Wachstum, und der Euroraum fand aus der Rezession heraus. Stütze der konjunkturellen Belebung in den Industrieländern sind die zumeist geringen Inflationsraten, die die Entwicklung der Realeinkommen stärken und damit den Konsum anregen, zumal sich die Arbeitsmarktsituation in vielen Ländern allmählich verbessert. Hingegen blieb das Expansionstempo in vielen Schwellenländern – trotz einer leicht zulegenden Grunddynamik – deutlich hinter dem der Aufschwungjahre 2010 und 2011 zurück. Sowohl die binnen- als auch die außenwirtschaftliche Entwicklung fiel verhalten aus. Teils geht dies zurück auf innenpolitische Probleme. Zuletzt sorgten aber in erster Linie Turbulenzen auf den Devisenmärkten für Verunsicherung und Zurückhaltung bei den Investoren.

Abbildung 1

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Im zweiten Quartal gewann die Weltwirtschaft etwas an Schwung. Dabei hat sich die Dynamik in Richtung Industrieländer verschoben.

Insgesamt dürfte das Expansionstempo der weltwirtschaftlichen Entwicklung in den kommenden Quartalen dank der Impulse aus den Industrieländern weiter steigen (Abbildung 2). In Folge der zurückgehenden Unsicherheit – insbesondere im Zusammenhang mit der Krise im Euroraum – sollte die bisher noch eher zögerliche Investitionstätigkeit an die kräftigere Entwicklung des Konsums und die dadurch angeregte Belebung des Welthandels anknüpfen. Trotz erster Anzeichen einer Rückführung der unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen in den USA bleibt die Geldpolitik global weiterhin sehr expansiv. Mit Ausnahme einiger Hochinflations-Schwellenländer ist nicht mit einer baldigen Straffung der geldpolitischen Zügel zu rechnen, sodass das globale Umfeld niedriger Zinsen über den Prognosezeitraum weitgehend Bestand hat und die weltwirtschaftliche Entwicklung stützen dürfte; hieran ändert auch der Anstieg langfristiger Zinsen nichts, der nach der Andeutung der US-Notenbank, die expansive Liquiditätsbereitstellung allmählich zurückzufahren, zu beobachten war.

Die von der erwarteten Wende in der US-Geldpolitik ausgelösten Kapitalabflüsse aus den Schwellenländern sorgten dort für einen Anstieg der Zinsen. Dies führte bereits zu einer Verschlechterung der staatlichen Finanzierungskonditionen. Die Spielräume der Finanzpolitik, die Konjunktur anzuregen, werden hierdurch begrenzt. Noch geringer sind die Spielräume in den entwickelten Volkswirtschaften, wo angesichts hoher staatlicher Schuldenstände ebenfalls eine restriktive Finanzpolitik auf der Agenda steht. Im privaten Sektor setzt sich die Entschuldung fort und belastet die Konjunktur, zumal sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt zwar etwas verbessert, aber vielfach weiterhin angespannt bleibt.

Alles in allem ist daher damit zu rechnen, dass die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate der Weltwirtschaft 2013 mit 2,9 Prozent ähnlich schwach wie im Vorjahr

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft
In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr											
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Euroraum	1,6	−0,6	−0,3	1,0	2,7	2,5	1,4	1,6	10,2	11,4	12,0	11,8
Frankreich	2,0	0,0	0,1	0,8	2,1	2,0	0,9	1,5	9,6	10,2	10,9	10,8
Italien	0,5	−2,4	−1,7	0,5	2,9	3,3	1,5	1,7	8,4	10,5	12,0	12,0
Spanien	0,4	−1,4	−1,4	0,5	3,2	2,4	1,4	1,0	21,7	25,1	26,2	24,7
Niederlande	1,0	−1,3	−1,1	0,8	2,5	2,8	2,7	1,6	4,5	5,3	6,6	7,2
Vereinigtes Königreich	1,1	0,2	1,0	1,5	4,5	2,8	2,7	2,3	8,1	8,0	7,7	7,4
USA	1,8	2,8	1,5	2,1	3,1	2,1	1,4	1,8	8,9	8,1	7,5	7,0
Japan	−0,6	2,0	1,6	1,7	−0,3	0,0	−0,1	0,4	4,6	4,4	4,0	3,8
Südkorea	3,7	2,0	2,9	4,9	4,1	2,2	1,2	1,9	3,4	3,2	3,2	3,0
Mittel- und Osteuropa	5,2	1,3	2,5	3,7	5,1	5,9	4,0	4,0	9,4	9,4	9,3	9,1
Russland	4,5	3,3	1,6	3,3	8,4	5,1	6,5	5,6	6,6	5,5	5,4	5,2
China	9,2	7,8	7,4	7,6	5,4	2,7	2,5	2,8	4,1	4,0	3,9	3,8
Indien	7,9	3,6	3,0	4,8	8,9	9,3	10,6	7,8	–	–	–	–
Brasilien	2,7	0,9	3,4	4,0	6,6	5,4	6,2	5,3	6,0	5,5	5,6	5,1
Mexiko	4,0	3,6	1,2	4,4	3,4	4,1	4,2	3,9	5,2	5,0	5,0	4,8
Industrieländer	1,5	1,4	1,0	1,7	2,7	2,0	1,3	1,6	8,4	8,4	8,3	8,0
Schwellenländer	7,2	5,0	4,8	5,8	6,2	4,7	4,9	4,4	5,4	5,1	5,0	4,9
Welt	4,2	3,1	2,9	3,8	4,4	3,3	3,1	3,0	6,9	6,8	6,7	6,4

Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

ausfällt. In der zweiten Jahreshälfte wird sich das Expansionstempo leicht erhöhen, wozu vor allem moderat steigende Wachstumsraten in den entwickelten Volkswirtschaften beitragen. Für das kommende Jahr ist eine durchschnittliche Wachstumsrate der Weltwirtschaft von 3,8 Prozent zu erwarten (Tabelle 1). Der Welthandel wird nach einem Dämpfer im zweiten Quartal 2013 wieder zur Stärke des Auftaktquartals zurückfinden (Abbildung 3).

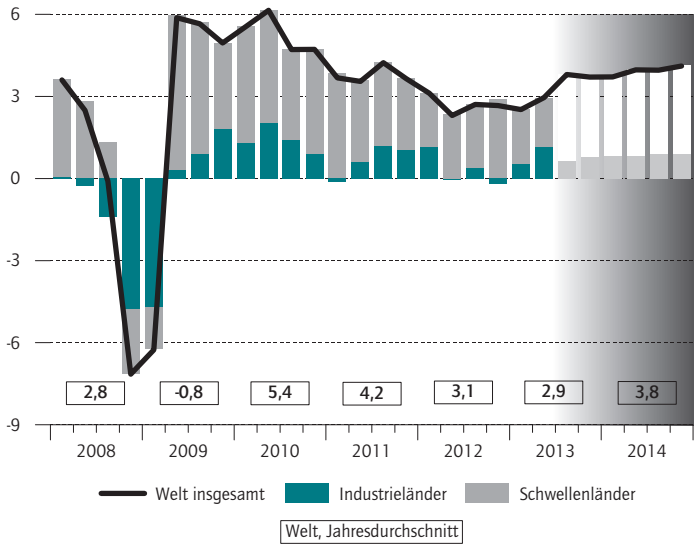
Risiken für die Prognose bestehen weiterhin in einem erneuten Aufflammen der Krise im Euroraum. Auch eine etwaige Eskalation des Konflikts in Syrien und damit verbunden steigende Ölpreise könnten die Weltkonjunktur beeinträchtigen. Ein Risiko für die weltwirtschaftliche Erholung sind zudem die Turbulenzen auf den Märkten für die Währungen einiger Schwellenländer, die zusammen mit der Verschlechterung der Leistungsbilanzen dieser Länder eine Gefahr für deren Finanzsysteme und damit die konjunkturelle Entwicklung darstellen.

Vereinigte Staaten

In den Vereinigten Staaten betrug das Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal 2013 annualisiert 2,5 Prozent (Abbildung 4). Nach dem schwachen Wachstum im

Abbildung 2

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts
In Prozent, Prozentpunkten



Quellen; Nationale statistische Ämter; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

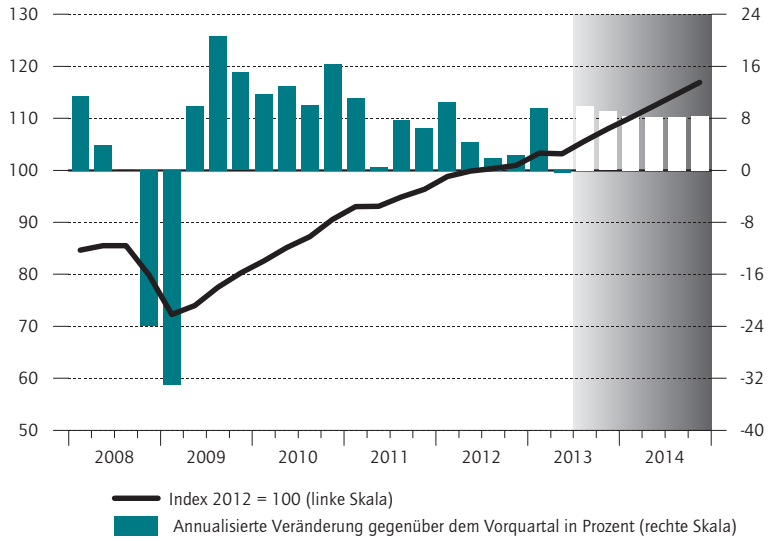
© DIW Berlin 2013

Für die Weltwirtschaft ist im Jahresverlauf mit einer sich festigenden Wirtschaftsentwicklung zu rechnen.

Abbildung 3

Welthandel

Güter- und Dienstleistungen



Quelle: Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

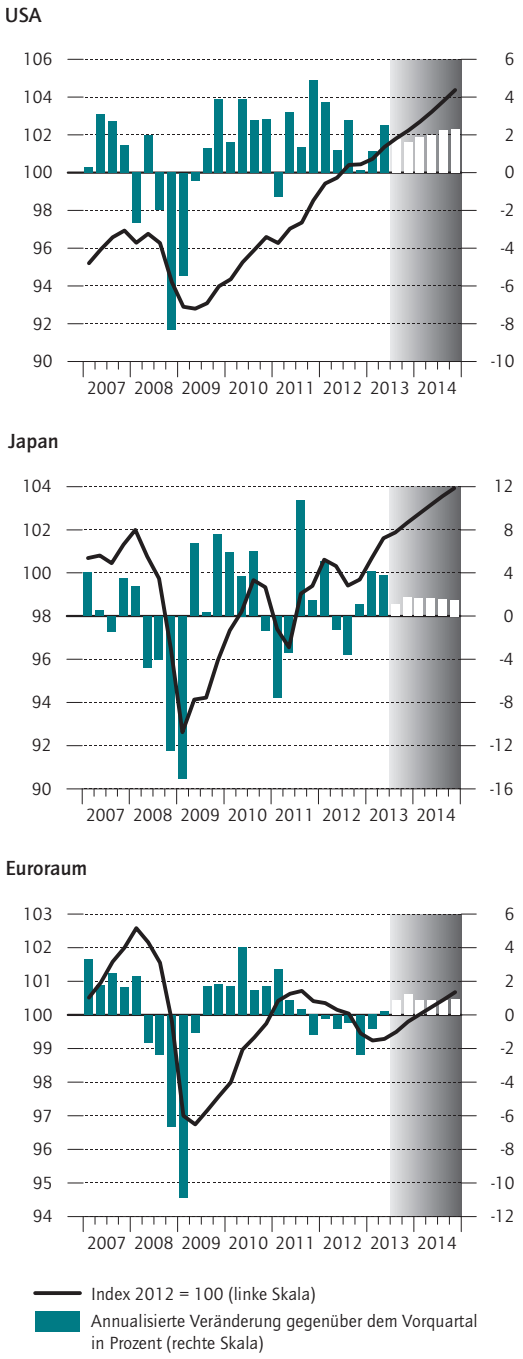
Nach einem Dämpfer im zweiten Quartal dürfte der Welthandel zu alter Stärke zurückfinden.

ersten Quartal von nur 1,1 Prozent hat die wirtschaftliche Entwicklung somit wieder an Dynamik gewonnen. Mit kräftigem Wachstum ist aber im weiteren Jahresverlauf, insbesondere vor dem Hintergrund wirtschaftspolitischer Unsicherheiten, nicht zu rechnen. Die Finanzpolitik ist weiterhin restriktiv und dürfte dies auch in den folgenden Quartalen bleiben; zudem belasten Unsicherheiten über die Ausgestaltung weiterer finanzpolitischer Konsolidierungsmaßnahmen die wirtschaftliche Entwicklung.

Die Geldpolitik ist zwar vorerst immer noch äußerst expansiv ausgerichtet. Verantwortliche der US-Notenbank haben aber verschiedentlich angedeutet, dass der geldpolitische Kurs, abhängig von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung und der Lage am Arbeitsmarkt, allmählich weniger expansiv ausgerichtet wird. Der bereits in den vergangenen Monaten zu beobachtende Anstieg der langfristigen Zinsen ist zu wesentlichen Teilen auf diese Andeutungen zurückzuführen. Bei der Zinspolitik ist bis auf weiteres aber keine Änderung zu erwarten; im Dezember des vergangenen Jahres hatte die Notenbank angekündigt, die Leitzinsen nicht anzuheben, mindestens solange die Arbeitslosenquote über 6,5 Prozent liegt und die Inflationsrate nicht über 2,5 Prozent steigt. Damit ist für den Prognosezeitraum nicht zu rechnen. Der Preisdruck wird angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung wohl ge-

Abbildung 4

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA, in Japan und im Euroraum



Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Konjunktur in den USA und in Japan überraschte positiv. In der Eurozone ist die Wende zu positiven Wachstumsraten geschafft.

ring bleiben. Die Inflationsrate wird in diesem und im nächsten Jahr unter zwei Prozent bleiben.

Der private Konsum trägt nach wie vor kräftig zum Wirtschaftswachstum bei; im zweiten Quartal nahm er gegenüber dem Vorquartal um annualisiert 1,8 Prozent zu. Der private Verbrauch wird durch die zwar immer noch moderate, aber kontinuierliche Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt gestützt. Im Juli wurden 162 000 und im August 169 000 neue Stellen geschaffen; damit lagen die Zuwächse deutlich über der Schwelle von ungefähr 150 000 Jobs, die zum Ausgleich der Bevölkerungsentwicklung erforderlich sind. Die Arbeitslosenquote ist seit Jahresbeginn um 0,5 Prozentpunkte zurückgegangen und lag im August bei 7,3 Prozent (Abbildung 5). Allerdings ist dies nicht nur auf eine zunehmende Zahl neu geschaffener Stellen zurückzuführen, sondern auch auf eine im Trend weiterhin rückläufige Erwerbsbeteiligung. Im Zuge dieser Arbeitsmarktentwicklung weisen die verfügbaren Einkommen in nominaler Rechnung einen leichten Aufwärtstrend auf (Abbildung 6). Nachdem im April im Vergleich zum Vormonat noch ein Rückgang von 0,1 Prozent zu verzeichnen war, stiegen die Einkommen im Mai und Juni um jeweils 0,3 Prozent. Die Sparquote der privaten Haushalte ist im zweiten Quartal 2013 auf 4,5 Prozent gestiegen. Auch wenn der Abbau der privaten Verschuldung noch nicht abgeschlossen sein dürfte, sind deutliche Fortschritte bei der Rückführung der privaten Schuldenquote erkennbar. Eine weitere Erhöhung der Sparquote ist nicht zu erwarten. Alles in allem bleibt der private Verbrauch eine Stütze des Wachstums.

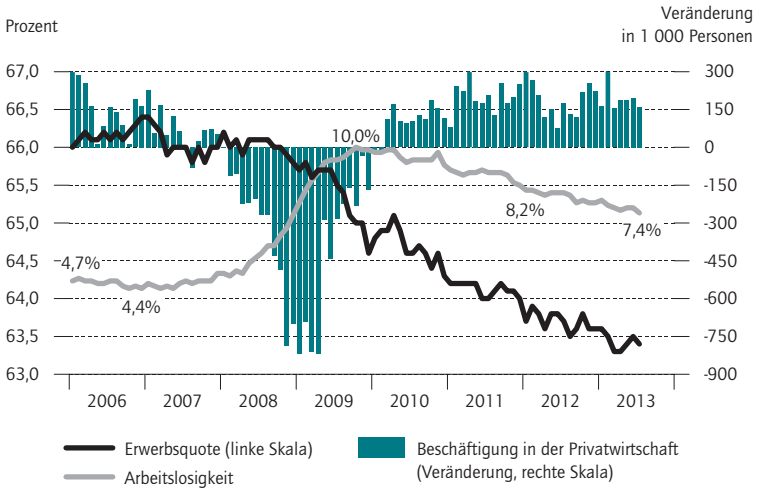
Die allmähliche Erholung des Wohnungsbaus hat sich in der ersten Hälfte des laufenden Jahres fortgesetzt. Die Zahlen zu den Baubeginnen und den Immobilienverkäufen deuten auf einen moderaten Aufwärtstrend hin (Abbildung 7). Die Preise für Einfamilienhäuser sind im Mai und Juni saisonal bereinigt kräftig, jeweils um rund ein Prozent gegenüber dem Vormonat, gestiegen. Dies weist auf eine sich nach und nach erholende Nachfrage auf dem Immobilienmarkt hin. Die allmähliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und der Rückgang der Arbeitslosigkeit werden dem Wohnungsbau auch in den folgenden Quartalen positive Impulse verleihen.

Die Unternehmensinvestitionen haben im zweiten Quartal merklich, um annualisiert 4,4 Prozent, angezogen. Dabei dürfte es sich aber teilweise auch um Nachholeffekte nach dem Einbruch um 4,6 Prozent im ersten Quartal gehandelt haben, als sich die Unternehmen angesichts der zwischenzeitlich besonders hohen Unsicherheit über die finanzpolitische Ausrichtung zurückgehalten haben. Insgesamt bleibt die Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund wirtschaftspolitischer

Abbildung 5

Arbeitsmarktsituation in den USA

Monats- und Quartalsdaten, saisonbereinigt



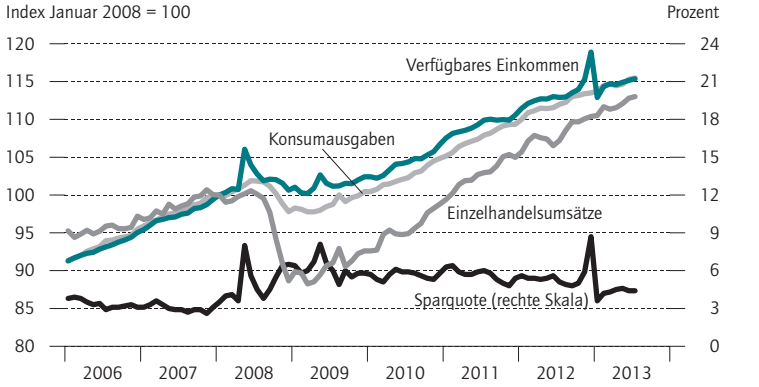
Quelle: Bureau of Labor Statistics.

© DIW Berlin 2013

Der Arbeitsmarkt hat sich zuletzt weiter erholt. Die Beschäftigungszuwächse waren kräftig und die Arbeitslosenquote ist leicht zurück gegangen.

Abbildung 6

Haushaltseinkommen und -ausgaben in den USA



Quelle: Federal Reserve, Bureau of Economic Analysis.

© DIW Berlin 2013

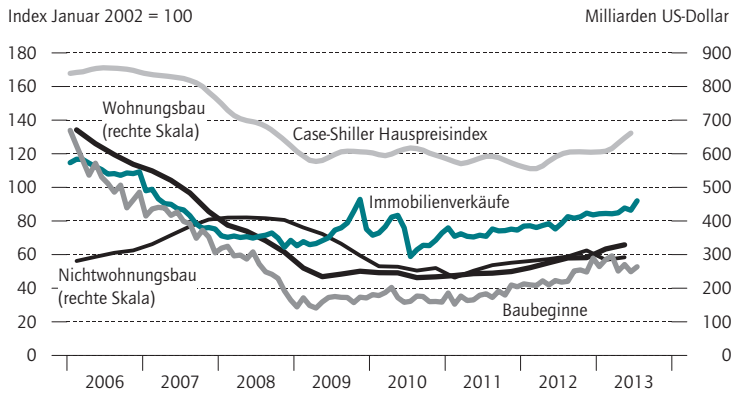
Die Einkommen der US-Haushalte steigen im Trend deutlich. Dies stützt die Konsumentwicklung.

Unsicherheiten und gestiegener langfristiger Zinssätze verhalten (Kasten 1). Da die Importe zögerlich und schwächer als die Exporte zulegen werden, wird das Leistungsbilanzdefizit weiterhin leicht rückläufig sein.

Beeinträchtigt wird die wirtschaftliche Entwicklung durch die stark restriktiv ausgerichtete Finanzpoli-

Abbildung 7

Immobilienmarkt in den USA



Quelle: Bureau of the Census, NAR, S&P, Bureau of Economic Analysis.

© DIW Berlin 2013

Die Erholung am Immobilienmarkt setzte sich zuletzt weiter fort.

tik. Zu Jahresbeginn sind – im Zuge des Auslaufens von Steuererleichterungen – insbesondere der Spitzensteuersatz für die Einkommensteuer und die Steuersätze auf Erbschaften und Kapitalerträge deutlich gestiegen. Auch ist eine mit den Konjunkturpaketen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise befristet eingeführte Senkung der Sozialabgaben ausgelaufen. Hinzu kommt, dass zum 1. März 2013 die im Zuge der Verhandlungen über die Erhöhung der Schuldengrenze im Sommer 2011 festgelegten automatischen Budgetkürzungen mit einem Volumen von etwa 0,5 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Kraft getreten sind. Da diese noch nicht ausreichen, um die derzeit gültige Schuldenobergrenze einzuhalten, bleibt die Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen Ausrichtung der Finanzpolitik aber auch nach dem Wirksamwerden dieser automatischen Kürzungen hoch. Noch in diesem Herbst muss die Obergrenze wieder erhöht werden; die hierfür notwendigen Abstimmungen zwischen den politischen Parteien über die längerfristige finanzpolitische Linie gestalten sich weiterhin schwierig. Immerhin erwartet das Congressional Budget Office (CBO) für die Zentralregierung im laufenden Fiskaljahr nur noch ein Defizit von 3,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, deutlich unter den noch im Februar erwarteten 5,3 Prozent.[1]

1 Diese deutliche Reduktion des vorausgesagten Defizits ist auf höhere erwartete Steuereinnahmen und höhere Dividendenzahlungen der Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddy Mac zurückzuführen, vgl. www.cbo.gov/publication/44172.

Alles in allem wird die US-Wirtschaft im laufenden Jahr um 1,5 Prozent wachsen. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt im Vergleich zum Vorjahr um mehr als einen halben Prozentpunkt auf 7,5 Prozent zurückgehen. Im kommenden Jahr wird die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts im Zuge nach und nach steigender Investitionen und etwas kräftigerer Exporte bei 2,1 Prozent liegen und die Arbeitslosenquote wird weiterhin sinken.

Süd- und Mittelamerika

Die konjunkturelle Entwicklung Lateinamerikas folgt weiterhin einem gemäßigten Aufwärtstrend.

Die brasilianische Wirtschaft ist seit Anfang 2012 zunehmend dynamisch gewachsen; im zweiten Quartal des laufenden Jahres hat das Bruttoinlandsprodukt kräftig, um 1,4 Prozent gegenüber dem Vorquartal, zugelegt. Getrieben wird das Wachstum vor allem durch höhere Exporte und eine gestiegene Produktion im Agrarsektor. Die Finanzpolitik ist eher expansiv ausgerichtet. Die Zentralbank hat die Leitzinsen seit Februar mehrfach angehoben, um der anziehenden Inflation zu begegnen. Zudem kam es infolge der Andeutung der US-amerikanischen Federal Reserve, ihre expansive Liquiditätsbereitstellung allmählich zurückzuführen, bereits zu erheblichen Kapitalabflüssen. Die brasilianische Zentralbank dürfte in diesem Umfeld auf einen eher restriktiven Kurs einschwenken. Im Jahresdurchschnitt wird die brasilianische Wirtschaft mit gut drei Prozent zulegen, im kommenden Jahr werden es knapp vier Prozent sein.

In Mexiko hat sich die wirtschaftliche Entwicklung merklich abgekühlt. Zum ersten Mal seit vier Jahren schrumpfte die Wirtschaft, das Bruttoinlandsprodukt sank um 0,7 Prozent. Hierzu hat die nach wie vor recht schwache Nachfrage aus den USA beigetragen. Die nach der Wahl 2012 vorherrschende Euphorie im Hinblick auf potentielle Reformen ist mittlerweile in Skepsis und Unsicherheit umgeschlagen; inländische und ausländische Investoren halten sich zunächst zurück. Die Konsumnachfrage leidet unter steigender Arbeitslosigkeit. Zwar dürfte die beabsichtigte Öffnung des Energiesektors einen deutlichen Aufschwung mit sich bringen, jedoch erst allmählich im kommenden Jahr. Auch die im Zuge der Reformen, etwa im Bildungs- und Gesundheitssystem, getätigten ausländischen Direktinvestitionen sowie der hohe Ölpreis dürften das Wachstum unterstützen.

So wird die mexikanische Volkswirtschaft in diesem Jahr mit lediglich gut einem Prozent wachsen, im kommenden Jahr liegt das Wachstum dann bei über vier Prozent.

Kasten 1

Produkte des Geistigen Eigentums gelten in den USA von nun an als Investitionen

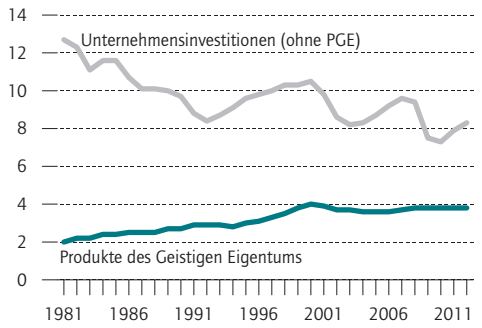
Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie für die Entwicklung von Originalen in den Bereichen Unterhaltung, Literatur und Kunst gelten in den USA seit Ende Juli 2013 als Investitionen im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Vor fünf Jahren hat sich die internationale Gemeinschaft auf diese Revision geeinigt, die im Jahr 2014 auch im Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen umgesetzt werden wird.

Mit dieser Revision soll die Statistik näher an die ökonomische Wirklichkeit herangeführt und der investive Charakter von Forschung und Entwicklung und anderer immaterieller Wirtschaftsgüter berücksichtigt werden. Diese immateriellen Investitionen – im Folgenden als Produkte des Geistigen Eigentums bezeichnet – werden in den Industrieländern immer wichtiger, weil Produkte und Dienstleistungen zunehmend wissensbasiert und somit immaterieller Natur sind. Nach dem Einbezug von Computer-Software Ende der 90er Jahre werden nun also weitere Kategorien immaterieller Güter in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Investitionen erfasst. Bislang wurden sie als Vorleistungen im Produktionsprozess behandelt und somit vom Wert der Produktion abgezogen. Von nun an werden die Produkte des geistigen Eigentums als separate Kategorie zu den Investitionen zählen. Investitionen in Computer-Software werden nicht mehr als Ausrüstungsinvestitionen behandelt, sondern in diese neue Kategorie umgebucht.

Die Revision hat merkliche Auswirkungen auf die Höhe der Investitionen und des Bruttoinlandsprodukts. Laut den Ende Juli veröffentlichten Zahlen der amerikanischen Statistikbehörde ist das nominale Bruttoinlandsprodukt der USA beispielsweise für das Jahr 2012 um fast 500 Milliarden Dollar oder rund drei Prozent höher als auf Grundlage der bisherigen Abgrenzung. Damit ändern sich auch wichtige Kennziffern, die zur Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Qualität der Staatsfinanzen herangezogen werden. Die private Investitionsquote hat sich für das vergangene Jahr von 13,1 auf 15,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht und die Schuldenstandsquote der zentralstaatlichen Ebene ist von 72,6 auf 70,1 Prozent gefallen. Die materiellen Investitionen sind seit 1981 im Trend rückläufig (Abbildung 1), während der Anteil der Produkte des Geistigen Eigentums am Bruttoinlandsprodukt zulegen konnte. Allerdings ist der Anteil dieser neuen Investitionskategorie seit Beginn der 2000er Jahre etwa konstant geblieben. Für die Konjunkturanalyse ist zu beachten, dass die Investitionen in Produkte des Geistigen Eigentums weniger stark schwanken als die übrigen Unternehmensinvestitionen (Abbildung 2). So sind etwa während der Rezession im Jahr 2008 die Produkte des Geistigen Eigentums weniger stark eingebrochen als die materiellen Investitionen der Firmen. Die privaten Investitionen als Ganzes werden deshalb nach der neuen Abgrenzung weniger volatil sein als zuvor.

Abbildung 1

Produkte des Geistigen Eigentums (PGE)
In Prozent des Bruttoinlandsprodukts

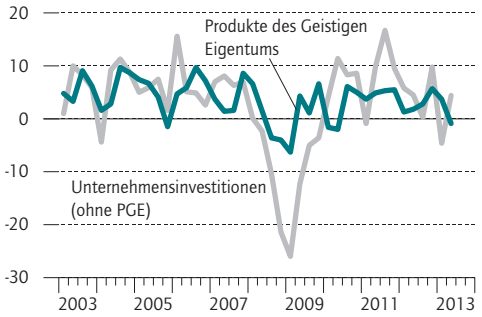


Quelle: Bureau of Economic Analysis.

© DIW Berlin 2013

Abbildung 2

Produkte des Geistigen Eigentums (PGE)
Annualisierte Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent



Quelle: Bureau of Economic Analysis.

© DIW Berlin 2013

Japan

Die japanische Wirtschaft konnte im zweiten Quartal um 0,9 Prozent gegenüber dem Vorquartal zulegen. Dies war der dritte Anstieg in Folge nach Zuwachsraten von einem Prozent im ersten Quartal und 0,3 Prozent im Schlussquartal 2012. Zu dem deutlichen Plus haben insbesondere die privaten und öffentlichen Konsumausgaben beigetragen. Die Exporte sind mit drei Prozent zudem doppelt so schnell gestiegen wie die Importe. Hierzu hat die Abwertung des Yen beigetragen. Auch bei den Ausrüstungen der Unternehmen war zuletzt eine stärkere Dynamik erkennbar. Zudem haben die Investitionen in die öffentliche Infrastruktur im Zuge der Wiederaufbaumaßnahmen nach der Erdbeben- und Tsunamikatastrophe das Wachstum angeschoben. Die Konsumentenpreise lagen im Juli mit 0,7 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die Importpreise sind wegen der Yen-Abwertung gestiegen. Insbesondere haben sich die Preise für Energie und Lebensmittel erhöht.

Das Wachstum in Japan wird aktuell zwar zu einem erheblichen Teil von öffentlichen Ausgaben gestützt; dies dürfte angesichts der hohen Staatsverschuldung zunehmend schwierig werden. Ein Wechsel hin zu einem von den privaten Akteuren bestimmten Wachstum zeichnet sich allerdings ab. Darauf deuten auch Stimmungsindikatoren wie der Tankan-Index hin. Die Finanzierungsbedingungen der Firmen haben sich verbessert, und Kredite sind bei steigenden Börsennotierungen leichter erhältlich. Entsprechend haben die Unternehmensinvestitionen zuletzt Fahrt aufgenommen. Die Dynamik des privaten Verbrauchs, der mit 60 Prozent zur Wirtschaftsleistung beiträgt, dürfte sich aber etwas abschwächen. So ist die Anschaffungsneigung der privaten Haushalte für langlebige Gebrauchsgüter gesunken. Die Erhöhung der Umsatzsteuer, deren erste Stufe im April 2014 ansteht, wird die Konsumnachfrage dämpfen.

Alles in allem ist im Prognosezeitraum eine weitere Erholung der japanischen Volkswirtschaft zu erwarten. In diesem Jahr dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,3 Prozent zulegen, im nächsten Jahr wird die Expansionsrate bei 1,7 Prozent liegen.

China

In China schwächt sich das Wirtschaftswachstum im Trend leicht ab, auch wenn für das zweite Quartal eine Beschleunigung im Vergleich zum Vorquartal zu beobachten war. Hinter der nachlassenden Konjunktur stehen eine schwächere Export- und Investitionsentwicklung. Die Ausfuhren in die USA sind in der ersten Jahreshälfte um zwei Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen, die in die EU um drei Prozent gefallen. Die Abwertung des japanischen Yen hat die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Exporte verschlechtert. Außerdem wird die Kreditvergabe verschärft; dies zieht eine schwächere Investitionsdynamik nach sich. So hatte das Verhalten der staatlich dominierten Banken, Kredite ohne ausreichende Bonitätsprüfung an öffentliche Unternehmen zu vergeben, das Investitionsgeschehen stimuliert, aber auch den Anteil fauler Kredite erhöht. Fortan sollen Unternehmen in Branchen mit Überkapazitäten kein frisches Geld mehr erhalten, es sei denn, sie wollen damit ihren Betrieb stilllegen. Eine starke Abschwächung des Wachstums steht jedoch nicht an. So ist der Einkaufsmanagerindex der HSBC im verarbeitenden Gewerbe wieder über die Expansionsschwelle gestiegen.

Die leicht schwächere Konjunktur wird von einem Wandel in der Wirtschaftspolitik begleitet. Während früher in ähnlichen Situationen Investitionsprogramme aufgelegt oder Projekte vorgezogen wurden, um einer Verlangsamung des Wachstums vorzubeugen, scheint die neue Führung etwas geringere Zuwachsraten zu tolerieren. Stattdessen wird versucht, die aufgestauten Ungleichgewichte abzubauen. Dazu zählt auch die zunehmende öffentliche Verschuldung, die sich vor allem in den Provinzen als Folge der Konjunkturprogramme deutlich erhöht hat. Dies begrenzt die künftigen Ausgabenspielräume, auch im sozialen Bereich.

Im Prognosezeitraum dürften sich die Investitionen etwas schwächer entwickeln. Dagegen wird von der Regierung angestrebt, den Konsum der privaten Haushalte zu fördern. Allerdings sind Hemmnisse abzubauen, die ein höheres Konsumwachstum in den vergangenen Jahren verhindert haben. Dazu zählen auch stark regulierte Finanzmärkte, die private Akteure bei der Kreditvergabe benachteiligen und zum Aufblühen des Schattenbankensektors beigetragen haben. Entsprechende Reformen sind allerdings nur auf längere Sicht umsetzbar. Die geringere Investitionsdynamik dürfte daher zunächst nur teilweise durch ein stärkeres Konsumwachstum ausgeglichen werden. Angesichts der moderaten Erholung in den Industrieländern dürften jedoch die Exporte wieder stärker zulegen. Alles in allem dürfte das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr mit 7,4 Prozent schwächer als im langjährigen Mittel ausfallen. Im nächsten Jahr dürfte das Wachstum bei 7,6 Prozent liegen.

Indien

Die Konjunktur in Indien hat zuletzt nochmals deutlich an Schwung verloren. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal 2012 lag im Vorjahresvergleich bei 4,7 Prozent. Im ersten Quartal 2013 wurden 4,8 Prozent erreicht, im zweiten Quartal

4,4 Prozent. Das Wachstum wird wesentlich durch die staatliche Nachfrage gestützt. Dagegen haben sich der private Konsum und die Unternehmensinvestitionen nur schwach entwickelt. Das Außenhandelsdefizit hat sich zuletzt wieder etwas vergrößert. Die Ausfuhren werden durch die in den vergangenen Quartalen verhaltene Konjunktur in den Industrieländern gebremst, dürften sich im Prognosezeitraum aber langsam erholen. Entsprechend hat sich das Leistungsbilanzdefizit zuletzt weiter ausgeweitet. Um dem entgegenzuwirken, hat die Regierung insbesondere den Import von Gold beschränkt; so wurden etwa die Einfuhrzölle erhöht.

Eine rasche Rückkehr zu den früheren Wachstumsraten von 6,5 Prozent ist in naher Zukunft nicht zu erwarten. Auch die Planungen zum Abbau der öffentlichen Verschuldung dürften sich zunehmend als unrealistisch erweisen. Die Schuldenquote liegt bei knapp 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und dürfte sich infolge einer schwächeren wirtschaftlichen Dynamik eher wieder erhöhen. Diese Aussichten machen das Land für ausländische Investoren unattraktiver. Die Rupie hat im Zuge anhaltender Kapitalabflüsse abgewertet. Um den Kursverfall zu stoppen, hat die Notenbank die Zinsen für kurzfristige Kredite angehoben sowie indischen Auslandsinvestitionen einen Riegel vorgeschoben. Weil wichtige Importe in US-Dollar berechnet werden, verharrt die Inflation auf hohen Raten. So sind die Produzentenpreise im Sommer um sechs Prozent gestiegen, die Konsumentenpreise liegen noch immer um zehn Prozent über ihren Vorjahresständen.

In diesem Jahr dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in Indien um drei Prozent wachsen. Im kommenden Jahr dürfte das Wachstum bei knapp fünf Prozent liegen.

Euroraum

Der Euroraum überwindet langsam die Rezession. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im 2. Quartal um 0,3 Prozent im Vergleich zum Vorquartal; zum ersten Mal seit sechs Quartalen ist die Wirtschaftsleistung in der Währungsunion damit wieder gewachsen. Die Arbeitslosenquote liegt allerdings mit 12,2 Prozent noch immer sehr hoch und dürfte im kommenden Jahr nur wenig zurückgehen.

Das wirtschaftliche Wachstum im Euroraum wurde zuletzt vor allem durch die Entwicklung in Deutschland und in Frankreich getragen; auch in den Krisenländern des Euroraums zeichnet sich aber die Talsohle der wirtschaftlichen Entwicklung ab.

In Portugal scheint sich die wirtschaftliche Lage zu verbessern. Im zweiten Quartal wuchs das Bruttoinlandsprodukt um 1,1 Prozent. Die Arbeitslosenrate fiel von 17,6 Prozent zu Jahresbeginn auf 16,5 Prozent im Juli. Gleichzeitig steigt das Konsumentenvertrauen, und die Stimmung in der Gesamtwirtschaft hellt sich auf.

In Griechenland lag das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal nur noch um 3,8 Prozent unter dem Niveau des Vorjahrs, nachdem es im Vorquartal noch 5,6 Prozent unter Vorjahresniveau lag. Im Vergleich zum ersten Quartal dürfte die griechische Wirtschaft damit gewachsen sein. Dies deutet darauf hin, dass die griechische Wirtschaft die Talsohle erreicht hat. Dennoch ist das griechische Produktionsniveau innerhalb der letzten fünf Jahre um ein Viertel geschrumpft. Die Arbeitslosigkeit liegt nach wie vor auf einem Rekordniveau von 27,6 Prozent und wird sich auch nicht rasch verbessern. Dies spiegelt sich auch im Indikator für das Konsumentenvertrauen wieder, der in Griechenland im dritten Monat in Folge sank.

Für den Euroraum ist für das Gesamtjahr 2013 mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,3 Prozent zu rechnen. Im kommenden Jahr wird die Wirtschaft im Zuge der Erholung dann voraussichtlich um ein Prozent expandieren.

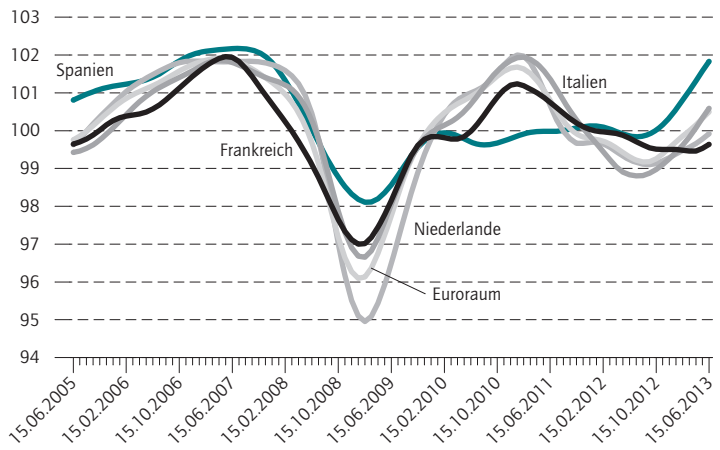
Frankreich

In Frankreich hat die wirtschaftliche Entwicklung im zweiten Quartal 2013 überraschend kräftig angezogen. Im Vergleich zum Vorquartal stieg das Bruttoinlandsprodukt um 0,5 Prozent; dies war der kräftigste Zuwachs seit dem ersten Quartal 2011. Der Composite Leading Indicator der OECD deutet auf eine Stabilisierung der Wirtschaft hin (Abbildung 8). Der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung ist seit Mai zusammengenommen um fünf Punkte gestiegen (Abbildung 9). Der Einkaufsmanagerindex der Industrie verbesserte sich seit Anfang dieses Jahres und lag im August nur knapp unter 50 Punkten.

Vor allem die Konsumausgaben haben im zweiten Quartal merklich zugelegt. Dabei haben allerdings auch Sondereinflüsse eine Rolle gespielt – so hat das recht kühle Frühjahr zu deutlich höheren Energieausgaben der privaten Haushalte geführt. Allerdings hat auch bei langlebigen Verbrauchsgütern die Nachfrage zugenommen. Mit einer stärkeren Zunahme des privaten Verbrauchs ist im Prognosezeitraum und insbesondere im kommenden Jahr aber nicht zu rechnen. Vor allem die Arbeitsmarktsituation belastet den privaten Konsum. Die Arbeitslosenquote ist weiter gestiegen und lag im Juli bei elf Prozent. Allerdings hat sich der Anstieg zuletzt etwas verlangsamt; im Zuge einer etwas kräftigeren wirtschaftlichen Entwicklung dürfte auch die Arbeitslosigkeit – wohl ab der Jahreswende – allmählich sinken. Mit kräftigen Rückgängen der Arbeitslosigkeit ist

Abbildung 8

Composite Leading Indicator
Punkte



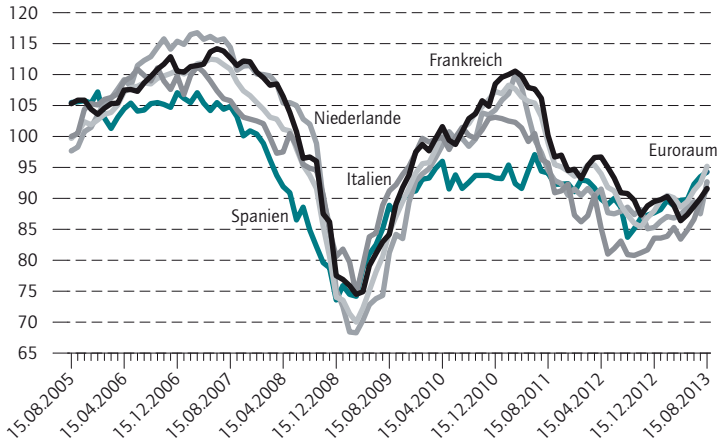
Quelle: OECD.

© DIW Berlin 2013

Die Entwicklung der Composite Leading Indicators weist auf eine Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum hin.

Abbildung 9

Indikator der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Euroraum
Index, Durchschnitt 1990 bis 2010 = 100



Quelle: Europäische Kommission.

© DIW Berlin 2013

Die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Euroraum hat sich merklich verbessert. Auch in den Krisenländern hat sich die Stimmung aufgehellt.

angesichts der gedämpften wirtschaftlichen Entwicklung aber nicht zu rechnen; die Arbeitslosenquote dürfte dieses Jahr im Durchschnitt bei 10,9 Prozent liegen, im kommenden Jahr bei 10,8 Prozent. Der private Konsum wird daher im weiteren Verlauf nur einen recht geringen Beitrag zum Wachstum leisten.

Auch die bis zuletzt kräftig gestiegenen öffentlichen Konsumausgaben dürften im weiteren Verlauf an Dynamik verlieren. Die französische Regierung ist immer noch weit davon entfernt, die im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerte Defizitregel zu erfüllen; in diesem Jahr wird das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts wohl bei etwa vier Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen und im kommenden Jahr kaum zurückgehen. Verbesserungen im Budgetsaldo hat die Regierung bisher im Wesentlichen über die Einnahmenseite, durch Erhöhungen der Steuern im oberen Einkommensbereich und auf Vermögen, erreicht; die Abgabenquote liegt mittlerweile bei 46 Prozent. So dürften im weiteren Verlauf auch die Staatsausgaben stärker zur Konsolidierung herangezogen werden; angekündigt sind insbesondere Einschnitte im öffentlichen Dienst – etwa im Bildungswesen – sowie Kürzungen im sozialen Bereich. All dies dürfte die Konsumnachfrage und die Arbeitsmarktsituation belasten.

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen ist bis zuletzt zurückgegangen. Allerdings hat sich der Rückgang im zweiten Quartal merklich verlangsamt; im Gegensatz zu früheren Quartalen haben die Banken im Bank Lending Survey der Europäischen Zentralbank auch keine weitere Verschärfung der Kreditvergabebedingungen gemeldet. Deutlich rückläufig ist hingegen nach wie vor der Wohnungsbau; die anhaltend schwierige Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung der Haushalte wird im weiteren Verlauf noch eine merkliche Belastung darstellen. Hingegen ist bei den Ausrüstungsinvestitionen trotz anhaltend geringer Kapazitätsauslastung eine leichte Erholung zu erwarten; im Laufe der Entspannung auf den europäischen Finanzmärkten ist auch mit einer Verbesserung der Finanzierungssituation der Unternehmen zu rechnen; schließlich dürften auch aufgehellte Absatzperspektiven – insbesondere im Ausland – für eine etwas zulegende Investitionstätigkeit sorgen. Seit Frühjahr weist der Geschäftsklimaindex der Europäischen Kommission für die Industrie auf eine Verbesserung der Geschäftsbedingungen hin; für den Dienstleistungsbereich waren hier zuletzt allerdings leichte Verschlechterungen zu beobachten.

Die Exporte haben im zweiten Quartal kräftig zugelegt. Insbesondere die Ausfuhren in den Euroraum sind zuletzt wieder gestiegen, nachdem sie seit Mitte 2011 dem Trend nach rückläufig waren. Auch die Exporte in EU-Mitgliedsländer außerhalb der Währungsunion haben

sich nach einer Schwächephase im Winterhalbjahr wieder spürbar erholt. Hingegen sind die Ausfuhren in den außereuropäischen Raum nach einem ausgesprochen kräftigen Jahresauftakt merklich zurückgegangen. Dies lag insbesondere an der zwischenzeitlich nachlassenden Nachfragedynamik aus den asiatischen Schwellenländern, die sich im Zuge der kommenden Quartale wieder erholen dürfte. Auch die Exportmöglichkeiten in den übrigen Euroraum werden sich im Prognosezeitraum allmählich verbessern, so dass die Exporte insgesamt auch im weiteren Verlauf positiv zum Wachstum beitragen dürften. Die Ausfuhren werden auch durch die Entwicklung der Exportpreise gestützt, die in den kommenden Quartalen weiter abwärtsgerichtet sein wird. Gemessen an den anhaltenden Problemen Frankreichs hinsichtlich der preislichen Wettbewerbsfähigkeit seiner Exporte ist diese seit Anfang 2013 zu beobachtende Korrektur überfällig; das in den vergangenen Jahren aufgebaute Leistungsbilanzdefizit der französischen Volkswirtschaft wird sich aber nur langsam zurückbilden. Dies liegt auch daran, dass die Importe, die im zweiten Quartal deutlich zugelegt haben, im weiteren Verlauf recht kräftig bleiben dürften.

Im Vergleich zum Vorjahr dürfte die Wirtschaftsleistung im Durchschnitt dieses Jahres kaum steigen. Dies liegt aber in erster Linie an dem schwachen Start ins Jahr; im weiteren Verlauf ist mit positiven Wachstumsraten zu rechnen. Im kommenden Jahr dürfte im Zuge einer leichten Belebung der Investitions- und Konsumnachfrage eine jahresdurchschnittliche Wachstumsrate von knapp einem Prozent erreicht werden.

Italien

Die italienische Wirtschaft bewegt sich langsam auf das Ende der Rezession zu. Im zweiten Quartal schrumpfte die Wirtschaftsleistung zwar noch um 0,3 Prozent. Die Indikatoren deuten aber darauf hin, dass die Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte wieder wachsen wird.

Auch der private Verbrauch ging im zweiten Quartal weiter zurück. Die Arbeitslosenquote scheint ihren Höhepunkt überschritten zu haben und nahm im Juni und Juli jeweils um einen Zehntel Prozentpunkt auf zuletzt zwölf Prozent ab. Die sich stabilisierende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dürfte den Rückgang des privaten Verbrauchs bis zum Jahresende etwas dämpfen. Darauf deuten auch positive Werte bei den Befragungen zum Konsumentenvertrauen hin. Hinzu kommt eine rückläufige Teuerungsrate, die im August mit 1,2 Prozent unterhalb des Durchschnitts im Euroraum lag. Die Beschäftigung sowie der private Verbrauch dürften sich bis Ende 2014 nur schleppend, aber kontinuierlich verbessern.

Der Außenhandel stützte im zweiten Quartal das Wachstum; einem mäßigen Anstieg bei den Exporten um gut ein Prozent standen dabei leichte Rückgänge bei den Importen gegenüber. Damit stieg auch der Leistungsbilanzüberschuss auf 3,6 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. In den kommenden Quartalen dürfte sich der positive Wachstumsimpuls des Außenbeitrags etwas abschwächen, wenn vermehrte Vorleistungsimporte im Zuge der anziehenden Produktion anfallen.

Die Anreize für Investitionen sind derzeit mäßig. Die Industrieproduktion ist im Vormonatsvergleich im Juli um 1,1 Prozent zurückgegangen, nachdem sie im Juni noch leicht zugelegt hatte. Demgegenüber signalisiert der Anstieg des Einkaufsmanagerindex des verarbeitenden Gewerbes im Juli und August, dass sich die Produktion stabilisieren dürfte. Zusammen mit den Impulsen aus dem Außenhandel lässt dieses Umfeld erwarten, dass die Unternehmensinvestitionen bis Jahresende seitwärts laufen und anschließend moderat steigen.

Die Finanzpolitik wurde zuletzt leicht gelockert. So sind nach dem Regierungswechsel im Frühjahr einige der in der Vergangenheit beschlossenen Sparmaßnahmen aufgeweicht worden. Beispielsweise wurde die Immobiliensteuer auf den Erstwohnsitz ausgesetzt. Da die Zinsen auf italienische Staatsanleihen zuletzt wieder leicht angezogen haben, dürfte die Finanzpolitik aber unter dem Druck der Finanzmärkte und der europäischen Nachbarländer bis Ende 2014 keine weiteren Lockerungen beschließen.

Insgesamt wird das italienische Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um gut eineinhalb Prozent zurückgehen. Im kommenden Jahr erholt sich die italienische Wirtschaft langsam und wächst um ein halbes Prozent.

Spanien

In Spanien ging die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal des Jahres 2013 weiter zurück. Mit 0,1 Prozent war der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts jedoch der geringste seit Anfang 2011. Viele Indikatoren sprechen dafür, dass Spanien damit den Tiefpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht hat. Die Produktion im verarbeitenden Gewerbe sinkt seit Anfang 2013 nicht mehr. Der OECD Composite Leading Indicator weist auf eine vorsichtige Erholung im weiteren Verlauf hin (Abbildung 9). Auch die Stimmungsindikatoren haben sich leicht verbessert: Der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung der Europäischen Kommission ist seit Jahresbeginn kontinuierlich, um zusammengenommen sieben Punkte, gestiegen (Abbildung Euro-Sentiment). Die Einkaufsmanagerindizes sowohl für das verarbeitende Gewerbe als auch für den Dienstleistungsbereich lagen im August erstmals seit

Anfang 2011 über 50 Punkten und signalisieren damit eine steigende Produktion.

Gestützt wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nahezu ausschließlich vom Außenhandel, während die Binnennachfrage bis zuletzt deutlich rückläufig war. Die Konsumnachfrage sowie die Investitionen haben indes im zweiten Quartal das Wachstum gedämpft. Für den Rückgang des privaten Verbrauchs dürfte in erster Linie die anhaltend schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt verantwortlich sein. Die Arbeitslosenquote liegt immer noch bei gut 26 Prozent, die Lohnsumme ist im Vergleich zum Vorjahr um fünf Prozent zurückgegangen. Allerdings zeichnet sich zuletzt eine leichte Entspannung auf dem Arbeitsmarkt ab; seit April geht die Arbeitslosenquote leicht zurück und dürfte bei fortschreitender gesamtwirtschaftlicher Erholung im weiteren Verlauf sinken. Auch der Konsumentenstimmungsindex der Europäischen Kommission hat sich seit Anfang des Jahres merklich verbessert. All das dürfte den Rückgang des Konsums etwas dämpfen; erst ab Mitte kommenden Jahres dürfte er wieder leicht steigen.

Die Bauinvestitionen gehen weiter deutlich zurück. Seit 2006 sind die Bauinvestitionen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt von knapp 25 Prozent auf zuletzt etwa zehn Prozent zurückgegangen; der Anteil liegt damit nur noch wenig über dem Durchschnitt des Euroraums. Die Rückgänge bei den Bauinvestitionen dürften sich daher im weiteren Verlauf verlangsamen und im Verlauf des kommenden Jahres zum Stillstand kommen. Eine kräftige Expansion ist in diesem Bereich aber danach nicht zu erwarten.

Die Ausrüstungsinvestitionen sind hingegen zuletzt merklich gestiegen. Nach deutlichen Rückgängen im vergangenen Jahr haben die Unternehmen seit Jahresbeginn kräftig in Maschinen und Kapitalgüter investiert; Hintergrund dürfte die robuste Exportkonjunktur sein. Die Exporte werden wohl auch im weiteren Verlauf die spanische Wirtschaft stützen. Die allmählich kräftigere Nachfrage aus dem Euroraum sowie die sich etwas günstiger entwickelnde Weltwirtschaft dürften die spanischen Ausfuhren anregen; in der Folge werden auch die Investitionen in Ausrüstungen kräftig bleiben. Insgesamt bleibt die Binnennachfrage trotzdem schwach und die Importe werden weiterhin sinken. Vom Außenhandel ist so über den gesamten Prognosezeitraum ein deutlich positiver Wachstumsbeitrag zu erwarten; der Leistungsbilanzsaldo, der zur Jahreswende erstmals seit den 80er-Jahren ein positives Vorzeichen aufwies, dürfte bis auf weiteres im Plus bleiben.

Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt in Spanien in diesem Jahr um rund eineinhalb Prozent schrumpfen. Für das nächste Jahr ist mit einer langsamen Erholung der Wirtschaft zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt 2014 dürfte die Wirtschaftsleistung aber nur um etwa ein halbes Prozent steigen.

Niederlande

Die Rezession in den Niederlanden hat sich im zweiten Quartal dieses Jahres mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,2 Prozent fortgesetzt. Die weitere Erholung wird voraussichtlich sehr langsam erfolgen, da Haushalte, Unternehmen und der öffentliche Sektor weiterhin mit der finanziellen Konsolidierung befasst sein dürften.

Der private Verbrauch dürfte auch im laufenden Vierteljahr ähnlich stark schrumpfen wie im zweiten Quartal; auch im weiteren Verlauf dürfte der Konsum weiter zurückgehen. Die realen verfügbaren Einkommen sind seit Mitte 2011 mit abnehmender Dynamik rückläufig. Bei derzeit konstanten nominalen Einkommen belastet vor allem die seit Oktober 2012 durch eine Mehrwertsteuererhöhung erhöhte Inflation die Kaufkraft der Konsumenten. Die Teuerungsrate lag im Juni mit 3,2 Prozent doppelt so hoch wie im Durchschnitt des Euroraums. Zudem wird der private Verbrauch durch die hohe Arbeitslosenquote belastet, die im Zeitraum von Mai bis Juli um einen halben Prozentpunkt auf sieben Prozent gestiegen ist. Auch im kommenden Jahr werden die Haushalte ihren Verbrauch weiter einschränken, da nach wie vor die Notwendigkeit zum Schuldenabbau besteht. Dies gilt umso mehr, als die Vermögenspreise weiter sinken. Im August gingen die Preise für selbstgenutzte Wohnimmobilien gegenüber den Vormonaten mit verminderten Raten zurück. Ein Ende des Preisverfalls auf dem Immobilienmarkt wird zentral sein für die binnenwirtschaftliche Wende in den Niederlanden, die etwa Mitte des kommenden Jahres einsetzen dürfte.

Bei den Investitionen dürfte bereits im zweiten Quartal – mit dem Anstieg um ein halbes Prozent – eine Trendwende eingesetzt haben, denn die Exporte haben wieder ordentlich angezogen. Einkaufsmanagerbefragungen der Monate Juli und August lagen auf einem 2,5-Jahreshoch und deuten darauf hin, dass die positive Dynamik bei den Investitionen keine vorübergehende Entwicklung darstellt. Auf das Exportwachstum von knapp ein Prozent im zweiten Quartal folgten im Juli weitere Zuwächse. So stiegen die Exporte im Vorjahresvergleich um moderate 1,1 Prozent, während die Importe mit 1,4 Prozent zurückgingen. Im Zuge der Stabilisierung im Euroraum dürften die Exporte wieder stärker zunehmen.

Die Finanzpolitik ist nach wie vor äußerst restriktiv ausgerichtet. Die Regierung kündigte im Juni Einsparungen für das Jahr 2014 in einem Umfang von einem Pro-

zent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (etwa sechs Milliarden Euro) an. Das avisierte Ziel, das Defizit im Jahr 2014 unter die Drei-Prozent-Marke zu drücken, wird auch angesichts der ohnehin schon schwachen Konjunktur damit aber gewiss nicht erreicht.[2]

Insgesamt wird die Wirtschaftsleistung in den Niederlanden im laufenden Jahr aufgrund der schwachen Binnenkonjunktur um gut ein Prozent zurückgehen. Im kommenden Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt bei nur mäßigen Quartalsraten dennoch insgesamt um ein knappes Prozent wachsen.

Vereinigtes Königreich

Der wirtschaftliche Ausblick für das Vereinigte Königreich hat sich im ersten Halbjahr merklich aufgehellt. So wuchs die Wirtschaft im zweiten Quartal um kräftige 0,7 Prozent. Nachdem sich die Wirtschaft in den vergangenen zwei Jahren seitwärts bewegt hat, deuten nun zahlreiche Indikatoren in Richtung einer Erholung.

Der private Verbrauch hat – bei rückläufiger Sparquote – zum Wachstum beigetragen; im zweiten Quartal waren es 0,2 Prozentpunkte. Die Arbeitslosenquote ist zuletzt leicht zurückgegangen; die hohe Inflationsrate von zuletzt 2,8 Prozent im Juli belastet aber die Entwicklung der realen Einkommen, die weiterhin leicht rückläufig sind.

Kurzfristig positiv dürfte sich die Wende auf den Immobilienmärkten auswirken; hier steigen die Preise seit Anfang des Jahres mit zunehmenden Raten. Begünstigt wird diese Entwicklung durch das *funding for lending* Programm der Bank of England, das die Finanzierungskosten für Hypothekendarlehen reduziert hat. Während langfristig neue Konjunkturrisiken aus dem Aufbau einer neuen Immobilienpreisblase und einer drohenden Überschuldung der privaten Haushalte erwachsen, dürfte sich ab der Jahreswende aus dem positiven Vermögenseffekt ein leichter Auftrieb für den privaten Verbrauch ergeben. Die in den Monaten Juli und August gestiegene Konsumentenzuversicht weist auf eine anhaltend dynamische Entwicklung des privaten Konsums hin.

Das Wachstum im zweiten Quartal wurde hauptsächlich durch die mit 3,6 Prozent kräftig gestiegenen Exporte getrieben. Dabei konnten die nach wie vor rückläufigen Exporte in den Euroraum durch Zugewinne bei den Exporten in Länder außerhalb der EU überkompensiert werden. Für das dritte Quartal zeichnet sich angesichts der Exportaufträge aber wieder eine Abschwächung der Exportzuwächse ab. In den kommenden Quartalen dürfte der Außenhandel leicht positiv zum Wachstum beitragen, wobei sich der Schwerpunkt der Exportzugewinne wieder zunehmend in Richtung der EU und des Euroraums verlagern dürfte.

Die Industrieproduktion lag zuletzt über dem Durchschnitt des zweiten Quartals. Kräftig nach oben weisen auf breiter Front die Einkaufsmanagerindizes. Für den Bausektor und das verarbeitende Gewerbe lagen sie im August deutlich im expansiven Bereich; für den Dienstleistungssektor lagen sie mit einem Wert von 60,5 Punkten besonders günstig. Damit wird der positive Trend bei den Investitionen auch im weiteren Verlauf anhalten.

Die Geldpolitik versucht Zinsanstiegen durch die Politik der *forward guidance* zu begegnen (Kasten forward guidance). Die Bank of England verpflichtet sich dabei, den zukünftigen geldpolitischen Kurs unverändert expansiv zu belassen, bis eine Arbeitslosenquote von sieben Prozent unterschritten wird.[3] Dadurch soll erreicht werden, dass die wirtschaftliche Erholung sich zunächst selbst trägt, bevor die Erwartungen über mögliche Zinsanhebungen seitens der Notenbank den Aufschwung abbremsen. Trotz der Ankündigung dieser Politik sind die Zinsen auf 10-jährige Staatsanleihen seit Ende April um mehr als ein Prozent gestiegen, wodurch die geldpolitischen Rahmenbedingungen de facto etwas weniger expansiv geworden sind. Die Finanzpolitik dürfte ihren restriktiven Kurs beibehalten.

Alles in allem wird die Wirtschaftsleistung im Vereinigten Königreich im laufenden Jahr infolge des starken ersten Halbjahrs um ein Prozent zulegen. Im Jahr 2014 dürfte das Wachstum weiter anziehen und bei etwa eineinhalb Prozent liegen.

Mittel- und Osteuropa

Die Wirtschaftsleistung der mittel- und osteuropäischen Länder ist in der ersten Jahreshälfte 2013 nur leicht gestiegen. Auf viele der Länder wirkte sich die bislang schwache Entwicklung ihrer (west-) europäischen Absatzmärkte aus. In der Türkei hat sich die wirtschaftliche Lage bis zur Jahresmitte deutlich eingetrübt.

Das polnische Bruttoinlandsprodukt ist im zweiten Quartal 2013 um 0,4 Prozent und damit etwas kräfti-

2 Offizielle Schätzungen gehen von einem Defizit für 2013 von 3,0 Prozent und für 2014 von 3,9 Prozent aus. Vgl. CPB Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis: Updated CPB Projections, 2013-2014. 14. August 2013.

3 Die Bank of England verpflichtet sich zu dieser Politik unter der Nebenbedingung, dass die Inflationserwartungen weiterhin verankert bleiben, sowie keine Risiken für die Finanzmarktstabilität entstehen. Weitere Details zur Operationalisierung siehe Bank of England (August 2013): Monetary policy trade-offs and forward guidance. www.bankofengland.co.uk/publications/Documents/inflationreport/2013/ir13aug.pdf.

ger gestiegen als im Vorquartal. Zugenommen hat vor allem die Nachfrage aus dem Ausland. Im Inland stieg der Konsum, während die Investitionen abnahmen. Die Industrieproduktion stieg. Die Bauwirtschaft entwickelte sich indes weiter rückläufig. Die Realeinkommen in der Industrie nahmen geringfügig zu. Die Arbeitslosigkeit verharrte zur Jahresmitte auf 10,6 Prozent. Angesichts der schwachen Entwicklung hat die polnische Zentralbank ihren expansiven geldpolitischen Kurs fortgesetzt und den Leitzins im Juni und Juli erneut um jeweils 0,25 Prozentpunkte auf 2,5 Prozent gesenkt. Der Geschäftsklimaindex deutet bislang nicht auf eine kräftigere Entwicklung der polnischen Wirtschaft hin. Insgesamt wird die polnische Wirtschaft 2013 weitaus weniger stark wachsen als im Vorjahr. 2014 wird in einem wieder günstigeren Umfeld eine Belebung einsetzen.

Die tschechische Wirtschaft hat im zweiten Quartal 2013 nach sechs Quartalen der Rezession mit 0,7 Prozent zwar erkennbar zugelegt. Dies ist aber vor allem auf die Auslandsnachfrage zurückzuführen, insbesondere die wieder etwas kräftigere Nachfrage aus Deutschland als wichtigstem Handelspartner. Im Inland ging die Investitionstätigkeit leicht zurück; der private Konsum nahm im Vergleich zum ersten Vierteljahr leicht zu. Anhaltspunkte für eine nachhaltige Erholung des privaten Konsums bestehen derzeit nicht. Die Produktion in Industrie und Bauwirtschaft zeigt keine Aufwärtstendenz. Die Wirtschaft wird nach einem schwachen Jahresauftakt in diesem Jahr leicht und im nächsten Jahr etwas stärker wachsen.

Das ungarische Bruttoinlandsprodukt ist im zweiten Quartal geringfügig gestiegen. Die Verkäufe von Industriegütern ins Ausland haben leicht zugenommen, im Inland gingen sie aber zurück. Nach dem langen Winter kam es in der Baubranche zu Nachholeffekten. Die Einzelhandelsumsätze sind nach einer vorübergehenden Erholung im April wieder rückläufig und deuten auf eine verhaltene Nachfrage der privaten Haushalte hin. Angesichts der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung hat die Zentralbank den Leitzins in mehreren Schritten bis Ende August auf 3,8 Prozent gesenkt. Als exportorientiertes Land bleibt Ungarn stark an die Auslandsnachfrage gekoppelt. Die Wirtschaftsleistung kann 2013 leicht und im Folgejahr deutlich zulegen.

In Rumänien hat die Wirtschaftsleistung auch im zweiten Quartal leicht zugenommen. Das Handelsbilanzdefizit hat sich im ersten Halbjahr bei steigenden Exporten und sinkenden Importen verringert. Im Inland bleibt die Nachfrage schwach. Die Teuerungsrate lag Ende Juli mit 4,4 Prozent weiterhin oberhalb des Zielkorridors der rumänischen Zentralbank; dies ist auch auf die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise und eine Anhebung der Tabaksteuer zurückzuführen. Trotzdem verfolgt die rumänische Zentralbank seit Mai einen deutlich expansiven geldpolitischen Kurs und hat in zwei Schritten den Leitzins von 5,75 auf 4,5 Prozent Anfang August gesenkt. Die leicht positive Entwicklung der rumänischen Wirtschaft wird sich in diesem und im kommenden Jahr fortsetzen.

Die bulgarische Wirtschaft ist im zweiten Quartal geringfügig geschrumpft. Die Investitionen sind gesunken, der private Konsum und die Importe nahmen leicht zu, der Export stagnierte. Am Arbeitsmarkt bleibt die Lage mit einer Arbeitslosenquote von 12,6 Prozent zur Jahresmitte schwierig. Derzeit gibt es keine Anzeichen für eine Erholung der Wirtschaft. Damit bleiben die Aussichten auf Wachstum in Bulgarien in diesem und im nächsten Jahr schlecht.

In den baltischen Volkswirtschaften hat sich im zweiten Quartal das immer noch kräftige Wachstum abgeschwächt, auf 0,5 Prozent in Lettland und 0,6 Prozent in Litauen. Insbesondere der private Konsum hat aufgrund gestiegener verfügbarer Einkommen zugenommen. Die schwache Auslandsnachfrage wirkte sich dämpfend auf die Exporte aus. In Litauen ist die hohe Arbeitslosigkeit zurückgegangen; die Quote lag zur Jahresmitte aber noch immer bei 11,7 Prozent. Insgesamt werden die beiden Volkswirtschaften in diesem und nächsten Jahr deutlich wachsen.

In der Türkei hat sich die wirtschaftliche Lage im zweiten Quartal 2013 deutlich verschlechtert. Die ausländischen Anleger ziehen ihr Kapital ab, das indes notwendig wäre, um das nach wie vor hohe Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren. Die Handelsbilanz hat sich im zweiten Quartal vor allem aufgrund gestiegener Importe weiter verschlechtert. Die Einfuhren aus der EU haben sich leicht erhöht. Seit Mai wertet die türkische Lira gegenüber US-Dollar und Euro ab. Die Inflationsrate ist bis Ende Juli 2013 auch aufgrund anziehender Nahrungsmittelpreise auf fast neun Prozent gestiegen. Damit wurde das Inflationsziel von fünf Prozent deutlich verfehlt. Die Zentralbank versucht dieser Entwicklung entgegenzuwirken und hat die Leitzinsen von 7,25 auf 7,75 Prozent angehoben. Im weiteren Jahresverlauf bleiben die Risiken beträchtlich. Der im Inland schwelende politische Konflikt kann zu weiteren Protesten führen. Der Bürgerkrieg in Syrien bedroht die Stabilität in der Region. Die Wirtschaftsleistung in der Türkei wird in diesem Jahr geringer als im Vorjahr steigen; im kommenden Jahr wird sie wieder stärker zulegen.

Russland

Das Bruttoinlandsprodukt Russlands ist im zweiten Quartal 2013 lediglich um 1,2 Prozent im Vorjahresvergleich gewachsen. In vielen Wirtschaftsbereichen, dar-

unter im Bergbau und im Maschinenbau, stagniert die Produktion. Insbesondere die im Zuge der schwachen Nachfrage aus dem Euroraum und China gedämpfte Exporttätigkeit belastet die Konjunktur. Gleichzeitig legen die Importe deutlich zu, so dass der Leistungsbilanzüberschuss merklich zurückgeht. Die ungünstigen Exportmöglichkeiten belasten zudem die Investitionstätigkeit.

Die Konsumentwicklung ist hingegen stabil; dies zeigt sich etwa an der anhaltend recht hohen Dynamik der Einzelhandelsumsätze. Auch für den Prognosezeitraum ist mit einer zwar gedämpften, aber aufwärts gerichteten Entwicklung des privaten Verbrauchs zu rechnen. Diese Entwicklung wird durch die sinkende Arbeitslosenquote von sechs Prozent zu Beginn des Jahres auf zuletzt 5,3 Prozent sowie durch die leicht rückläufige Inflation unterstützt. Zur kräftigen Investitionsnachfrage trägt auch bei, dass die russische Zentralbank auf einen expansiveren Kurs eingeschwenkt ist. Im Zuge dessen hat der Rubel deutlich abgewertet, seit Jahresbeginn um knapp zehn Prozent gegenüber Euro und US-Dollar. Dies und die zulegende Nachfrage aus dem Euroraum dürften zu einer etwas kräftigeren Entwicklung der Exporttätigkeit im Prognosezeitraum führen.

Im Jahr 2013 dürfte die russische Wirtschaft um knapp zwei Prozent zulegen. Im kommenden Jahr ist dann mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von gut drei Prozent zu rechnen.

Deutsche Wirtschaft: Zögerliche Erholung

Die deutsche Wirtschaft folgt einem moderaten Aufwärtstrend. Das Wachstum war zwar im zweiten Quartal mit 0,7 Prozent gegenüber dem ersten Vierteljahr überraschend stark, diese Entwicklung wurde aber von Nachholeffekten in der Bauwirtschaft infolge des strengen Winters begünstigt. Im laufenden Quartal dürfte das Wachstum etwas schwächer ausfallen (Tabelle 2); so ist die Produktion in der Industrie zuletzt sogar gesunken. Die Auftragseingänge weisen mit einem Plus von vier Prozent gegenüber dem Jahresbeginn auf eine schwache Aufwärtsbewegung hin. Die gute und sich weiter aufhellende Stimmung in den Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes lässt ein Anziehen der Produktion erwarten. Die sich weltweit – auch im Euroraum – erholende Wirtschaft führt zu anziehenden Exporten (Abbildung 10) und regt die Unternehmen in der Folge zu einer dynamischeren Investitionstätigkeit an. Die Importe legen etwas stärker zu, sodass der Außenhandel per Saldo das Wachstum leicht dämpft.

Die Importe werden durch die binnenwirtschaftliche Entwicklung angeregt. So schieben die Investitionen in Bauten sowie zunehmend auch in Ausrüstungen die Inlandsnachfrage an. Besonders kräftig entwickelt sich durchweg der private Verbrauch, der weiterhin von der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt profitiert. Der Beschäftigungsaufbau wird sich wohl fortsetzen, wenngleich mit weiter nachlassendem Tempo. Bereits in den vergangenen Quartalen waren die Zuwächse bei der Zahl der Beschäftigten deutlich zurückgegangen, in der Industrie ist der Beschäftigungsaufbau sogar zum Erliegen gekommen. Die Arbeitslosenquote verharrt im Prognosezeitraum bei 6,8 Prozent (Tabelle 3), da die Zahl der Erwerbspersonen, vor allem wanderungsbedingt, zunimmt.

Der Arbeitseinsatz wird, insbesondere in der Industrie, mittels der Arbeitszeit an geänderte Produktionsbedingungen angepasst. So wurde in der bis zum ersten Quartal 2013 reichenden konjunkturellen Flaute die Arbeitszeit je Erwerbstätigem deutlich reduziert. Das kräftige Wachstum im zweiten Quartal wurde von einer entsprechenden Ausweitung der Arbeitszeit begleitet, die sich im Folgenden abgeschwächt fortsetzen dürfte. Die Löhne werden, wie in den vergangenen Jahren, spürbar steigen, wenngleich mit nachlassendem Tempo.

Aufgrund der Produktionsrückgänge im Winterhalbjahr 2012/13 wird die deutsche Wirtschaft im Durchschnitt dieses Jahres nur um 0,4 Prozent wachsen. Im kommenden Jahr beträgt das Wachstum 1,7 Prozent. Die deutsche Wirtschaft bleibt damit im Prognosezeitraum un-

Tabelle 2

Quartalsdaten der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, saison- und kalenderbereinigt

	2012				2013				2014			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,0	0,0	0,3	0,1	0,2	0,5	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	0,4	−0,5	0,6	0,1	0,1	0,6	0,1	0,1	0,3	0,2	0,1	0,1
Ausrüstungen	−0,4	−3,7	−0,6	−0,3	−2,1	0,9	1,0	1,7	2,2	2,3	2,5	2,5
Bauten	−0,5	−1,0	0,5	−1,0	−2,2	2,6	2,4	1,9	0,8	−0,2	−0,3	−0,3
Sonstige Investitionen	−0,1	0,7	1,4	1,1	−0,8	1,3	0,8	1,2	1,8	1,9	2,0	2,0
Lagerveränderung[1]	−0,1	−0,1	−0,3	0,1	0,4	−0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	−0,1	−0,5	0,0	0,0	0,2	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag[1]	0,8	0,4	0,3	−0,5	−0,2	0,2	−0,3	−0,1	−0,1	−0,1	−0,1	−0,1
Ausfuhr	1,7	1,4	0,5	−1,6	−0,7	2,2	0,3	1,5	1,5	1,6	1,7	1,7
Einfuhr	0,1	0,7	0,1	−0,9	−0,4	2,0	1,0	1,8	1,9	2,0	2,0	2,0
Bruttoinlandsprodukt	**0,7**	**−0,1**	**0,2**	**−0,5**	**0,0**	**0,7**	**0,2**	**0,5**	**0,4**	**0,3**	**0,3**	**0,3**

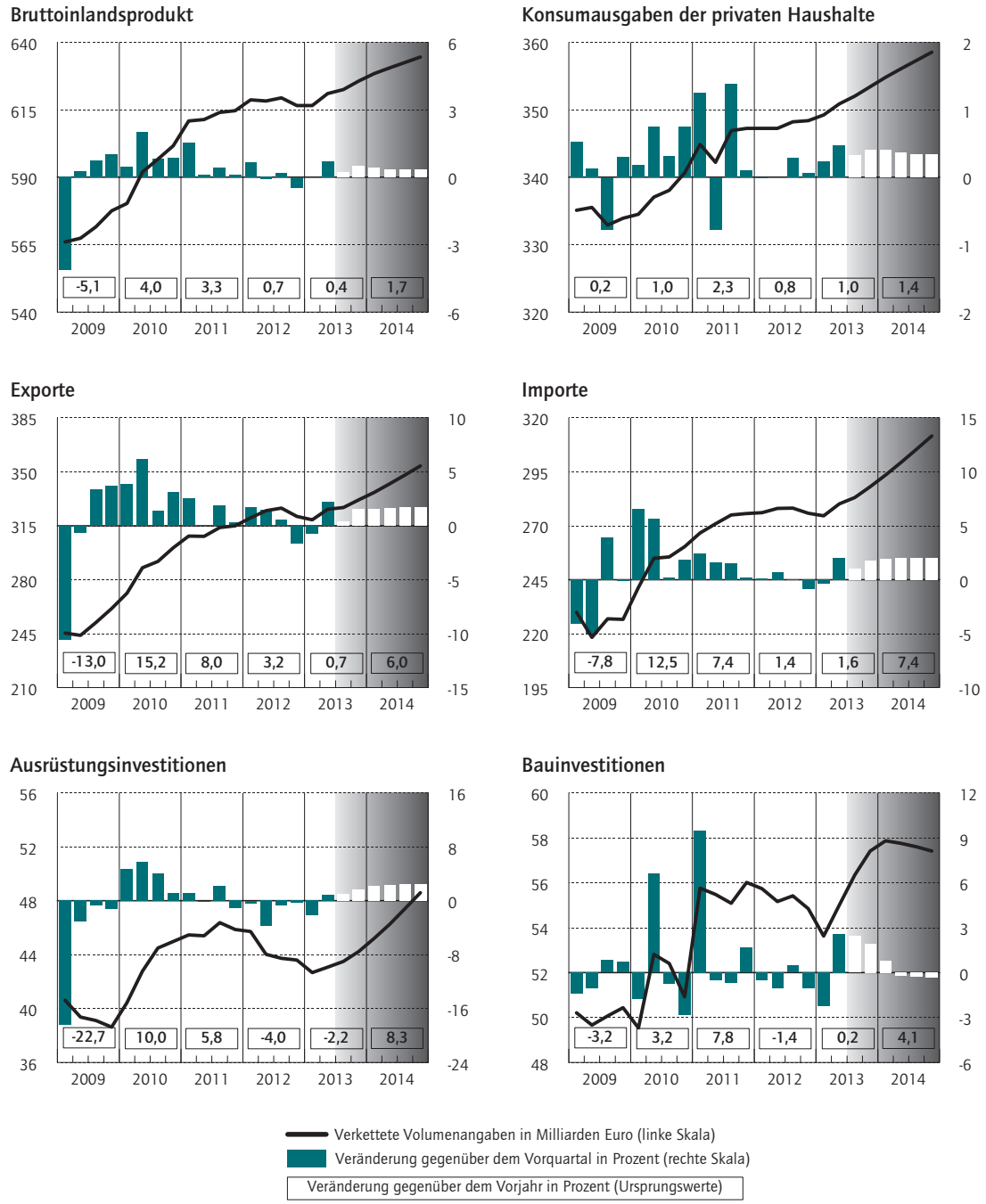
1 Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem dritten Quartal 2013.

© DIW Berlin 2013

Abbildung 10

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, 2013 und 2014 Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Tabelle 3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Reales Bruttoinlandsprodukt[1] (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	−5,1	4,0	3,3	0,7	0,4	1,7
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	40 372	40 587	41 152	41 608	41 835	42 010
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	3 230	2 947	2 501	2 315	2 296	2 301
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	3 415	3 238	2 976	2 897	2 940	2 969
Erwerbslosenquote, ILO[2]	7,8	7,1	5,9	5,5	5,4	5,4
Arbeitslosenquote, BA[2]	8,1	7,7	7,1	6,8	6,8	6,8
Verbraucherpreise[3] (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	0,3	1,1	2,1	2,0	1,6	1,9
Lohnstückkosten[4] (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	6,2	−1,5	0,8	2,8	2,3	1,7
Finanzierungssaldo des Staates[5]						
In Milliarden Euro	−73,6	−104,3	−20,2	2,4	6,1	9,2
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	−3,1	−4,2	−0,8	0,1	0,2	0,3
Leistungsbilanzsaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	6,0	6,3	6,2	7,0	7,0	6,5

1 In Preisen des Vorjahres.
2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) beziehungsweise die zivilen Erwerbspersonen (BA).
3 Verbraucherpreisindex.
4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde
5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2013 und 2014: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

terausgelastet: Die Produktionslücke weitet sich in diesem Jahr um einen Prozentpunkt aus – auf 1,6 Prozent in Relation zum Produktionspotential; im Jahr 2014 verringert sie sich geringfügig auf 1,4 Prozent.

Der Preisauftrieb bleibt in diesem Umfeld moderat. Die Inflationsrate dürfte im Jahr 2013 bei 1,6 Prozent liegen und im kommenden Jahr bei 1,9 Prozent. Die öffentliche Hand wird – wie bereits im vergangenen Jahr – mit einem Überschuss abschließen. In diesem Jahr dürfte er auf sechs Milliarden Euro steigen und im kommenden Jahr nochmals zulegen, auf dann neun Milliarden Euro. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegen die Überschüsse in diesen Jahren bei 0,2 beziehungsweise 0,3 Prozent. Bereinigt um konjunkturelle Einflüsse liegt die (strukturelle) Überschussquote noch höher, und zwar bei einem Prozent in beiden Jahren.

Verbraucherpreisinflation bleibt moderat

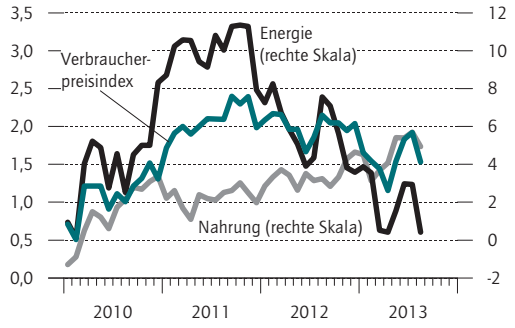
Nachdem die Inflation zwischenzeitlich bei knapp zwei Prozent lag, ist sie im August vor allem aufgrund der geringeren Preissteigerungen bei Energie auf 1,5 Prozent gesunken (Abbildung 11). Heizöl und Kraftstoffe verbilligten sich gegenüber August 2012 sogar. Auch die Abschaffung der Praxisgebühr zu Beginn dieses Jahres trug weiterhin zur im Vergleich zum Vorjahr moderaten Teuerung bei. Preistreibend wirkten dagegen Nahrungsmittel, die sich im Vorjahresvergleich um bis zu 5,7 Prozent verteuerten. Dies war zum Teil auch witterungsbedingt: So waren insbesondere Obst und Gemüse aufgrund des langen Winters und den damit verbundenen Ernteausfällen zuletzt immer noch deutlich teurer als im vergangenen Jahr. Darüber hinaus stiegen die Preise für Molkereiprodukte; dies ist unter anderem auf die gestiegene Nachfrage auf dem Weltmarkt und auf gestiegene Futtermittelpreise zurückzuführen. Die Kernrate der Inflation, also die Teuerungsrate ohne Energie und Nahrungsmittel, ist etwas gestiegen und lag im Juli und August bei jeweils 1,3 Prozent.

Im Prognosezeitraum dürfte sich der Anstieg der Kerninflation fortsetzen, da sich – selbst bei unterausgelasteter Wirtschaft – die hohen Lohnabschlüsse in den vergangenen Jahren bei steigender Konsumnachfrage nach und nach in den Preisen widerspiegeln werden. In diesem Jahr wird die Kernrate bei etwa 1,2 Prozent liegen, 2014 dürfte sie auf über eineinhalb Prozent steigen.

Der Aufwärtstrend bei den Nahrungsmittelpreisen wird sich fortsetzen und damit zu Inflationsdruck führen, zum Beispiel aufgrund weiter steigender Preise für Milchprodukte. Auch bei den Strompreisen zeichnet sich erneut ein kräftiger Anstieg für das Jahr 2014 ab, da die EEG-Umlage wieder deutlich angehoben wird. Bei niedrigen Börsenpreisen und zunehmenden Einspeisungen von Ökostrom ist bereits ein hohes Defizit zwischen Einnahmen aus der EEG-Umlage und den Zahlungen an die Ökostromproduzenten entstanden. Dieses Defizit muss durch eine Erhöhung der EEG-Umlage ausgeglichen werden. Die EEG-Umlage dürfte von derzeit 5,3 auf 6,5 Cent/kWh im kommenden Jahr stei-

Abbildung 11

Teuerungsraten nach dem Verbraucherpreisindex
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



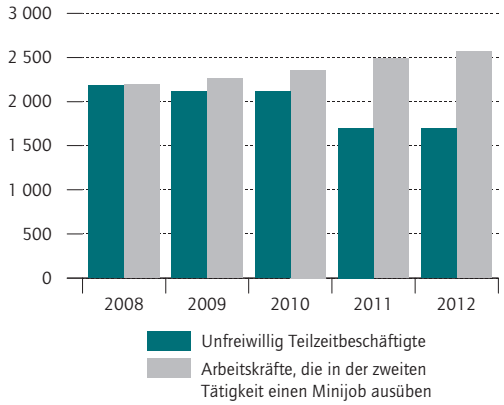
Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2013

Die Inflation liegt seit Januar 2013 unter der Zwei-Prozent-Marke. Preistreibend wirkten zuletzt vor allem Nahrungsmittel, die Energiepreise schwanken stark, lagen im August aber nur geringfügig über dem Vorjahresniveau.

Abbildung 12

Unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte und Arbeitskräfte, die in einer zweiten Tätigkeit einen Minijob ausüben
In 1 000 Personen[1]



1 Teilzeitbeschäftigte, die lieber Vollzeit arbeiten wollen = Jahresangaben; Arbeitskräfte mit einem Minijob in zweiter Erwerbstätigkeit = Angaben für Juni des jeweiligen Jahres.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Eurostat (Mikrozensus).

© DIW Berlin 2013

Die Zahl der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten nimmt stark ab, die der Personen mit Zweitjob zu.

gen, sodass die Strompreise wieder kräftig zunehmen.[4] Die Ölpreise werden im Prognosezeitraum – nach dem zwischenzeitlichen Anstieg im August – annahmegemäß jedoch leicht zurückgehen (Kasten 2), sodass die Preise für Energie insgesamt nur moderat steigen dürften. Die volatilen Ölpreise bergen allerdings, auch mit Blick auf den Konflikt in Syrien, Aufwärtsrisiken für die Energiepreise.

Insgesamt wird die Inflation in diesem Jahr bei 1,6 Prozent liegen. Im kommenden Jahr dürfte die Teuerungsrate bei kräftigerer privater Nachfrage knapp zwei Prozent betragen.

Arbeitsmarkt: Zunehmende Beschäftigung, aber kein Abbau der Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Erwerbstätigen hat zuletzt wieder etwas kräftiger zugelegt. Dennoch stieg die Arbeitslosigkeit leicht, da das Erwerbspersonenpotential stärker expandierte. Zuwächse gab es allein bei der abhängigen Beschäftigung, insbesondere bei der sozialversicherungspflichtigen. Besonders stark nahm die Zahl der Teilzeitbeschäftigten zu. Der Trend hin zu einer Mehrfachbeschäftigung hat sich ebenfalls fortgesetzt. Dabei dürfte es sich bei den Personen mit mehreren Jobs zu einem großen Teil um solche Arbeitnehmer handeln, die in ihrer ersten Tätigkeit verkürzt arbeiten und die eine weitere Teilzeitstelle angenommen haben – etwa einen Minijob. Die Aufstockung der Arbeitszeit auf diese Weise würde zu einem Teil auch erklären, dass in den vergangenen Jahren die Zahl derjenigen Teilzeitkräfte stark abgenommen hat, die länger arbeiten wollen (Abbildung 12). Weiter zurückgegangen ist die Zahl der Personen, die neben einem Minijob keiner weiteren Erwerbstätigkeit nachgehen.

Die Zahl der Selbständigen, die seit Anfang 2012 abnahm, hat im zweiten Quartal stagniert. Beeinflusst wurde die Entwicklung der selbständigen Beschäftigung zuvor auch dadurch, dass die Subventionen für arbeitslose Existenzgründer zurückgeführt wurden. Inzwischen ist die Zahl der geförderten Personen nur noch gering und bewegt sich seit einigen Monaten in einer Größenordnung von 25 000. Ein Jahr zuvor waren es noch doppelt so viele. Dass die Tendenz zur Selbständigkeit gebrochen ist, hängt möglicherweise auch damit zusammen, dass das Angebot an abhängigen Beschäftigungsverhältnissen zugenommen hat – und deshalb weniger häufig mangels Alternativen die Selbständigkeit gewählt wird.[5]

4 Die EEG-Umlage wird von den Übertragungsnetzbetreibern ermittelt und im Oktober 2013 für das Jahr 2014 bekanntgegeben. Aktuelle Schätzungen gehen von einem Anstieg der Umlage von 5,3 Cent/kWh auf 6,2 bis 7 Cent/kWh aus.

5 Vgl. zum zyklischen Verlauf von Existenzgründungen Fritsch, M., Kritikos, A., Pijnenburg, K: Unternehmensgründungen nehmen zu, wenn die Konjunktur abflaut. DIW Wochenbericht Nr. 12/2013.

Kasten 2

Annahmen

Die vorliegende Prognose stützt sich auf folgende Annahmen (Tabelle 1). Die EZB-Geldpolitik bleibt expansiv ausgerichtet. Die Rendite zehnjähriger deutscher Staatsanleihen steigt im weiteren Verlauf leicht, auch weil sich die Verunsicherung im Rahmen der Krise im Euroraum langsam zurückbildet. Der nominale Wechselkurs zwischen US-Dollar und Euro wird gemäß der üblichen Konvention über den Prognosezeitraum als konstant angenommen; in dieser Prognose wird der durchschnittliche Wechselkurs der vergangenen 30 Tage unterstellt. Der Stichtag, der allen Annahmen zugrunde liegt, ist der 2. September. Für die Ölpreisentwicklung werden die Futures auf Brentöl herangezogen, die einen leichten Rückgang im Prognosezeitraum anzeigen. Nach einem Zuwachs der Tariflöhne auf Stundenbasis um 2,7 Prozent im Jahr 2012 wird für 2013 und 2014 eine tarifliche Entgeltanhebung von jeweils 2,7 Prozent unterstellt. Die Finanzpolitik wirkt in beiden Jahren des Prognosezeitraums leicht expansiv. Im Jahr 2013 wurde der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung gesenkt und die Steuerzahler werden durch die Anhebung des Grundfreibetrags entlastet. Letzteres führt auch im kommenden Jahr nochmals zu einer Senkung der Steuerbelastung. Zudem werden in Zusammenhang mit der Flut vom Frühjahr des Jahres 2013 öffentliche Investitionen getätigt sowie Hilfen für von dem Hochwasser Betroffene geleistet (Tabelle 2).

Tabelle 1

Annahmen dieser Prognose

		2012	2013	2014
EZB-Leitzins	Prozent	0,88	0,58	0,5
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	0,5	0,2	0,4
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	3,2	2,7	2,6
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,5	1,7	2,1
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,29	1,32	1,33
Tariflöhne, Stundenbasis	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2,7	2,7	2,7
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	112,0	109,9	109,2
Erdölpreis	Euro/Barrel	87,1	79,5	76
Welthandelsvolumen	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	1,9	3,5	8,2

Stichtag 2. September 2013.

© DIW Berlin 2013

Im August war die Zahl der registrierten Arbeitslosen um reichlich 40 000 höher als im entsprechenden Monat des Vorjahres. Dabei ist diese Zunahme noch dadurch unterzeichnet, dass weitere 40 000 Personen wegen ihres Alters oder wegen der Übergabe an private Arbeitsvermittler nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden. Zugenommen hat die registrierte Unterbeschäftigung in erheblichem Maße durch Einschränkungen bei den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik – etwa durch die Verringerung von Weiterbildungsmaßnahmen, Einschränkungen bei den Lohnsubventionen und durch den fortgesetzten Abbau von Ein-Euro-Jobs.

Die Zahl der Erwerbspersonen ist vor allem wegen der Zuwanderung gestiegen. Vom Erwerbsverhalten kamen dagegen zuletzt kaum noch Impulse. So ist nach den aktuell verfügbaren Daten, die allerdings nur bis zum ersten Quartal 2013 verfügbar sind, der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nicht weiter gestiegen. Dies dürfte Ausdruck der konjunkturellen Flaute zu Jahresbeginn gewesen sein, die sich dämpfend auf die Erwerbsneigung ausgewirkt hat. Zu den Zuwanderungen gibt es keine aktuellen Zahlen. Verfügbar sind aber Angaben über die Beschäftigungsentwicklung nach der Staatsangehörigkeit. Eine Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit zeigt, dass die Zahl der Arbeitnehmer (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Minijobber) vor allem aus den 2004 zur EU beigetretenen Staaten gestiegen ist;[6] im Juni war sie um 79 000 höher als ein Jahr zuvor. Bei Arbeitnehmern aus Südeuropa (Italien, Spanien, Griechenland und Portugal) gab es im selben Zeitraum einen Anstieg um 36 000 und aus Rumänien sowie aus Bulgarien waren es zusammen 31 000 mehr. Zugleich haben auch die Zahl der Arbeitsuchenden und die der Arbeitslosen aus all diesen Staaten

6 Bundesagentur für Arbeit, Statistik: Hintergrundinformation: Auswirkungen der EU-Freizügigkeit und der EU-Schuldenkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt. Berichtsmonat: Juni 2013. Nürnberg, August 2013.

Tabelle 2

Finanzpolitische Maßnahmen[1]
Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2012

	2013	2014
Anhebung des Grundfreibetrags	−0,8	−2,4
Schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage	0,4	0,8
Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts		−0,2
Steuervereinfachungsgesetz 2011	0,2	0,2
Zweites Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und Stromsteuergesetzes	−2,3	−2,3
Strompreiskompensation		−0,4
Brennelementesteuer	−0,2	−0,2
Erhöhung der Tabaksteuer	0,2	0,4
Jahressteuergesetz 2013	−0,3	−0,3
Sonstige steuerliche Maßnahmen[2]	0,1	0,1
Einführung der LKW-Maut auf Bundesstraßen	0,1	0,1
Betreuungsgeld	−0,0	−0,5
Flut-Hilfefonds	−1,6	−3,2
Investitionsbeschleunigungsprogramm	0,3	0,3
zusätzliche Ausgaben des Bundes zur energetischen Sanierung von Bundesgebäuden	−0,4	
Änderungen im SGB II und III	0,5	0,5
Einsparungen bei disponiblen Ausgaben	0,6	0,6
Anhebung des Regelsatzes bei Hartz IV		-0,5
Anhebung der Minijobgrenze von 400 auf 450 Euro	−0,3	−0,3
Diskretionäre Maßnahmen von Ländern und Gemeinden	0,5	1,0
Verzicht auf Gewinn- und Zinseinnahmen zugunsten Griechenlands	−0,7	−0,8
Eingriffe in die Rentenformel	1,8	1,8
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 01.01.2013 um 0,6 Prozentpunkte	−6,6	−6,7
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegversicherung zum 01.01.2013 um 0,1 Prozentpunkte	1,1	1,2
Anhebung der Insolvenzgeldumlage	0,5	0,5
Lebensleistungsrente	−0,1	−0,1
Abschaffung der Praxisgebühr	−2,1	−2,1
Gestetz zur Verbesserung der Versorungsstrukturen in der Gesetzlichen Krankenversicherung	−0,1	−0,1
Gesetz zur Neuausrichtung der Sozialen Pflegeversicherung	-1,0	−2,0
Private Zusatzpflegeversicherung	−0,1	−0,1
Honorarerhöhung bei niedergelassenen Ärzten	−1,3	−2,0
Insgesamt	−11,5	−16,7
in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent	−0,4	−0,6

1 Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.
2 Verordnung zur Absenkung der Steuersätze bei der Lufverkehrsteuer, Anwendung des BFH-Urteils zur regelmäßigen Arbeitsstätte bei mehreren Tätigkeitsstätten, Verkehrssteueränderungsgesetz, Urteil zum Ehegattensplitting bei eingtragenen Lebensgemeinschaften.

Quellen: BMF; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

zugenommen – bei den Arbeitsuchenden um insgesamt 37 000 und bei den Arbeitslosen um 16 000.

Die Zahl der je Erwerbstätigen gearbeiteten Stunden hat im zweiten Quartal dieses Jahres saison- und kalenderbereinigt wieder deutlich angezogen, nachdem im Winterhalbjahr die Arbeitszeit pro Kopf deutlich eingeschränkt worden war. Zum einen lag das daran, dass Arbeit, die wegen des ungewöhnlich harten Winters aufgeschoben werden musste, nachgeholt wurde. Zum anderen dürften betriebliche Arbeitszeitverkürzungen infolge der im Winterhalbjahr schwierigen Auftragslage zurückgenommen worden sein, sodass beispielsweise Arbeitszeitkonten nun nicht mehr abgebaut, sondern eher wieder aufgefüllt werden.

Im Zuge der moderat anziehenden Wirtschaftsleistung wird auch die Zahl der Erwerbstätigen weiter stei-

gen (Tabelle 4). Das Beschäftigungswachstum verringert sich aber. Das Erwerbspersonenpotential wächst vornehmlich wanderungsbedingt weiter. Schwer abzuschätzen sind die Zuwanderungen aus Bulgarien und Rumänien; für diese Länder gilt ab Beginn des nächsten Jahres die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit. Angenommen wird, dass sich die Zahl der Zuwanderer von dort auf etwa 100 000 im Jahr 2014 beläuft. Alles in allem dürfte das zusätzliche Angebot an Arbeitskräften den Aufbau bei den Arbeitsplätzen übertreffen. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt daher bis zum Herbst nächsten Jahres etwas zu. In diesem Jahr dürfte die Zahl der Arbeitslosen das Vorjahresergebnis um 40 000 übersteigen. Im nächsten Jahr werden es durchschnittlich 30 000 mehr sein. Die Jahreswerte bleiben somit knapp unter drei Millionen. Die Arbeitslosenquote stagniert bei 6,8 Prozent. Die Zahl der Erwerbstätigen legt 2013 jahresdurchschnittlich um 230 000 oder 0,5 Prozent und 2014 um 175 000 oder 0,4 Prozent zu.

Angeschoben wird der Arbeitsplatzaufbau vor allem von Sektoren, die auf die Binnennachfrage ausgerichtet sind. So setzt sich im Bereich öffentlicher Dienst, Gesundheit, Erziehung und Soziales die Expansion fort. Auch im Sektor Information und Kommunikation entstehen zusätzliche Arbeitsplätze. Nur schwach zieht die Zahl der Beschäftigten im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe an. Dasselbe gilt für die Bauwirtschaft und das verarbeitende Gewerbe. Hingegen wird im Prognosezeitraum die individuell geleistete Arbeitszeit weiter ausgeweitet. Angesichts der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Euroraum dürften konjunkturbedingte Arbeitszeitminderungen immer seltener werden. Die Zahl der je Arbeitnehmer geleisteten Arbeitsstunden wird 2014 um 0,4 Prozent höher als in diesem Jahr ausfallen – bei einer in etwa gleichen Zahl an Arbeitstagen.

Tabelle 4

Arbeitsmarktbilanz
In Millionen Personen

	2010	2011	2012	2013	2014
Erwerbstätige im Inland (in Millionen)	**40,59**	**41,15**	**41,61**	**41,84**	**42,01**
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	4,49	4,54	4,54	4,49	4,48
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte[1]	27,78	28,47	29,01	29,26	29,47
Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten	1,87	1,88	1,89	1,90	1,91
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	4,88	4,86	4,80	4,76	4,71
Sonstige	1,57	1,40	1,37	1,43	1,44
+/– Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes beziehungsweise im Ausland etc.	–0,04	–0,05	–0,06	–0,07	–0,06
Erwerbstätige Inländer	**40,55**	**41,10**	**41,55**	**41,77**	**41,95**
Erwerbslose	**2,95**	**2,50**	**2,32**	**2,30**	**2,30**
Erwerbspersonen	**43,50**	**43,60**	**43,87**	**44,07**	**44,25**
Nachrichtlich:					
Arbeitslose	3,24	2,98	2,90	2,94	2,97
Arbeitslosenquote BA[2] in Prozent	7,7	7,1	6,8	6,8	6,8
Arbeitslosenquote SGB[3] in Prozent	10,4	9,5	9,1	9,1	9,2
Erwerbslosenquote VGR[4] in Prozent	6,8	5,7	5,3	5,2	5,2
Erwerbslosenquote ILO-Statistik in Prozent	7,1	5,9	5,5	5,4	5,4
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	38,66	39,64	39,95	40,21	40,26

1 Bis 2011 einschließlich Personen im Freiwilligendienst.
2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.
3 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe aus sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.
4 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin; 2013 und 2014: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Löhne je Arbeitnehmer beziehungsweise je Stunde hatten im zweiten Quartal dieses Jahres deutlich schwächer zugelegt als noch im ersten. Darin spiegelt sich zeitversetzt die vorhergehende konjunkturelle Eintrübung wider, die sich im zweiten Quartal in schwächeren Sonderzahlungen (wie Prämien) niederschlug. Auch die Tarifsteigerungen fielen verhaltener aus. Hinzu kommt, dass die Länder die ausgehandelten Tarifvereinbarungen für den öffentlichen Dienst teils gar nicht, teils erst mit Zeitverzug auf die Beamten übertragen. Hier kommt es allerdings im weiteren Verlauf zu Lohnhebungen. Vor allem angesichts der weiter anziehenden Beschäftigung dürften die Löhne wieder stärker zulegen als zuletzt. Dämpfend wirkt sich aus, dass das Erwerbspersonenpotential weiter wächst und der leichte Anstieg der Arbeitslosigkeit erst ab Mitte nächsten Jahres zum Stillstand kommt. Die effektiven Bruttostundenlöhne werden 2013 sowie 2014 um 2,5 Prozent höher als im jeweiligen Vorjahr ausfallen. Wegen der Ausdehnung der pro Kopf geleisteten Arbeitszeit fällt der Anstieg der Bruttolöhne je Arbeitnehmer im nächsten Jahr mit etwa drei Prozent noch stärker aus.

Anziehende Einkommen kurbeln privaten Verbrauch an

Der private Verbrauch entwickelte sich in den vergangenen eineinhalb Jahren insgesamt schwach, denn die verfügbaren Einkommen legten in dieser konjunkturell schwachen Phase wenig zu. Dies lag vor allem an den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Im zweiten Quartal 2013 verzeichneten diese aber deutliche Zuwächse, und der Konsum trug mit einem Zuwachs von einem halben Prozent gegenüber dem ersten Quartal maßgeblich zum Wachstum bei.

Die privaten Haushalte profitieren weiterhin von den spürbaren Lohnsteigerungen. Allerdings verlieren sowohl der Beschäftigungsaufbau als auch die Zuwächse bei den Effektivlöhnen im Prognosezeitraum an Schwung, sodass der Anstieg der Lohnsumme in die-

sem wie im kommenden Jahr geringer ausfallen wird als im Jahr 2012.

Im zweiten Quartal 2013 fiel der Anstieg der effektiven Stundenlöhne mit nur 1,3 Prozent im Vorjahresvergleich gering aus. Die Tariflohnsteigerungen signalisieren, dass der Aufwärtstrend bei den Löhnen anhält. Unter dem Strich ergibt sich für das Jahr 2013 ein Anstieg um 2,5 Prozent bei den Stundenlöhnen. Zudem dürfte das Arbeitsvolumen der Arbeitnehmer um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr ausgeweitet werden, was insgesamt zu einem Anstieg der Lohnsumme um 3,2 Prozent führt. Da sich der Lohnauftrieb im Zuge der weniger dynamischen Entwicklung am Arbeitsmarkt leicht abschwächen dürfte, werden die Stundenlöhne auch im kommenden Jahr nur um gut 2,5 Prozent zulegen. Bei anziehender Konjunktur und zunehmender Arbeitszeit ergibt sich im Jahr 2014 ein etwas höherer Zuwachs bei den Bruttolöhnen und -gehältern von 3,4 Prozent.

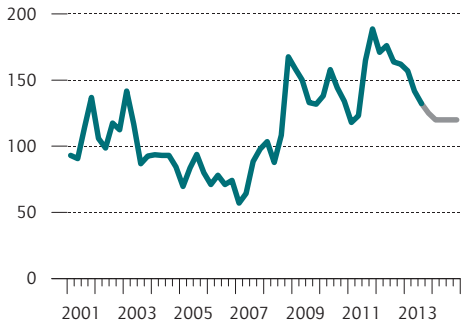
Wie in den vergangenen Jahren steigt die Nettolohnsumme langsamer als die Bruttolohnsumme; dies liegt an der – auch progressionsbedingt – kräftig anziehenden Lohnsteuer. Dabei wirkt die Anhebung des Grundfreibetrags in beiden Jahren entlastend, im kommenden Jahr etwas stärker. In diesem Jahr dämpft die Senkung des gesetzlichen Beitragssatzes zur Rentenversicherung den Anstieg der von den Arbeitnehmern zu entrichtenden Sozialbeiträge. Sie nehmen mit 2,2 Prozent in diesem Jahr vergleichsweise wenig zu, im Jahr 2014 dann um 3,4 Prozent, weil die Entlastung durch die Beitragssatzsenkung wegfällt. Alles in allem steigen die Nettolöhne und -gehälter im Jahr 2013 um 2,8 und um 2,9 Prozent im kommenden Jahr. Die monetären Sozialleistungen nehmen in den Jahren 2013/14 um jeweils gut zweieinhalb Prozent zu. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte erholen sich in diesem Jahr leicht; sie legen 2013 um 1,8 Prozent zu, im Jahr 2014 im Zuge der guten konjunkturellen Entwicklung um gut dreieinhalb Prozent.

Alles in allem steigen die verfügbaren Einkommen in diesem Jahr – wie bereits im Jahr 2012 – um 2,3 Prozent. Bei moderater Teuerung bei den Gütern und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs um 1,7 Prozent und aufgrund der zu Jahresbeginn leicht gesunkenen Sparquote steigt der Konsum der privaten Haushalte in diesem Jahr um ein Prozent. Im kommenden Jahr trägt die dynamischere Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen zu einem kräftigen Anstieg der verfügbaren Einkommen um 3,2 Prozent bei. Bei nur geringfügig höherer Teuerung, diese dürfte bei 1,8 Prozent liegen, führt dies zu einem merklichen Anstieg des privaten Konsums um 1,4 Prozent. Der Konsum wird zudem durch weitere, wenngleich nur leichte Rückgänge der Sparquote unterstützt. Diese Rückgänge dürften zum Teil darauf zurückzuführen sein, dass aufgrund der kräftigen Lohnzuwächse die Einkommen verstärkt in der Breite der Bevölkerung ankommen, und damit bei den Haushalten, die eine geringe Sparquote haben als diejenigen Haushalte, die den größten Teil der Vermögenseinkommen beziehen.[7]

Abbildung 13

Unsicherheit im Euroraum

Index Durchschnitt 1997 bis 2010 = 100



Quelle: PolicyUncertainty.com; unterstellter Verlauf ab August 2013.

© DIW Berlin 2013

Die Unsicherheit im Euroraum hat sich deutlich reduziert. Deshalb kann mit einer regeren Investitionstätigkeit gerechnet werden.

Ausrüstungsinvestitionen bei günstigen Finanzierungskonditionen leicht im Aufwind

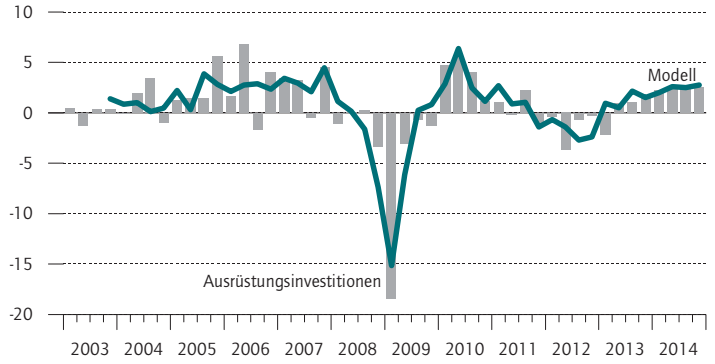
Die Ausrüstungsinvestitionen sind im zweiten Quartal um ein Prozent gestiegen, nachdem sie anderthalb Jahre rückläufig waren. Seit Mitte des vergangenen Jahres zeigen sich deutliche Vertrauensgewinne im Euroraum (Abbildung 13); dies spricht dafür, dass vor allem die exportorientierten Unternehmen den angestauten Investitionsbedarf allmählich auflösen.

Allerdings fallen die Zuwächse im zweiten Halbjahr 2013 zunächst moderat aus. Darauf deuten die aktuell noch relativ schwachen Importe von Investitionsgütern und die inländischen Umsätze der Investitionsgüterproduzenten hin. Im weiteren Verlauf dürften die Ausrüstungsinvestitionen jedoch Fahrt aufnehmen. Bei weiterhin abnehmender Unsicherheit werden die Unternehmen verstärkt die guten Rahmenbedingungen nutzen: Das Finanzierungsumfeld bleibt günstig, trotz leicht steigender Realzinsen; sowohl die inländische Nach-

7 Vgl. Fichtner, F., Junker, S., Schwäbe, C. (2012): Die Einkommensverteilung – eine wichtige Größe für die Konjunkturprognose. DIW Wochenbericht Nr. 22/2012.

Abbildung 14

Ausrüstungsinvestitionen[1]
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent



1 Das Modell erklärt die Investitionsdynamik durch die realen Zinsen (mengengewichteter nominaler Zinssatz für Neu- und Bestandskredite verschiedener Laufzeiten abzüglich Vorjahresrate des Verbraucherpreisindex ohne Energie, um drei Quartale verzögert), die Kapazitätsauslastung, die Auftragseingänge und ein Unsicherheitsmaß.

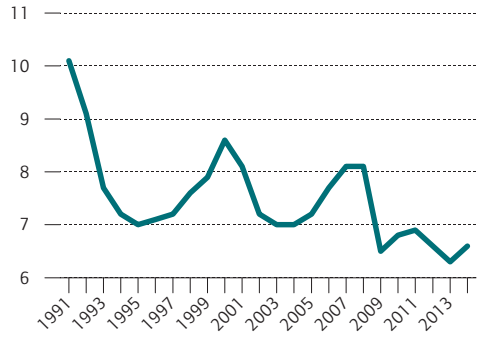
Quellen: Statistisches Bundesamt; ifo; Berechnungen des DIW Berlin; Prognose ab dem 3. Quartal 2013.

© DIW Berlin 2013

Niedrige Zinsen und ein Rückgang der Unsicherheit schieben die Investitionen an.

Abbildung 15

Ausrüstungsinvestitionen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt
In Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2013

Die Ausrüstungsinvestitionsquote ist im Verleich zu den Jahren vor der Wirtschaftskrise gering.

frage als auch die Weltkonjunktur legen allmählich zu und die Kapazitätsauslastung ist zuletzt deutlich gestiegen (Abbildung 14).

Aufgrund des schwachen Winterhalbjahrs 2012/13 werden die Unternehmen im Jahresdurchschnitt in diesem Jahr rund zwei Prozent weniger investieren. Im Durchschnitt des Jahres 2014 werden die Investitionen bei anziehenden Raten gut acht Prozent höher liegen. Trotz des kräftigen Zuwachses im kommenden Jahr bleiben die Investitionen in Deutschland schwach: Mit nicht einmal sieben Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegen die Investitionen noch gut einen Prozentpunkt unter dem durchschnittlichen Niveau der Vorkrisenjahre (Abbildung 15).

Bauinvestitionen: hohes Niveau bei abflauender Dynamik

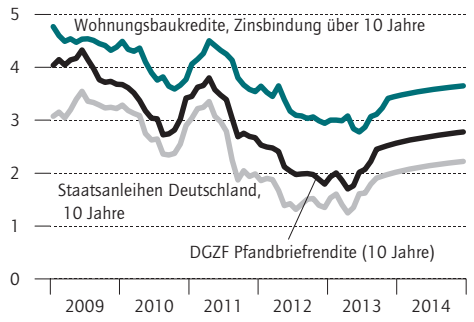
Nach dem außergewöhnlich strengen und langen Winter und dem damit verbundenen Einbruch bei den Bauinvestitionen im Winterhalbjahr hat die Bautätigkeit im zweiten Quartal 2013 Fahrt aufgenommen. Insbesondere die Neubautätigkeit im Wohnungsbau war rege. In den Sommermonaten hat auch das Ausbaugewerbe die Produktion ausgeweitet; dies könnte auch im Zusammenhang mit der Beseitigung der Flutschäden stehen. Insgesamt hat der Wohnungsbau mit gut drei Prozent im zweiten Quartal 2013 zwar kräftig zugelegt, konnte damit aber nur Teile der witterungsbedingten Ausfälle im Winterhalbjahr 2012/13 aufholen. Auch für das dritte Quartal 2013 ist daher ein kräftiger Anstieg von gut zwei Prozent zu erwarten. Ab dem Winterhalbjahr 2013/14 verliert der Wohnungsbau dann etwas an Dynamik.

Insgesamt lassen die Rahmenbedingungen im Prognosezeitraum eine robuste Baukonjunktur mit anhaltend hohen Investitionen, insbesondere im Wohnungsbau erwarten. Die Geschäftslage in der Bauwirtschaft ist nach Einschätzung der Unternehmen überwiegend gut, die Auftragsbücher sind voll und die Zahl der Baugenehmigungen weiterhin hoch. Allerdings normalisieren sich die derzeit äußerst günstigen Rahmenbedingungen im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums: Die zurückkehrende Sicherheit im Euroraum senkt die Attraktivität deutscher Immobilien als sichere Anlageform. Auch steigt das Niveau der Hypothekenzinsen; dies führt zu leicht verschlechterten Finanzierungskonditionen (Abbildung 16). Zwar steigen vor allem in den Ballungsräumen die Mieten nach wie vor deutlich, allerdings haben auch die Bestands- und Baupreise kräftig angezogen. Dies schmälert die erzielbare Rendite von Immobilien und senkt deren Attraktivität als Anlage (Abbildung 17).

Diese Tendenzen scheinen die Bauunternehmen bereits in ihren Planungen zu berücksichtigen. So sind die Erwartungen an die zukünftige Bautätigkeit und an die Preisentwicklung laut ifo-Geschäftsklimaindex deutlich weniger optimistisch (Abbildung 18). Trotz der prall gefüllten Auftragsbücher werden die Kapazitäten deshalb

Abbildung 16

Zinsentwicklung
In Prozent



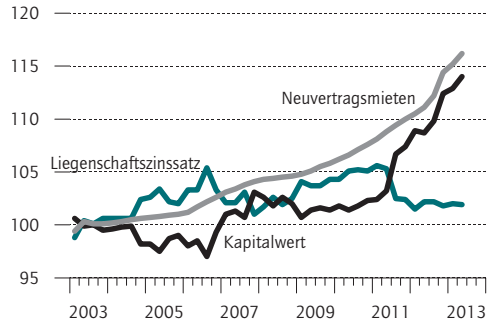
Quellen: Deutsche Bundesbank; Deka-Bank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Zinsen der Wohnungsbaukredite werden bei rückkehrender Sicherheit im Euroraum anziehen und damit den Zinsen für Pfandbriefe folgen.

Abbildung 17

Wert-, Ertrags- und Rendite von Wohnimmobilien
Index Jahresdurchschnitt 2003 = 100



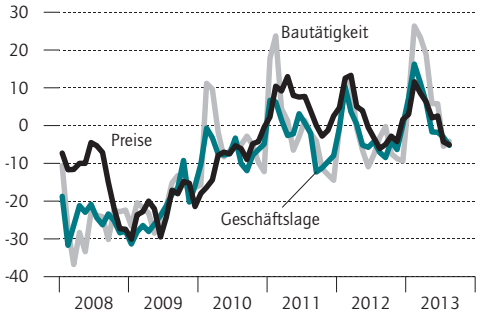
Quelle: Verband Deutscher Pfandbriefbanken (vdp).

© DIW Berlin 2013

Die Preise für Renditeobjekte im Wohnungsmarkt haben deutlich angezogen. Dies schmälert den Liegenschaftszinssatz als einen Gradmesser für die Rendite einer Immobilie.

Abbildung 18

Erwartungen der Bauwirtschaft
Saldo positiver und negativer Einschätzungen, saisonbereinigt



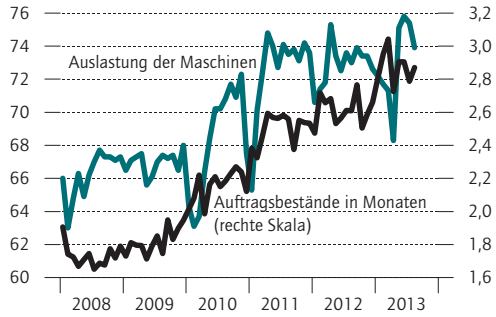
Quelle: ifo-Institut.

© DIW Berlin 2013

Die Erwartungen der Unternehmen im Wohnungsbau sind in den letzten Monaten deutlich gesunken.

Abbildung 19

Maschinenauslastung und Auftragsbestände
In Prozent



Quelle: ifo-Institut.

© DIW Berlin 2013

Die Auftragsbestände haben im Jahresverlauf einen historischen Höchststand erreicht.

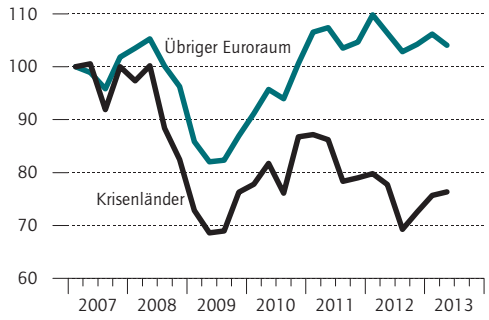
nur schleppend ausgeweitet. Die Beschäftigung liegt im Hochbau leicht unterhalb des Vorjahresniveaus, während die Auslastung der Maschinen im Sommer einen historischen Höchststand erreicht hat (Abbildung 19).

Insgesamt werden die Wohnungsbauinvestitionen im laufenden Jahr um knapp eineinhalb Prozent, im kommenden Jahr, nicht zuletzt aufgrund des hohen Überhangs, um rund vier Prozent zulegen. Die hohe Auslastung und das nach wie vor hohe Investitionsniveau lassen den Preisdruck erst zum Ende des Prognosezeitraums leicht sinken. Der Anstieg der Baupreise liegt deshalb im Jahresdurchschnitt 2013 und 2014 bei jeweils gut zwei Prozent.

Die gewerblichen Bauinvestitionen zeigen keine klare Tendenz. Entgegen der Entwicklung in den anderen Bausparten sind die Investitionen im Wirtschaftsbau im ersten Quartal um knapp zweieinhalb Prozent gestiegen und im zweiten Quartal um rund vier Pro-

Abbildung 20

Warenexporte in den Euroraum
Index 1. Quartal 2007 = 100



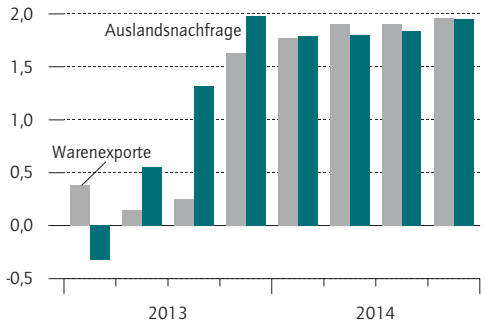
Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Während die Warenausfuhren in die Krisenländer des Euroraums seit Mitte 2012 zugenommen haben, sind die Exporte in den übrigen Euroraum zuletzt etwas gesunken.

Abbildung 21

Auslandsnachfrage und Warenexporte
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent



Quellen: Datastream; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin; ab 3. Quartal 2013 Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Auslandsnachfrage nimmt im Prognosezeitraum zu, sodass auch die Exporte nach und nach anziehen.

zent eingebrochen. Insgesamt ist bei anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen und einer guten binnenwirtschaftlichen Entwicklung mit leichten Zuwächsen bei den Wirtschaftsbauinvestitionen in der zweiten Jahreshälfte 2013 und zu Beginn des kommenden Jahres zu rechnen. Die Gewerbebauinvestitionen sinken im Jahr 2013, nicht zuletzt aufgrund des schlechten zweiten Quartals, um knapp zwei Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Im Jahr 2014 dürfte der Anstieg knapp ein Prozent betragen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen sind vor allem aufgrund der guten Kassenlage in ihrem Trend aufwärts gerichtet. Die winterbedingten Ausfälle wurden bereits im zweiten Quartal 2013 mit einem Investitionszuwachs von knapp zwanzig Prozent zu großen Teilen wieder aufgefangen. Im dritten und vierten Quartal werden die Investitionen nochmals dynamisch zulegen. Dies hängt auch mit der Beseitigung der Flutschäden zusammen. Im Flut-Hilfefonds haben Bund und Länder für von der Flut im Frühjahr 2013 betroffene Regionen Mittel in Höhe von acht Milliarden Euro bereitgestellt. Diese werden in großem Umfang für öffentliche Investitionen verausgabt; allein für die Wiederherstellung von Infrastruktur des Bundes stehen 1,5 Milliarden Euro bereit. In dieser Prognose ist angenommen, dass bereits in der zweiten Jahreshälfte 2013 solche Investitionen durchgeführt werden. Schwerpunktmäßig dürfte sich aber die Bautätigkeit im ersten Halbjahr 2014 beleben. Auch im zweiten Halbjahr fließen noch zusätzliche Mittel, jedoch weniger als zuvor, was alles in allem zu im Verlauf leicht sinkenden öffentlichen Investitionen führt.

Insgesamt werden die Bauinvestitionen gegenüber 2012 kaum, im kommenden Jahr um knapp vier Prozent zulegen.

Moderater Aufwärtstrend bei den Exporten, aber keine Wachstumsimpulse vom Außenhandel

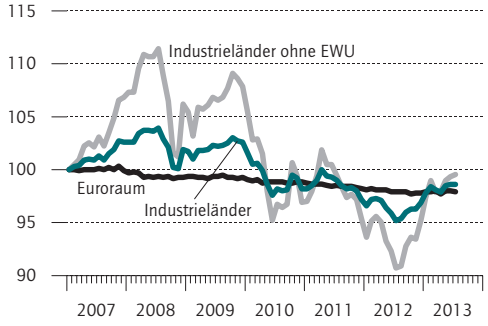
Nachdem die Exporte im ersten Quartal 2013 real um knapp ein Prozent gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen sind, haben sie im zweiten Quartal mit gut zwei Prozent wieder zugelegt. Besonders die Ausfuhren in die außereuropäischen Länder – etwa nach China und in die USA – entwickelten sich gut, während in den Euroraum weniger als im Vorquartal geliefert wurde. Ein Blick auf die Krisenländer des Euroraums zeigt allerdings, dass die nominalen Warenexporte in diese Region schon seit drei Quartalen steigen (Abbildung 20); für die rückläufigen Ausfuhren in den Euroraum waren andere Länder der Währungsunion wie Frankreich und die Niederlande verantwortlich. Die nominalen Warenexporte in die übrigen europäischen Absatzmärkte stagnierten im zweiten Vierteljahr.

Auch wenn die Exporte im Juli rückläufig waren, ist die Entwicklung im Prognosezeitraum moderat aufwärts gerichtet. Da die Auslandsnachfrage aufgrund der anziehenden Weltkonjunktur im Prognosezeitraum steigen wird (Abbildung 21), werden auch die Ausfuhren nach und nach zulegen. Darauf deuten auch die Geschäftserwartungen der Unternehmen hin, insbesondere die des verarbeitenden Gewerbes. Darüber hinaus haben sich die Ausfuhren wichtiger Gütergruppen wie

Abbildung 22

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit

Index Januar 2007 = 100[1]



1 Realer effektiver Wechselkurs auf Basis der Verbraucherpreise.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

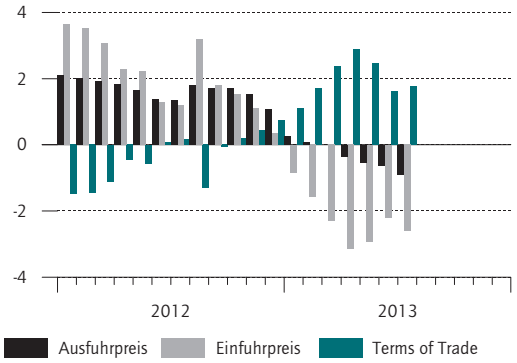
© DIW Berlin 2013

Gegenüber ausgewählten Industrieländern hat der reale effektive Wechselkurs seit einem Jahr aufgewertet. Damit hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure verschlechtert.

Abbildung 23

Außenhandelspreise

Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Terms of Trade haben sich in den vergangenen Monaten verbessert, da die Importpreise stärker als die Exportpreise gefallen sind.

Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse und Kraftfahrzeuge im zweiten Quartal kräftig entwickelt.

Neben den verbesserten Absatzaussichten im Euroraum dürften Impulse für die Exporte insbesondere von der Nachfrage aus den außereuropäischen Ländern ausgehen. Insgesamt werden die Ausfuhren in diesem Jahr um knapp ein Prozent gegenüber dem Vorjahr steigen. Im kommenden Jahr dürften sie dann bei anziehender Weltkonjunktur um gut sechs Prozent zulegen.

Auch wenn die deutschen Exporteure zuletzt leicht an preislicher Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt haben (Abbildung 22), gewinnen sie auf wichtigen Absatzmärkten immer noch Marktanteile. Insgesamt bleibt das Expansionstempo der Ausfuhren aber im Prognosezeitraum hinter dem des Welthandels zurück. Dies ist auf die verhaltene Entwicklung der Lieferungen in den Euroraum zurückzuführen, die nach wie vor einen großen Teil der deutschen Exporte ausmachen.

Die Importe sind nach einem Rückgang im ersten Quartal im zweiten Vierteljahr mit zwei Prozent deutlich gestiegen. Das lag auch an den günstigen Importpreisen und, aufgrund des hohen Anteils an Vorleistungsgütern, an dem kräftigen Zuwachs bei den Exporten. Zudem hat die kräftigere Entwicklung des privaten Verbrauchs und der Ausrüstungsinvestitionen die Einfuhren belebt. Im Prognosezeitraum werden die Importe bei dynamischer Inlandsnachfrage und steigenden Ausfuhren anziehen und mit knapp zwei Prozent in diesem und über sieben Prozent im kommenden Jahr im Jahresdurchschnitt zunehmen.

Nachdem der Außenhandel im ersten Quartal das Wachstum etwas belastete, trug er im zweiten Vierteljahr 0,2 Prozentpunkte zum Wachstum bei. Im Prognosezeitraum werden aber die Importe kräftiger zulegen als die Exporte, so dass der Außenhandel das Wachstum um 0,4 Prozentpunkte in diesem Jahr und um 0,3 Prozentpunkte im nächsten Jahr dämpft. Der Außenbeitrag sinkt von sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr auf etwa fünfeinhalb Prozent im Jahr 2014. Der Leistungsbilanzüberschuss wird sich ebenfalls leicht zurückbilden, von sieben Prozent in diesem Jahr auf 6 ½ im Jahr 2014.

Das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis hat sich in den vergangenen Monaten weiter verbessert, da die Einfuhrpreise stärker als die Ausfuhrpreise zurückgegangen sind (Abbildung 23). Bei den Importen verbilligten sich zuletzt vor allem Energie und Metalle deutlich gegenüber dem Vorjahr. Zwar gingen die Ausfuhrpreise für wichtige Gütergruppen wie Kraftfahrzeuge und chemische Produkte zurück. Die Ausfuhrpreise für Maschinen und Elektrotechnik zogen aber weiter an.

Die Verbesserung des außenwirtschaftlichen Tauschverhältnisses dürfte sich noch bis ins zweite Halbjahr 2013 fortsetzen. Anschließend werden sich die Terms of Trade wieder etwas verschlechtern, da die Importpreise weniger stark gegenüber dem Vorjahr fallen und bei zunehmend dynamischer Importtätigkeit zulegen dürften. Insgesamt werden die Importpreise im Jahr 2013 um gut ein Prozent zurückgehen, 2014 dürften sie um gut ein Prozent steigen. Die Exportpreise stagnieren

in diesem Jahr und nehmen im kommenden Jahr um knapp ein Prozent zu. Insgesamt werden die Terms of Trade damit in diesem Jahr um gut ein Prozent steigen, im kommenden Jahr dürften sie in etwa stagnieren.

Öffentliche Finanzen: Entspannte Kassenlage

Wie im vergangenen Jahr wird der öffentliche Gesamthaushalt auch im Prognosezeitraum mit Überschüssen abschließen. Nach wie vor expandieren die Steuereinnahmen kräftig, wenn auch mit nachlassender Dynamik. Ihr Anstieg wurde in den vergangenen Jahren zu einem großen Teil von der Lohnsteuer getragen: Beschäftigung und Lohnsumme expandierten merklich, und steigende Pro-Kopf-Löhne führten auch zu progressionsbedingten Mehreinnahmen. Zwar bleibt die Lohnentwicklung in diesem Jahr leicht hinter den Zuwächsen in den vergangenen beiden Jahren zurück. Die Lohnsteuer wird aber dennoch deutlich um 5,8 Prozent in diesem und 5,2 Prozent im kommenden Jahr steigen.[8] Auch wenn in beiden Jahren Anhebungen des Grundfreibetrags progressionsbedingten Mehreinnahmen entgegenwirken, können die beschlossenen Tarifanpassungen dies nicht vollständig verhindern. Während die veranlagte Einkommensteuer im laufenden Jahr nochmals kräftig steigt, entwickeln sich die übrigen Einkommen- und Vermögensteuern verhalten – vor allem weil die Unternehmens- und Vermögenseinkommen im vergangenen Jahr gesunken sind. Die Einnahmen des Staates aus indirekten Steuern haben in diesem Jahr bisher nur wenig zugenommen. Insbesondere die Steuern vom Umsatz entwickeln sich bisher schwach. Ab der zweiten Jahreshälfte dürften sie allerdings etwas stärker zulegen, denn der nominale private Konsum wird im Prognosezeitraum in Vorjahresbetrachtung kräftig zunehmen. Alles in allem steigen die Steuern in diesem Jahr mit 3,6 Prozent und im kommenden Jahr mit 2,8 Prozent.

Die Entwicklung der Sozialbeiträge wird in diesem Jahr dadurch gedämpft, dass der kumulierte Beitragssatz zu den gesetzlichen Sozialversicherungen zu Jahresbeginn um 0,5 Prozentpunkte zurückgeführt worden ist.[9] Obwohl auch die Lohnsumme etwas schwächer zunimmt, steigen die Beiträge noch immer kräftig. Nach wie vor wird Beschäftigung aufgebaut und zwar vor allem im sozialversicherungspflichtigen Bereich. Dieser Aufbau setzt sich über den Prognosezeitraum fort, wenngleich mit leicht nachlassender Dynamik. Alles in allem nehmen die Sozialbeiträge daher mit 2,2 Prozent in diesem Jahr zu. Im kommenden Jahr – falls der Beitragssatz nicht weiter reduziert wird – legen die Sozialbeiträge um 3,1 Prozent zu.

Die übrigen Einnahmen des Staates gehen in diesem Jahr um ein Prozent zurück. Die empfangenen Vermögenseinkommen, die bereits im Vorjahr kräftig gesunken waren, werden nochmals deutlich nachgeben. So sinken die Zinseinnahmen des Staates, da nach und nach Verpflichtungen zurückgeführt werden, die im Zuge von Stützungsmaßnahmen des heimischen Bankensektors oder im europäischen Umfeld eingegangen worden waren. Dies wird sich auch im kommenden Jahr fortsetzen. Demgegenüber dürfte der vom Bund vereinnahmte Bundesbankgewinn im kommenden Jahr wieder etwas zunehmen. In den Jahren 2011 und 2012 wurde er durch hohe Rückstellungen reduziert, die die Bundesbank in Zusammenhang mit der Finanzkrise gebildet hatte. Die Einnahmen des Staates aus Verkäufen werden im Prognosezeitraum dadurch gemindert, dass mit Bayern und Niedersachen weitere Länder Studiengebühren abschaffen.

Alles in allem werden die Einnahmen des Staates in diesem Jahr um 2,6 Prozent steigen; im kommenden Jahr werden sie dann um 2,8 Prozent zunehmen.

Die Ausgaben des Staates nehmen im Prognosezeitraum wieder stärker zu. Vor allem bei den sozialen Sachleistungen zeigt sich eine kräftige Ausgabendynamik. In diesem Jahr schlägt sich hier die Abschaffung der Praxisgebühr nieder. Zudem wurden die Ärztehonorare angehoben und die Ausgaben für das Krankengeld steigen deutlich – insbesondere bei Älteren. Auch im kommenden Jahr dürften die sozialen Sachleistungen erneut spürbar zulegen. Wieder stehen Honorarverhandlungen für die Ärzte an und demographische Faktoren wirken sich zunehmend ausgabensteigernd aus. Die Arbeitnehmerentgelte steigen in diesem Jahr mit 1,9 Prozent. Zu Beginn des Jahres erfolgte eine Tarifanhebung beim Bund und den Angestellten der Kommunen, und es wurde eine deutliche Tariferhöhung für die Angestellten der Länder beschlossen. Diese Erhöhung wird allerdings zum Teil gar nicht, zum Teil zeitverzögert und zumeist mit deutlich geringeren Lohnerhöhungen auf die Beamten der Länder wie auch der Kommunen übertragen. Da knapp 80 Prozent des Personals auf Länderebene verbeamtet ist, wird so der Anstieg der Arbeitnehmerentgelte im öffentlichen Dienst erheblich gedämpft. Im kommenden Jahr nehmen die Arbeitnehmerentgelte mit 2,3 Prozent zu.

Auch die monetären Sozialleistungen legen deutlich stärker als in den Vorjahren zu. Die Ausgaben des Staates für Leistungen bei Arbeitslosigkeit werden kräftig zuneh-

8 In finanzstatistischer Abgrenzung steigt die Lohnsteuer in diesem Jahr um 3,8 Prozent, im kommenden Jahr um 6,8 Prozent. In dieser Abgrenzung mindern die Ausgaben für das Kindergeld das Lohnsteueraufkommen. Ab dem laufenden Jahr muss Kindergeld nach einem Urteil des EuGH auch für Kinder von Wanderarbeitern aus EU-Ländern gezahlt werden; dadurch ergibt sich einmalig ein Niveaueffekt beim Kindergeld.

9 Zu Beginn des Jahres ist der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,6 Prozentpunkte gesunken und der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkte gestiegen.

Tabelle 5

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren[1] 2000 bis 2014

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	*nachrichtlich*: Zins-/Steuer-quote[2]	Schulden-stand nach Maastricht
	insgesamt	*darunter*:		insgesamt	*darunter*:				
		Steuern	Sozial-beiträge		Zins-ausgaben	Brutto-investitionen			
2000[3]	45,9	23,3	18,5	47,2	3,2	1,9	−1,3	13,6	59,7
2001	44,3	21,7	18,3	47,4	3,1	1,8	−3,1	14,1	58,8
2002	43,8	21,4	18,3	47,7	2,9	1,8	−3,8	13,8	60,4
2003	44,0	21,4	18,4	48,1	3,0	1,6	−4,1	14,0	64,0
2004	43,3	21,1	18,1	47,1	2,9	1,5	−3,8	13,6	66,3
2005	43,6	21,4	17,9	46,9	2,8	1,4	−3,3	13,3	68,6
2006	43,7	22,2	17,3	45,3	2,9	1,5	−1,7	12,9	68,1
2007	43,7	23,0	16,5	43,5	2,8	1,5	0,2	12,3	65,2
2008	44,0	23,1	16,5	44,1	2,8	1,6	−0,1	11,9	66,8
2009	45,2	23,1	17,3	48,3	2,7	1,8	−3,1	11,6	74,5
2010[4]	43,7	22,0	16,9	48,0	2,5	1,7	−4,4	11,5	82,4
2011	44,3	22,7	16,7	45,1	2,5	1,7	−0,8	11,1	79,9
2012	44,8	23,2	16,8	44,7	2,4	1,6	0,1	10,3	81,2
2013	44,7	23,4	16,8	44,5	2,3	1,5	0,2	10,0	79,4
2014	44,5	23,3	16,7	44,2	2,2	1,6	0,3	9,6	76,8

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.
3 Ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).
4 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2013 und 2014: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

men, zumal die Zahl der Arbeitslosen steigt. Auch wird die durchschnittlich bezogene Leistung zunehmen.[10] Zudem fallen in diesem Jahr erstmals Ausgaben in Zusammenhang mit dem Betreuungsgeld an. Darüber hinaus expandieren die Rentenausgaben merklich. Deren Anstieg war in den vergangenen Jahren durch rentenmindernde Faktoren begrenzt, welche im Prognosezeitraum nach und nach wegfallen.[11] Außerdem ist die der Rentenanpassung zugrunde liegende Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Entgelte im jeweiligen Vorjahr kräftig.

Die Investitionen des Staates sind im vergangenen Jahr aufgrund des Wegfalls der in den Konjunkturpaketen bereitgestellten zusätzlichen Mittel eingebrochen, und auch im ersten Halbjahr des laufenden Jahres haben die öffentlichen Investitionen nochmals nachgegeben – wohl auch aufgrund des strengen Winters. Im Prognosezeitraum wird sich die Bautätigkeit der öffentlichen Hand allerdings deutlich beleben. So ist die Kassenlage der Kommunen gut; bereits seit dem Jahr 2011 weisen die Gemeinden insgesamt einen Überschuss auf. Dieser Überschuss wird im Prognosezeitraum kräftig zunehmen, und immer mehr Kommunen steht eine sogenannte *freie Spitze* zur Verfügung. Diese dürfte – auch vor dem Hintergrund des hohen Investitionsbedarfs in Deutschland – zu einem großen Teil in Investitionen fließen. Außerdem wurden im Fluthilfe-Fonds Mittel im Umfang von acht Milliarden Euro bereitgestellt, davon allein 1,5 Milliarden für Infrastrukturinvestitionen des Bundes. In dieser Prognose ist unterstellt, dass von diesen Mitteln im laufenden Jahr 1,2 Milliarden Euro verbaut werden; im Jahr 2014 werden zusätzliche Investitionen in Höhe von 2,3 Milliarden Euro getätigt. Alles in allem dürften die öffentlichen Investitionen im Jahr 2013 um 1,1 Prozent und im kommenden Jahr mit gut sechs Prozent zulegen.

In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt schließen die öffentlichen Haushalte in diesem Jahr mit einem Überschuss von 0,2 Prozent und im kommenden Jahr von 0,3 Prozent ab (Tabelle 5). In struktureller, also um konjunkturelle Einflüsse bereinigter Betrachtung, verbessert sich dabei der Überschuss in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt um 0,7 Prozentpunkte auf ein Prozent. Im Jahr 2014 verharrt die Quote auf diesem Niveau.

10 So wird bei Arbeitslosengeld die Höhe der Lohnersatzleistung am zuvor bezogenen Entgelt orientiert, das im Durchschnitt gestiegen sein dürfte, und beim Arbeitslosengeld II wurde die Regelleistung zu Beginn der Jahre 2013 und 2014 angehoben.

11 In den Jahren 2008 und 2009 war der Riesterfaktor, in den Jahren 2005 und 2006 der Nachhaltigkeitsfaktor ausgesetzt worden. Die damals unterlassenen Anpassungen wurden in den Jahren danach nachgeholt. Diese Faktoren minderten die Rentenanpassung letztmalig in den alten Ländern Mitte 2013, in den neuen Ländern ein Jahr zuvor.

Tabelle 6

Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt, verkettete Volumenswerte: insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigenstunde	in jeweiligen Preisen	Deflator
	in Millionen		in Stunden	in Mrd. Euro	in Euro		in Mrd. Euro	2005 = 100
2006	39 192	34 736	1 424	2 306,6	58 855	41,3	2 313,9	100,3
2012	41 608	37 076	1 394	2 471,7	59 405	42,6	2 666,4	107,9
2018	41 989	37 478	1 400	2 693,9	64 156	45,8	3 269,8	121,4
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2012/2006	1,0	1,1	−0,4	1,2	0,2	0,5	2,4	1,2
2018/2012[1]	¼	¼	0	1 ½	1 ¼	1 ¼	3 ½	2

1 In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf 1/4-Prozentpunkte gerundet.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW Berlin

© DIW Berlin 2013

Tabelle 7

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben: Private Haushalte	Konsumausgaben: Staat	Bruttoinvestitionen	Außenbeitrag
In Milliarden Euro					
2006	2 313,9	1 339,5	424,7	417,8	130,1
2012	2 666,4	1 533,9	514,3	470,6	157,9
2018	3 269,8	1 894,1	632,4	600,0	148,0
Anteile am BIP					
2006	100	57,9	18,4	18,1	6
2012	100	57,5	19,3	17,6	5,9
2018	100	58	19 ¼	18 ½	4 ½
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent					
2012/2006	2,4	2,3	3,2	2,0	–
2018/2012[1]	3 ½	3 ½	4	4	–

1 In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf 1/4-Prozentpunkte gerundet.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin

© DIW Berlin 2013

Die wirtschaftliche Entwicklung in der mittleren Frist

Für die Projektion in der mittleren Frist wird angenommen, dass sich die Weltwirtschaft insgesamt robust entwickelt. Das Wachstum wird sowohl in den entwickelten Volkswirtschaften als auch in den Schwellenländern schwächer sein als vor der Finanzkrise, wenngleich die Dynamik in den Schwellenländern relativ hoch bleibt. Im Euroraum werden sich die strukturellen Anpassungen noch bis zum Ende des Projektionszeitraums fortsetzen, und die wirtschaftliche Expansion wird gedämpft verlaufen. In anderen entwickelten Volkswirtschaften wie den USA wird das Wachstum mittelfristig wieder anziehen.

Der Welthandel wird real um jahresdurchschnittlich rund acht Prozent steigen. Der Ölpreis und der Wechselkurs zwischen Dollar und Euro werden für die mittlere Frist als konstant angenommen und beim für Ende 2014 unterstellten Preis verharren. Der Ölpreis wird demnach bei 107,3 US-Dollar pro Barrel liegen, der Wechselkurs bei 1,33 US-Dollar pro Euro.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank wird vor dem Hintergrund der moderaten konjunkturellen Entwicklung im Euroraum expansiv ausgerichtet bleiben, denn die Inflation in der Währungsunion wird bei niedriger Kapazitätsauslastung moderat bleiben. Für Deutschland wirkt die Geldpolitik damit sehr expansiv. Bei geltender Rechtslage dürfte die Finanzpolitik in der mittleren Frist in etwa neutral ausgerichtet sein.

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland wird zunehmend von der Binnenwirtschaft getragen. Die gute Entwicklung der Realeinkommen wird den privaten Konsum anregen (Tabelle 6). Auch der Staatskonsum wird kräftig zulegen, denn die Arbeitnehmerentgelte im öffentlichen Dienst werden sich in vergleichbarem Ausmaß wie in der Gesamtwirtschaft erhöhen. Der Wohnungsbau und die Unternehmensinvestitionen entwickeln sich kräftig, auch dank der günstigen Finanzierungsbedingungen. Angesichts der entspannten Finanzlage der öffentlichen Hand werden die öffentlichen Bauinvestitionen merklich zulegen. Die Investitionsquote wird so mittelfristig steigen (Tabelle 7). Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wird sich wegen der kräftig steigenden Löhne etwas verschlechtern. Zudem ist die weltwirtschaftliche Nachfrage schwächer als im Durchschnitt des vergangenen Jahrzehnts. Die kräftige binnenwirtschaftliche Entwicklung wird zu einer spürbaren Zunahme der Importe führen, die stärker als die Exporte steigen. Der Außenbeitrag in Relation zum Bruttoinlandsprodukt verringert sich daher merklich.

Kasten 3

Potentialschätzung

Die mittelfristige Projektion des Produktionspotentials beruht auf dem Methodenrahmen, der von der Europäischen Kommission verwendet wird.[1] Als Grundlage für die Potentialschätzung dient eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit den Einsatzfaktoren Arbeit und Kapital. Zusätzlich wird das Trendwachstum der Totalen Faktorproduktivität (TFP) berücksichtigt. Dieser Trend wird aus dem Solow-Residuum berechnet und erfasst jenen Teil des Produktionspotentials, der nicht durch die Faktoren Arbeit und Kapital erklärt werden kann.

Die Investitionen steigen mittelfristig aufgrund der positiven Nachfrageentwicklung und des günstigen Finanzierungsumfelds stärker als das Produktionspotential. Daraus ergibt sich bis 2018 ein durchschnittlicher Wachstumsbeitrag des Einsatzfaktors Kapital von 0,4 Prozentpunkten. Das potentielle Arbeitsvolumen in Stunden wird bis 2018 durchschnittlich einen Wachstumsbeitrag von 0,1 Prozentpunkten leisten. Dies wird vor allem durch eine höhere Erwerbsbeteiligung erreicht, die im Projektionszeitraum um jahresdurchschnittlich 0,3 Prozentpunkte steigen wird. Diese Zunahme wird sich insbesondere über die erhöhte Erwerbstätigkeit von Frauen und Personen über 55 Jahren ergeben. Damit wird angenommen, dass sich die seit Mitte der 2000er Jahre zu beobachtende Entwicklung fortsetzt, die sich aus dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes ergibt. Die strukturelle Erwerbslosenquote als weiterer Bestimmungsfaktor des potentiellen Arbeitsvolumens ist seit rund einem Jahrzehnt rückläufig und wird sich 2018 gegenüber 2004 auf 4,6 Prozent halbiert haben. Sie hat jedoch bereits ein auch im internationalen Vergleich niedriges Niveau erreicht, sodass sie sich gegen Ende des Projektionszeitraums nur noch langsam zurückbildet. Auch der langjährige Trend zu einer Abnahme der Arbeitszeit je Erwerbstätigen kommt zu einem Ende. Die jährliche Veränderungsrate wird im Projektionszeitraum nur noch knapp unter null liegen.

Die natürliche Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials, also der Personen zwischen 15 und 74 Jahren, ist im Projektionszeitraum weiter rückläufig.[2] Dies kann durch den positiven Wanderungssaldo nicht ausgeglichen werden. Der positive Wanderungssaldo von 369 000 Personen im Jahr 2012 wird sich bis zum Ende des Projektionszeitraums auf 170 000 zurückbilden. Die Arbeitslosigkeit und insbesondere auch die Jugendarbeitslosigkeit bleiben in den Krisenländern der Eurozone hoch und werden viele Personen zur Auswanderung in die wenigen stabilen Länder wie Deutschland bewegen. Allerdings ist davon auszugehen, dass sich die Zuwanderung aus den Krisenländern mit der dortigen wirtschaftlichen Belebung abschwächt. Aus Mittel- und Osteuropa ist weiterhin eine hohe Einwanderung nach Deutschland zu erwarten. Nächstes Jahr wird den Arbeitnehmern aus Bulgarien und Rumänien die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt, sodass es zu einem merklichen Anstieg der Zuwanderung vor allem im Jahr 2014 kommen wird. Der mittelfristig deutlich positive Wanderungssaldo wird den Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den Jahren 2012 bis 2018 somit abschwächen. Insgesamt verringert sich das Erwerbspersonenpotential um jahresdurchschnittlich 0,3 Prozent.

Schließlich wird der Trend der Totalen Faktorproduktivität einen Wachstumsbeitrag von 0,7 Prozentpunkten leisten. Alles in allem wird gemäß der vorliegenden Prognose das reale Produktionspotential bis 2018 um jahresdurchschnittlich 1,3 Prozent zunehmen (Tabelle).

Tabelle

Wachstum des realen Produktionspotentials
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2006–2012	2012–2018
Produktionspotential	1,3	1,3
Wachstumsbeiträge		
Arbeitsvolumen	0,2	0,2
Kapitalvolumen	0,5	0,4
Totale Faktorproduktivität	0,7	0,7

Differenzen bei der Aggregation entstehen durch Rundungseffekte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

1 Für eine ausführliche Beschreibung dieser Methode vgl. D'Auria, F., Denis, C., Havik, K., Mc Morrow, K., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. European Economy - Economic Papers Nummer 420.

2 Vgl. Statistischen Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden 2009.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt zwischen 2012 und 2018 jahresdurchschnittlich um 1,6 Prozent steigen. Die seit dem Jahr 2012 negative Produktionslücke wird sich erst am Ende des Projektionszeitraums 2018 schließen (Kasten 3). Das nominale Bruttoinlandsprodukt wächst jahresdurchschnittlich um 3 ½ Prozent, die Teuerung liegt bei knapp zwei Prozent.

Wirtschaftspolitik: Zeit für grundlegende Entscheidungen

Im Vorfeld der Wahlen zum Deutschen Bundestag hat sich die wirtschaftspolitische Diskussion in Deutschland auf binnenwirtschaftliche Themen konzentriert; die europäische Wirtschaftspolitik ist – wohl auch mit Blick auf ihre geringe Popularität in Teilen der deutschen Bevölkerung – deutlich in den Hintergrund getreten. Stattdessen haben familienpolitische Themen und Verteilungsaspekte – häufig im Zusammenhang mit finanzpolitischen Fragestellungen – eine wesentliche Rolle im Wahlkampf gespielt. Diskussionen über das Ehegattensplitting, Mindestlöhne und das Betreuungsgeld standen im Wahlkampf erkennbar im Vordergrund.

Bei der zuletzt kaum noch vorangekommenen institutionellen Neuordnung im Euroraum ist eine langfristige Orientierung gefordert. Das sich aufhellende konjunkturelle Umfeld und die deutlich stabilisierten Finanzmärkte würden es erleichtern, grundlegende Reformen am institutionellen Fundament der Währungsunion weiter voranzutreiben. Im Bereich der öffentlichen Finanzen wurden in den vergangenen Jahren einige Instrumente zur innereuropäischen Koordinierung und Kontrolle geschaffen, etwa der verschärfte Stabilitäts- und Wachstumspakt oder das Europäische Semester. Ob sich diese Instrumente im politischen Alltag bewähren, wird sich allerdings noch zeigen müssen.

Vor allem mit Blick auf das Bankensystem besteht aber weiter Handlungsbedarf. Mit den Instrumenten zur Stabilisierung der Finanzmärkte – den Europäischen Rettungsfazilitäten EFSF und ESM sowie der Ankündigung der Europäischen Zentralbank, gegen strikte Auflagen gegebenenfalls stabilisierend auf den Märkten für Staatsanleihen einzugreifen – ist es gelungen, die Märkte zu beruhigen. Eine ausreichende Lösung für die strukturellen Probleme der Währungsunion im Bereich der Finanzmärkte sind diese Maßnahmen aber nicht.

Zur Entstehungsgeschichte der Krise im Euroraum gehört auch, dass wegen unterschiedlich strikter Bankenregulierung Kapital in einzelne Länder floss und dort zu nicht nachhaltigen und letztlich die Realwirtschaft destabilisierenden Entwicklungen geführt hat, etwa auf dem spanischen Immobilienmarkt. Außerdem haben in manchen Ländern, etwa in Irland, Probleme im Bankensystem und die staatlichen Stützungsmaßnahmen erst die Schieflage der öffentlichen Finanzen und Refinanzierungsprobleme verursacht, die die Schaffung der Stabilisierungsfonds notwendig werden ließen.

Auch in Deutschland besteht weiterhin Handlungsbedarf bei der Finanzmarktregulierung. Trotz Einführung der Bankenabgabe, Restrukturierungsgesetz und geplanter Mitbestimmung der Aktionäre bei Managergehältern bestehen weiterhin strukturelle Gefahren für eine nachhaltige Stabilität des Finanzsektors. So haben sich die Überkapazitäten im deutschen Bankensektor seit der Krise nicht wesentlich reduziert.[12] Überkapazitäten und der Mangel an nachhaltigen Geschäftsmodellen können zu Druck auf die Margen führen. In der Folge tendieren Banken zu risikoreicheren und damit zu – zumindest kurzfristig – ertragreicheren Geschäften, um ihre Gewinnsituation zu verbessern. Darüber hinaus erschweren niedrige Margen den Aufbau von Kapitalpuffern, zum Beispiel aus einbehaltenen Gewinnen. In Verbindung mit der ohnehin immer noch schwachen Eigenkapitalausstattung der deutschen Banken gefährdet dies die mittel- und langfristige Stabilität des Finanzsystems. Um es nachhaltig widerstandsfähiger zu machen, sollte daher die Stärkung der Eigenkapitalbasis der Banken vorangetrieben werden. Außerdem ist für die Stabilität und für unverzerrte Wettbewerbsbedingungen entscheidend, dass funktionierende Mechanismen zur Abwicklung und Restrukturierung von Banken vorhanden sind. Das deutsche Restrukturierungsgesetz allein reicht dafür nicht aus; auch ein Restrukturierungsmechanismus auf europäischer Ebene ist unerlässlich, um im Fall der Schieflage großer und international vernetzter Banken schnell und effektiv handeln zu können.

Vor diesem Hintergrund ist der seit dem EU-Gipfel im Juni 2012 eingeschlagene Weg einer verstärkten europäischen Kooperation bei der Bankenaufsicht und -abwicklung zu begrüßen. Im April 2013 wurde beschlossen, dass die EZB voraussichtlich ab Oktober 2014 – entgegen ursprünglicher Planungen, die einen Start ab März 2014 vorsahen – für die Aufsicht über die Groß-

12 Vgl. Hellwig, M. (2013): Deutschland und die Finanzmarktregulierung fünf Jahre nach der Krise. Beitrag auf „Ökonomenstimme", www.oekonomenstimme.org vom 27. August 2013.

banken in den Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion zuständig ist (Single Supervisory Mechanism, SSM).[13]

Eine Abwicklung auf europäischer Ebene ist aber weiterhin nicht vorgesehen. Sollten tatsächlich schwerwiegende Missstände bei einer Bank aufgedeckt werden, so kann die EZB der betroffenen Bank zwar die Zulassung entziehen; die dann folgende Abwicklung ist aber durch die nationalen Behörden durchzuführen, in Deutschland durch die Bundesanstalt für Finanzmarkstabilisierung (FMSA) und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Vor allem aber sind die entstehenden finanziellen Belastungen aus der Abwicklung der Banken weiterhin von den Mitgliedstaaten zu tragen. Die wechselseitige Abhängigkeit zwischen Schieflagen im Bankensystem und den öffentlichen Finanzen kommt also weiter zum Tragen.[14]

Die Europäische Kommission hat im Juli einen Entwurf für eine gemeinschaftliche Bankenabwicklung auf europäischer Ebene (Single Resolution Mechanism, SRM) vorgelegt, der eine einheitliche europäische Abwicklungsbehörde (Single Resolution Board, SRB) sowie einen – von den Banken finanzierten – europäischen Abwicklungsfonds vorsieht. Der Vorschlag ist aber weit von einer politischen Konsensfähigkeit entfernt. Vorbehalte gegen die Einrichtung einer europäischen Abwicklungsbehörde sind im Prinzip nachvollziehbar. Beispielsweise ist denkbar, dass die Regierungen die jeweiligen nationalen Geschäftsbanken verstärkt zur Finanzierung von Staatsschulden heranziehen, wenn die Haftung für eine daraus resultierende Bankenpleite auf die europäische Ebene – also einen europäischen Abwicklungsfonds – übertragen wird. Dieses Problem lässt sich aber durch eine effektive Aufsicht auf europäischer Ebene lösen.

Eindeutig schädlich ist aber die Vermischung kurzfristiger Ziele (etwa die akute Stabilisierung des europäischen Finanzmarktes und die Beseitigung aktueller Schieflagen im Bankensystem) mit langfristigen institutionellen Verbesserungen am Fundament der Europäischen Währungsunion. Im Vordergrund müssen bei der Ausgestaltung der Bankenunion langfristige Ziele stehen. In diesem Sinne ist es folgerichtig, dass in der Vergangenheit aufgelaufene Belastungen aus der Bankenabwicklung nicht auf einen zu bildenden europäischen Fonds übertragen werden. Erforderlich ist aber auch die Bereitschaft, bei der institutionellen Neugestaltung der Währungsunion nationale Kompetenzen an die europäische Ebene abzugeben. So kann ein Netzwerk nationaler Abwicklungsbehörden allenfalls eine Übergangslösung sein; langfristig müssen Bankenaufsicht und Bankenabwicklung auf einer Ebene angesiedelt sein.

Seit einigen Monaten scheint die europäische Wirtschaftspolitik gelähmt; dies mag auch an den deutschen Bundestagswahlen liegen. Dabei wäre es höchste Zeit, den Reformprozess auf europäischer Ebene wieder aufzunehmen. Sicherzustellen ist aber auch, dass der strukturelle Anpassungsprozess in den Krisenländern weiter fortgesetzt wird. In allen Ländern besteht immer noch erheblicher Handlungsbedarf – trotz erkennbarer Fortschritte bei der Anpassung von Löhnen, Wettbewerbsfähigkeit und öffentlichen Finanzen. Weitere Hilfspakete, wie sie von der Politik derzeit ins Gespräch gebracht werden, werden dennoch offensichtlich erforderlich sein – zumindest als Rückversicherung, falls der Zugang zum Kapitalmarkt vorübergehend verwehrt sein sollte. Die sich in vielen Krisenländern abzeichnende Talsohle bei der wirtschaftlichen Entwicklung dürfte den Anpassungsprozess aber erleichtern; die mit der steten wirtschaftlichen Verschlechterung einhergehenden sozialen und politischen Spannungen – wie sie zuletzt in Portugal zu einer Regierungskrise und stockenden Fortschritten bei der Abarbeitung der Reformagenda geführt haben – dürften abklingen, sobald eine wirtschaftliche Aufhellung und eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation einsetzt. Im Zuge der politischen und sozialen Stabilisierung in den Krisenländern dürften sich auch die Finanzmärkte weiter beruhigen; so dürfte allmählich eine positive realwirtschaftliche Dynamik in Gang kommen.

Geldpolitik: Langfristige Wirksamkeit sichern

Angesichts niedriger Inflation und moderater Konjunkturaussichten im Euroraum hat die Europäische Zentralbank (EZB) seit ihrer Ratssitzung im Mai die Leitzinsen unverändert auf historisch niedrigem Niveau belassen. Der Hauptrefinanzierungssatz beträgt nach wie vor 0,5 Prozent, der Spitzenrefinanzierungssatz ein Prozent und der Einlagensatz null Prozent.

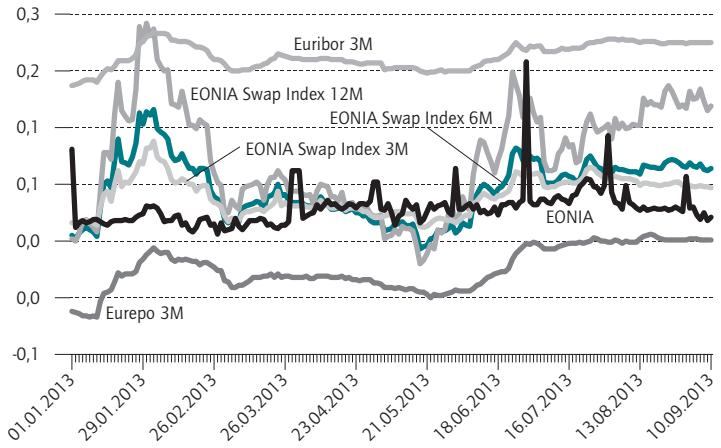
Gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex stieg die jährliche Preissteigerungsrate zwischen Mai und Juni zwar um 0,2 Prozentpunkte auf 1,6 Prozent leicht an, ist seitdem jedoch wieder auf 1,3 Prozent gesunken. Die moderate Geld- und Kreditentwicklung sowie eine nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit im Euroraum sprechen nicht dafür, dass in naher Zukunft mit starkem Preisdruck zu rechnen ist, sodass die akkommodierende Haltung der EZB angemessen erscheint.

13 Vgl. zu einer wirtschaftspolitischen Beurteilung der gemeinsamen Bankenaufsicht durch die EZB auch Fichtner et al. (2013): Sommergrundlinien 2013. DIW Wochenbericht Nr. 25/2013.

14 Vgl. Pockrandt, J., Radde, S. (2012): Reformbedarf in der EU-Bankenregulierung. DIW Wochenbericht Nr. 42/2012.

Abbildung 24

Geldmarktsätze
In Prozent



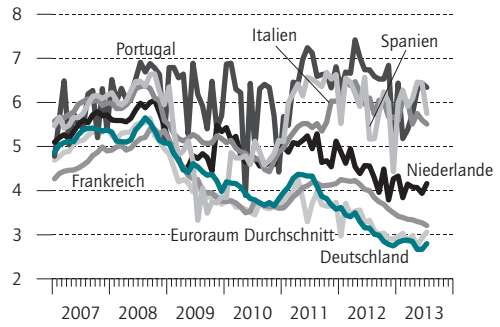
Quelle: Datastream.

© DIW Berlin 2013

Die Geldmarktzinsen sind im Mai und Juni gestiegen.

Abbildung 25

Zinssatz auf neu abgeschlossene Kreditgeschäfte
Volumen unter 1 Million Euro in Prozent



Quelle: Europäische Zentralbank.

© DIW Berlin 2013

Die Kreditzinsen in den Krisenländern liegen weiterhin über dem Euroraum-Durchschnitt.

Aufgrund der hohen Überschussliquidität liegen die Geldmarktzinsen nach wie vor nahe bei null; die Senkung der Leitzinsen im Mai hatte in der Konsequenz auch keine starke Wirkung auf diese Zinsen zur Folge (Abbildung 24). Obwohl die Überschussliquidität im Verlauf der vergangenen Monate weiter gesunken ist, liegt sie mit rund 240 Milliarden Euro noch immer auf hohem Niveau.[15]

Die Zinsen für Unternehmens- und private Kredite scheinen hingegen zu konvergieren. Seit Mai sinken die Zinsen für neue Ausleihungen in den Krisenländern, während sie beispielsweise in Deutschland und den Niederlanden leicht steigen; dadurch nähern sich die Refinanzierungsbedingungen in den Ländern des Euroraums langsam wieder an. Nach wie vor besteht allerdings eine recht große Spreizung zwischen den Zinsen für kleinere Ausleihungen bis zu einer Million Euro in den einzelnen Ländern. In Italien und Spanien liegen diese Zinsen zum Beispiel bis zu 2,7 Prozentpunkte höher als im Durchschnitt des Euroraums (Abbildung 25). Da insbesondere kleinere und mittelständische Unternehmen solche Kredite in Anspruch nehmen, ist das Finanzierungsumfeld für diese Unternehmen in den Krisenländern weiterhin vergleichsweise ungünstig.

Auch der Bank Lending Survey der EZB für das zweite Quartal 2013 zeigt, dass die Kreditsituation insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen unverändert angespannt geblieben ist.

Bei den gegenwärtig niedrigen Leitzinsen und dem noch nicht voll funktionsfähigen Transmissionskanal sind weitere Zinssenkungen derzeit keine sinnvolle Politikoption. Um einen Einfluss insbesondere auf Zinsen längerer Fristigkeiten auszuüben, setzt die EZB, neben Änderungen ihrer Standards für Sicherheiten oder den bereits erfolgreich angewandten endgültigen Käufen von Pfandbriefen im Rahmen der Covered-Bond-Purchase-Programme, mittlerweile auf das Konzept der sogenannten *forward guidance*. Dabei handelt es sich um eine Form der Erwartungssteuerung, um vor allem das mittel- bis längerfristige Zinsniveau noch weiter zu senken (Kasten 4).

Der Grund für die Einführung von *forward guidance* war wohl ein Anstieg der Geldmarktzinsen im Mai und Juni, der unter anderem im Zusammenhang mit der Ankündigung der amerikanischen Notenbank am 22. Mai 2013 stehen dürfte, ihre monatlichen Anleihekäufe in naher Zukunft graduell zu reduzieren. Da dieser Anstieg nicht mit der geldpolitischen Haltung der EZB übereinstimmte, kündigte sie Anfang Juli an, das gegenwärtige Leitzinsniveau für eine „extended period of time“ beizubehalten oder möglicherweise noch weiter abzusenken.[16]

15 Die Überschussliquidität ergibt sich aus der Differenz zwischen der Reservehaltung des Bankensektors beim Eurosystem zuzüglich der Nettoinanspruchnahme der ständigen Fazilitäten und der Mindestreserven. Vor der Einführung des Vollzuteilungsverfahrens in den Refinanzierungsgeschäften der EZB lag die Überschussliquidität in der Regel bei null.

16 Siehe dazu Praet, P. (2013): Forward Guidance and the ECB. Beitrag auf vox.eu, 6. August 2013.

Kasten 4

Die EZB und Forward Guidance

Forward guidance ist ein Mittel der Zentralbankkommunikation zur Erwartungssteuerung, das es den Finanzmarktakteuren erlauben soll, die Zentralbankpolitik über die kurze Frist hinaus besser zu prognostizieren.

Bereits vor der Einführung von *forward guidance* kommunizierte die EZB ihre Sicht auf die zukünftige Entwicklung der wesentlichen makroökonomischen Größen. Da die von ihr gewählten Politikmaßnahmen wesentlich durch diese Entwicklung bestimmt werden, kommunizierte sie auf diese Weise implizit immer auch einen entsprechenden zu erwartenden Politikpfad. Aber obwohl die EZB in der bisherigen Kommunikation zwar ihre Prognose makroökonomischer Größen vorlegte, gab sie üblicherweise keinerlei zusätzliche explizite Hinweise über den Verlauf ihrer Politik und ihre zukünftige Reaktion auf Entwicklungen wesentlicher Größen – der frühere EZB-Präsident Trichet machte etwa auf Pressekonferenzen immer wieder die Aussage: „We do not pre-commit!" Dagegen beinhaltet die Kommunikation unter forward guidance nun explizite Hinweise über die zukünftige Politik, die es den Marktteilnehmern erleichtern soll, die Reaktionsfunktion der EZB abzuschätzen. Die EZB erläutert dabei, wie sie, gegeben, dass die aus den aktuellen Daten abgeleitete Entwicklung der wesentlichen makroökonomischen Größen korrekt ist, ihr Politikinstrument einsetzt.[1] Dies bedeutet nicht, dass ein expliziter unbedingter Zinspfad vorab festgelegt wird; vielmehr will die EZB einen von der jeweiligen Datenlage abhängigen Hinweis auf ihre zukünftigen Maßnahmen geben.

Damit *forward guidance* erfolgreich sein kann, muss sich die Zentralbank allerdings glaubwürdig verpflichten, die öffentlich angekündigten zukünftigen Maßnahmen auch zu befolgen. Zur Wahrung ihrer Glaubwürdigkeit muss sie so handeln, wie sie es entsprechend ihrer forward guidance formuliert. Dieser Aspekt ist von großer Bedeutung. Denn obwohl *forward guidance* im Prinzip eine begrüßenswerte Verbesserung der Zentralbankkommunikation darstellt, kann sie gleichwohl Anreize schaffen, die in einem Zeitinkonsistenzproblem münden. Beispielsweise hat die Ankündigung eines für eine längere Zeitspanne niedrigen Zinses über den Erwartungskanal der geldpolitischen Transmission aktuell eine positive Wirkung. Gleichzeitig werden jedoch etwaige Kosten dieser Politik – ausgelöst durch zu niedrige Zinsen im Angesicht steigender Inflationsraten – in die Zukunft verschoben. Dieses zeitliche Auseinanderfallen von Vor- und Nachteilen erzeugt ein Zeitinkonsistenzproblem.[2] Ungewiss ist auch, wie sich die Tatsache, dass die EZB im Rahmen ihrer *forward guidance* den Zeitraum bis zur nächsten Zinserhöhung nicht näher spezifiziert („extended period of time"), auf ihre Glaubwürdigkeit auswirkt; insbesondere, da Letzteres der durch die EZB praktizierten *forward guidance* einen diskretionären Charakter verleiht. Dies steht im Widerspruch zu der eigentlich beabsichtigten Berechenbarkeit, die die EZB mit *forward guidance* anstrebt. Die EZB hat allerdings in ihren Erläuterungen zur forward guidance immer wieder betont, dass jede explizitere Ankündigung zukünftiger Politik vor dem Hintergrund interpretiert werden muss, dass sie ausschließlich dem Mandat der Preisstabilität verpflichtet ist; jede etwaige zukünftige Maßnahme ist folglich immer darauf bedingt, dass sie mit dem Ziel einer Inflationsrate von knapp unter zwei Prozent in der mittleren Frist vereinbar ist.

Weitere prominente Beispiele für die Anwendung von forward guidance während der Finanzkrise lieferten die Bank of Canada im April 2009, die Federal Reserve im Dezember 2008 oder zuletzt die Bank of England.

Die von der EZB praktizierte forward guidance unterscheidet sich allerdings durch ihren etwas vagen Charakter von der Praxis der amerikanischen Federal Reserve oder der Bank of England; im Rahmen ihrer forward guidance haben diese sich explizit auf quantitative Schwellen für die Arbeitslosenrate beziehungsweise Inflationsrate festgelegt und stellten ausdrücklich klar, dass eine Unterschreitung dieser Schwellen eine notwendige Bedingung für etwaige Leitzinserhöhungen in der Zukunft seien.

1 Siehe dazu beispielsweise Woodford, M. (2012): Methods of Policy Accommodation at the Interest-Rate Lower Bound. Jackson Hole Conference 2012, Vortragsmanuskript, Columbia University.

2 Issing, O. (2013): A New Paradigm for Monetary Policy. Center for Financial Studies, Working Paper, 2013/02.

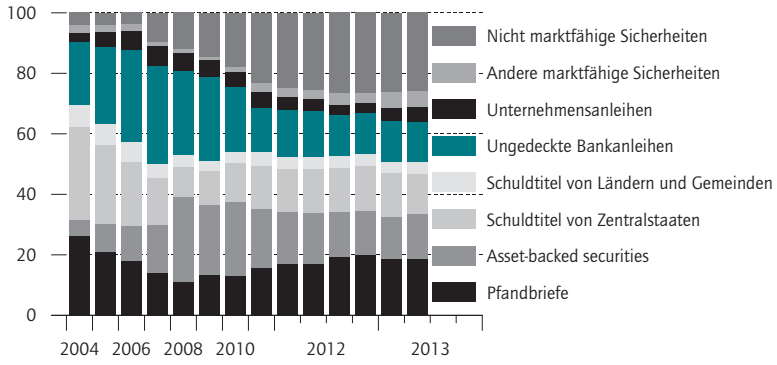
Ferner senkte die EZB im Juli die Bewertungsabschläge und Rating-Anforderungen für bestimmte Asset-Backed Securities (ABS), die als notenbankfähige Sicherheiten in geldpolitischen Geschäften hinterlegt werden können.[17] Diese Maßnahme kann Banken die Refinanzierung von Krediten an die Realwirtschaft erleichtern und so den Zugang von bislang kreditbeschränkten Unternehmen und Haushalten zu Finanzierung verbessern. Neben endgül-

17 Die EZB verlangt nun für diejenigen ABS, die dem im Jahr 2010 eingeführten loan-level-reporting unterliegen, mindestens zwei A-Ratings statt der bisher verlangten zwei AAA-Ratings. Der Bewertungsabschlag für die Senior Tranchen von ABS wurde von 16 auf zehn Prozent gesenkt.

Abbildung 26

Sicherheiten des Eurosystems

In Prozent



Quelle: Europäische Zentralbank.

© DIW Berlin 2013

Die Bedeutung von Pfandbriefen zur Besicherung von EZB-Refinanzierungskrediten hat im Verlauf der Krise wieder zugenommen.

tigen Käufen bestimmter ABS stellt dies eine Möglichkeit dar, der Realwirtschaft in den Krisenstaaten die Finanzierung von Investitionen zu erleichtern.[18]

Allerdings führte die EZB dies nicht explizit als Grund für die Änderung der Risikokontrollmaßnahmen an, sondern verwies vielmehr auf technische Faktoren. Nach der Erklärung der EZB könnten ABS nun günstiger behandelt werden, weil die im Jahr 2010 eingeführten Regulierungen zur Standardisierung von ABS erfolgreich gewesen seien; hinterlegte ABS seien dadurch deutlich transparenter geworden, weswegen ein geringerer Bewertungsabschlag angemessen sei. Im selben Zuge verschärfte die EZB die Risikokontrollstandards für andere Sicherheiten, insbesondere für von Emittenten einbehaltene Pfandbriefe; insgesamt wurde die Gesamtwirkung auf die im Umlauf befindlichen zentralbankfähigen Sicherheiten neutral gehalten.[19]

Faktisch erhöht sich jedoch durch die Besserstellung von ABS deren Liquidität und Attraktivität, was zu einer Belebung des nur schleppend funktionierenden ABS-Marktes führen könnte. Insbesondere die niedrigere Rating-Anforderung setzt positive Anreize für Banken in den Krisenländern, deren ABS aufgrund eines hohen Länderrisikos bisher keine Rating-Höchstnoten erhalten konnten. Jedoch hat die Verschärfung der Standards für andere Sicherheiten einen gegenläufigen Effekt zur Folge, der ebenfalls die Banken in den Krisenländern treffen könnte. So wurde etwa im vergangenen Jahr ein relativ großer Anteil der von spanischen und italienischen Banken emittierten Pfandbriefe von den Emittenten einbehalten, um zur Refinanzierung bei der EZB benutzt zu werden. Da diese Sicherheiten unter den neu eingeführten Regelungen nun ungünstiger behandelt werden, steigen für die Banken die Kosten der Zentralbankrefinanzierung bei der Hinterlegung von einbehaltenen Pfandbriefen.

Emittenten von Pfandbriefen dürften nach diesen Änderungen zukünftig dazu neigen, einen größeren Teil ihrer Emissionen an den Markt zu geben (und nicht einzubehalten). Dies führt wiederum zu einer Verbesserung der Risikoposition der EZB. Das Risiko, dass Emittent und Nutzer einer hinterlegten Sicherheit gleichzeitig zahlungsunfähig werden, sinkt, da der Anteil der von den Emittenten selber genutzten Sicherheiten an den gesamten Sicherheiten des Eurosystems sinkt. Gleichzeitig wurde so auch ein Schritt gemacht, um die Abhängigkeit der Banken von der Zentralbankrefinanzierung zu reduzieren.

Aktuelle Daten der EZB zeigen bereits, dass während des 2. Quartals der Anteil an Pfandbriefen an den hinterlegten Notenbanksicherheiten leicht zurückging, während der Anteil an ABS leicht angestiegen ist (Abbildung 26).

Angesichts der realwirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum ist im Prognosezeitraum nicht mit wesentlichem Preisdruck zu rechnen. Dies bestätigen auch die aus den Inflationsswaps abgeleiteten Inflationserwartungen der Finanzmarktakteure, die in der kurzen Frist deutlich unterhalb des Inflationsziels der EZB von unter, aber nahe zwei Prozent liegen. Die langfristigen Inflationserwartungen sind dagegen fest verankert. Es ist folglich davon auszugehen, dass das Leitzinsniveau im Prognosezeitraum unverändert niedrig bleiben wird.

Finanzpolitik: Langfristig orientiert handeln

In Deutschland hat der öffentliche Gesamthaushalt bereits im vergangenen Jahr mit einem Überschuss abgeschlossen; im Prognosezeitraum werden die Überschüsse zunehmen. Waren es zuerst die Sozialversicherungen, deren Finanzen sich mit dem Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung rapide verbesserten, gesunden nun auch zunehmend die Finanzen der Gebietskörperschaften. In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erwirtschaften die Kommunen in ihrer Gesamtheit bereits seit dem Jahr 2011 Überschüsse. Diese nehmen über den Prognosezeitraum zu und nähern sich dem zweistelligen Mil-

18 Eine detailliertere Ausführung dieser Maßnahmen und ein Vergleich mit ähnlichen Maßnahmen der amerikanischen Federal Reserve findet sich in Fichtner et al. (2013): Sommergrundlinien 2013. DIW Wochenbericht Nr. 25/2013, 40-42.

19 Siehe Pressemitteilung der EZB vom 18. Juli 2013.

liarden-Bereich. Auch die Finanzlage der Länder erholt sich merklich und selbst für den Bundeshaushalt rückt eine schwarze Null in greifbare Nähe.

Sowohl die Bestimmungen der deutschen Schuldenbremse[20] als auch der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt werden eingehalten. Zwar legen die Ausgaben des Staates mit 2,3 Prozent in diesem und 2,6 Prozent im kommenden Jahr mit einer deutlich höheren Dynamik zu als in den Vorjahren; ihr Anstieg ist aber immer noch niedriger als der des nominalen Bruttoinlandsprodukts, sodass die Staatsquote im Prognosezeitraum weiter zurückgeht. Im Jahr 2014 wird sie auf 44,1 Prozent gesunken sein und damit auf ihrem Niveau des Jahres 2008 liegen.

Damit scheinen die Konjunkturpakete, die Finanz- sowie die Staatsschuldenkrise nur begrenzte Folgen für die öffentlichen Kassen gehabt zu haben und die deutschen Staatsfinanzen zurzeit ein erfreuliches Bild zu bieten. Eine nähere Analyse offenbart allerdings, dass weiterhin Handlungsbedarf besteht – insbesondere im Hinblick auf den Bundeshaushalt. So dürfte der Bundeshaushalt im Jahr 2015 zwar ausgeglichen sein. In der mittleren Frist bestehen aber deutliche Risiken, denn größere Belastungen durch Zahlungsausfälle im Zusammenhang mit der Staatsschuldenkrise, aber auch aufgrund von während der Finanzkrise eingegangener Verpflichtungen, sind nicht ausgeschlossen. Ebenso zeichnen sich in der längeren Frist erhebliche Belastungen für die öffentlichen Haushalte aus demographischen Gründen ab. Vor diesem Hintergrund ist es bedauerlich, dass der Bund die günstige wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahren nicht konsequent genutzt hat. Stattdessen wurden Mehrausgaben beschlossen, wie das Betreuungsgeld oder ein doppeltes Weihnachtsgeld für Beamte. Vor allem aber greift der Bund auf eine Kürzung seiner Zuschüsse an die Sozialversicherungen zurück: bei der Bundesagentur für Arbeit dauerhaft, beim Gesundheitssystem temporär. Auf diese Weise wurden noch immer erforderliche Anpassungsprozesse nicht nur in die Zukunft verlagert, sondern mögliche Handlungsspielräume gar nicht erst erarbeitet. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik muss auf diese Weise hinter den Möglichkeiten zurückbleiben, die ihr andernfalls zur Verfügung gestanden hätten; nun sollten wenigstens die vorhandenen Spielräume entschieden genutzt werden.

Dabei sollte ein ausgewogener Mix an politischen Maßnahmen angestrebt werden. Handlungsbedarf besteht beispielsweise im deutschen Einkommensteuersystem. Dieses ist progressiv ausgestaltet, sodass die durchschnittliche Steuerbelastung mit zunehmenden Einkommen überproportional steigt. Damit nimmt die Steuerbelastung auch dann zu, wenn nominalen Einkommenszuwächsen keine realen Kaufkraftgewinne gegenüberstehen. Dies ist nicht nur aus verteilungspolitischen Gründen problematisch, höhere Steuern mindern auch die Leistungsbereitschaft der Steuerzahler. Daher wurden solche Mehreinnahmen mittels diskretionärer Eingriffe in größeren Zeitabständen an die privaten Haushalte zurückgegeben.[21] Überlegen wäre allerdings eine Indexierung des Einkommensteuertarifs. Auf diese Weise könnten progressionsbedingte Mehreinnahmen quasi automatisch vermieden werden. Simulationsrechnungen des DIW Berlin zeigen, dass eine solche Indexierung mit einer Anhebung des Wirtschaftswachstums einhergehen würde.[22]

Handlungsbedarf besteht zudem nach wie vor auf der Ausgabenseite. Zum einen ist es eine regelmäßige Aufgabe, die Staatsausgaben insgesamt im Hinblick auf ihre potentiellen Wachstumswirkungen auf den Prüfstand zu stellen und für eine permanente Justierung der Ausgabenseite zu sorgen. Zudem muss aber auch darüber nachgedacht werden, wie die bisher erreichten Konsolidierungserfolge am besten investiert werden können. Eine vielversprechende Strategie besteht darin, solche Ausgaben zu stärken, die das potentielle Wirtschaftswachstum in Deutschland erhöhen. Beispielsweise sind die Ausgaben für Erziehung und Bildung relativ niedrig. Zudem hat sich bei der öffentlichen Infrastruktur in den vergangenen Jahren ein hoher Investitionsbedarf aufgestaut, sodass eine Stärkung der öffentlichen Investitionstätigkeit angezeigt ist. Berechnungen des DIW Berlin zeigen, dass in Deutschland im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2012 eine Investitionslücke von jährlich drei Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bestand. Auch die öffentlichen Investitionen entwickelten sich schwach. Insbesondere bei der Verkehrsinfrastruktur sind vermehrt Investitionen erforderlich, soll die Substanz erhalten werden.[23] Der Zeitpunkt in diesem Bereich Projekte anzustoßen ist auch deshalb günstig, weil die Finanzlage der Kommunen sich zunehmend verbessert, und damit die Gefahr geringer ist, dass etwaige Programme daran scheitern könnten, dass chronisch klamme Gemeinden Kofinanzierungsanteile nicht stemmen können.[24]

20 Laut Schuldenbremse darf das strukturelle Defizit im Bundeshaushalt im Jahr 2016 nicht mehr als 0,35 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt betragen, die Haushalte der Länder müssen im Jahr 2020 strukturell ausgeglichen sein.

21 Seit der Änderung des Einkommensteuertarifs im Jahr 2010 haben sich die Mehreinnahmen auf derzeit 11,3 Milliarden Euro kumuliert.

22 Vgl. Bach, S. et al. (2013): Aktuelle Steuerreformvorschläge haben kaum Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum. DIW Wochenbericht Nr. 35/2013.

23 Vgl. hierzu auch Bach, S. et al. (2013): Deutschland muss mehr in seine Zukunft investieren. DIW Wochenbericht Nr. 26/2013.

24 Wobei die finanzielle Situation der Kommunen – wie auch der Länder – recht heterogen ist und sich diese Heterogenität zu verfestigen scheint.

Alles in allem steht zu hoffen, dass die Finanzpolitik nach den Wahlen Augenmaß bewahrt, ihre Einnahme- und Ausgabeentscheidungen im Hinblick auf eine nachhaltige Wirtschaftspolitik trifft und haushalterische Spielräume nicht für klientelbedingte Wahlgeschenke vergeben werden.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Simon Junker ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Guido Baldi ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Jacek Bednarz ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Franziska Bremus ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Dmitry Chervyakov ist Praktikant in der Abteilung Makroökonomie

Christian Dreger ist Forschungsdirektor International Economics am DIW Berlin

Hella Engerer ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Christoph Große Steffen ist Doktorand in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Philipp König ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Claus Michelsen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Malte Rieth ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Dirk Ulbricht ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Kristina van Deuverden ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

MODERATE UPWARD TREND CONTINUES

Abstract: The German economy is following a moderate upward trend. At 0.7 per cent, growth in the second quarter was strong compared to the first quarter, but this development was overstated by special effects. In the course of the next quarters production accelerates. In the coming year, growth will reach 1.7 per cent.

After a weak start into the year, the global economy picked up somewhat in the second quarter. Overall, the momentum has shifted towards industrialized countries where, despite limited scope for fiscal policy to stimulate the economy, low inflation rates and the improving or at least stabilizing labor market situation are fostering consumption. As a result of declining uncertainty and still expansionary global monetary policy, previously subdued investment activity builds on the upward movement of consumption and the thus stimulated revival of world trade. On the opposite, the pace of expansion in many emerging countries remains subdued due to both weak domestic and foreign demand. Altogether, the world economy continues to recover due to the impetus from industrial countries and is expected to grow at about four per cent in the coming year, after three per cent in 2013.

Growth in Germany was strong in the second quarter, but this development was boosted by a catch-up effect in the construction industry due to the severe winter. In the current quarter, growth is expected to be slightly weaker since industrial production is growing only at a moderate pace and has even fallen recently. However, new orders indicate a mild upward movement of the economy thereafter. In addition, the continued positive sentiment in the manufacturing sector signals an increase in production.

The labor market conditions are still favorable and employment growth is expected to continue – albeit at a slightly lower rate. Nevertheless, the increase in employment is not reflected in a corresponding decrease in persons unemployed; instead, the German labor market is profiting from positive net migration. Hence, this year and next year, the unemployment rate remains at seven per cent. Wages will rise less than in the previous two years, but still at a tangible rate. Price increases will remain moderate. An inflation rate of 1.6 per cent is expected for this year and of 1.9 per cent for the coming year. Against this backdrop, private consumption continues to be a main pillar of the expansion. The recovering global economy will lead to rising exports and will subsequently encourage companies to invest more dynamically. However, imports - driven by robust domestic demand - will increase by more than exports such that a negative current account slightly curbs growth.

The public sector is expected to have a surplus in the forecast period; it amounts to 0.2 per cent in relation to nominal GDP this year and to 0.3 per cent next year. Economic policy should use the existing scope decisively to enhance the growth potential of the economy. By now, there exists considerably backlog in investment, even to maintain the current level of the capital stock. Given the improving fiscal balances of the municipals in particular, it is time for them to boost public investment.

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

Dr. Ferdinand Fichtner, Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

SIEBEN FRAGEN AN FERDINAND FICHTNER

»Moderater Aufwärtstrend der deutschen Wirtschaft – starke Konsumnachfrage«

1. Herr Fichtner, die deutsche Wirtschaft ist nur verhalten in das Jahr gestartet. Hat sie im Sommer wieder aufholen können? Das zweite Quartal war nach dem Winterhalbjahr wirklich ausgesprochen kräftig. Dieser Schwung lässt in der zweiten Jahreshälfte wieder ein bisschen nach. Insgesamt aber sind wir jetzt wieder auf einem soliden Wachstumspfad. Wir erwarten, dass die deutsche Volkswirtschaft in diesem Jahr im Durchschnitt um 0,4 Prozent wächst. Das ist eine leichte Verlangsamung gegenüber letztem Jahr, als wir mit 0,7 Prozent gewachsen sind. Dafür geht es dann nächstes Jahr wieder deutlich stärker aufwärts, nämlich um 1,7 Prozent.

2. Hat die deutsche Industrie ihre Produktion ausweiten können? Rückblickend war die Entwicklung in der Industrie eher schwach. Die Perspektiven sind trotzdem nicht schlecht, weil die deutschen Unternehmen ihre Investitionstätigkeit wieder ausbauen dürften. Grundsätzlich sind die Finanzierungsbedingungen für die deutschen Unternehmen, insbesondere die Zinsen, günstig. Das dürfte die Investitionstätigkeit im weiteren Prognosezeitraum ankurbeln.

3. Konnte die Bauwirtschaft von den erwarteten Nachholeffekten profitieren? Im zweiten Quartal des laufenden Jahres hat man deutlich gesehen, dass die deutsche Bauwirtschaft noch mal ordentlich zugelegt hat. Nach dem kalten und langen Winter, in dem sehr wenig verbaut werden konnte, ist im zweiten Quartal die Produktion in diesem Bereich ausgesprochen kräftig gewachsen. Im weiteren Verlauf dürften auch die Konsequenzen der Flutkatastrophe im Baubereich noch erkennbar sein. Insbesondere beim öffentlichen Bau erwarten wir, dass die Wiederaufbaumaßnahmen nach der Flutkatastrophe einen gewissen Teil zum Wachstum beitragen, allerdings nicht mit großen Milliardenbeträgen.

4. Wie haben sich die Exporte in die europäischen und außereuropäischen Länder entwickelt? Die Exporttätigkeit war zuletzt relativ kräftig. Relativ, weil das weltwirtschaftliche Umfeld für die deutsche Volkswirtschaft eher gedämpft war. Gemessen daran haben sich die Exporte zum Beispiel in die Schwellenländer, aber auch in die USA und sogar in den Euroraum relativ günstig entwickelt. Das dürfte auch im weiteren Verlauf der Fall sein. Neben den Schwellenländern erwarten wir vor allem aus den Industrieländern eine recht gut laufende Nachfrage. Auch aus dem Euroraum dürfte nach und nach eine Kräftigung der Nachfrage zu erkennen sein, weil die Krisenländer den Tiefpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht haben dürften und es dann wieder aufwärts geht.

5. Wie stark ist der private Konsum? Der private Konsum in Deutschland profitiert ganz klar von der günstigen Arbeitsmarktsituation. Wir haben in diesem Jahr eine niedrige Arbeitslosigkeit von knapp unter sieben Prozent. Das ist gut für die deutsche Konsumnachfrage, zumal sich auch die Löhne relativ günstig entwickelt haben. Das alles führt dazu, dass die Konsumnachfrage eine zunehmend wichtige Stütze der deutschen Wirtschaft ist.

6. Wie sieht es bei den Verbraucherpreisen aus? Die Inflationsrate bewegt sich absolut im Rahmen dessen, was wir als preisstabil betrachten würden. Es gab im laufenden Jahr einen gewissen Druck nach unten, weil beispielsweise die Praxisgebühr weggefallen ist und wir zum Jahresbeginn relativ niedrige Energiepreise hatten. So dürften wir dieses Jahr auf eine Inflationsrate von ungefähr 1,6 Prozent kommen. Im nächsten Jahr steigt sie dann wieder auf 1,9 Prozent.

7. Wie schätzen Sie die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum ein? Der Euroraum scheint die Rezession überwunden zu haben. Im zweiten Quartal gab es eine deutlich positive Wachstumsrate. Wir erwarten, dass in den Krisenländern schon in der zweiten Jahreshälfte die Konjunktur wieder nach oben zeigt, wenngleich das Tempo langsam bleibt. Ich denke, das ist aus politischen Gründen für den Zusammenhalt der Währungsunion ganz entscheidend.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg

Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Jahresergebnisse 2013

Milliarden Euro

		Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3		Bruttowertschöpfung	2 454,8	1 619,6	251,8	583,5	–
4	–	Abschreibungen	409,7	233,3	47,5	128,9	–
5	=	Nettowertschöpfung [1]	2 045,1	1 386,3	204,2	454,6	−163,2
6	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 416,5	997,5	207,8	211,2	11,2
7	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	19,1	9,8	0,1	9,3	–
8	+	Empfangene sonstige Subventionen	23,9	22,2	0,2	1,5	–
9	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	633,4	401,1	−3,4	235,7	−174,4
10	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 418,4	–	–	1 418,4	9,3
11	–	Geleistete Subventionen	24,8	–	24,8	–	5,3
12	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	302,8	–	302,8	–	6,2
13	–	Geleistete Vermögenseinkommen	835,5	727,0	63,8	44,7	192,4
14	+	Empfangene Vermögenseinkommen	899,3	459,3	21,4	418,6	128,6
15	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 393,5	133,4	232,2	2 027,9	−228,0
16	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	330,3	73,4	–	256,9	7,4
17	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	337,3	–	337,3	–	0,3
18	–	Geleistete Sozialbeiträge	550,5	–	–	550,5	3,1
19	+	Empfangene Sozialbeiträge	551,4	92,0	458,8	0,6	2,1
20	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	497,4	55,5	441,4	0,6	0,4
21	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	491,1	–	–	491,10	6,8
22	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	210,1	80,1	59,6	70,4	6,0
23	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	174,1	79,0	17,7	77,4	42,0
24	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 359,2	95,4	545,0	1 718,7	−193,6
25	–	Konsumausgaben	2 107,5	–	532,6	1 574,9	–
26	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	−30,7	–	30,7	–
27	=	Sparen	251,6	64,7	12,5	174,5	−193,6
28	–	Geleistete Vermögenstransfers	34,4	4,5	23,4	6,5	3,2
29	+	Empfangene Vermögenstransfers	32,6	15,5	9,9	7,2	5,0
30	–	Bruttoinvestitionen	467,8	254,2	41,8	171,8	–
31	+	Abschreibungen	409,7	233,3	47,5	128,9	–
32	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–	0,5	−1,4	0,9	–
33	=	Finanzierungssaldo	191,8	54,3	6,1	131,4	−191,8
		Nachrichtlich:					
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 359,2	95,4	545,0	1 718,7	−193,6
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	339,6	–	339,6	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	339,6	–	–	339,6	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 359,2	95,4	205,4	2 058,3	−193,6
38	–	Konsum [2]	2 107,5	–	192,9	1 914,6	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	−30,7	–	30,7	–
40	=	Sparen	251,6	64,7	12,5	174,5	−193,6

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
2 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachtransfers).

Jahresergebnisse 2014

Milliarden Euro

		Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3		Bruttowertschöpfung	2 539,0	1 679,9	258,1	601,0	–
4	–	Abschreibungen	417,8	236,4	49,1	132,2	–
5	=	Nettowertschöpfung [1]	2 121,2	1 443,5	208,9	468,8	−152,8
6	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 464,6	1 033,2	212,7	218,7	11,5
7	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	19,6	10,0	0,1	9,5	–
8	+	Empfangene sonstige Subventionen	23,9	22,2	0,2	1,5	–
9	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	660,9	422,5	−3,6	242,1	−164,3
10	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 466,6	–	–	1 466,6	9,5
11	–	Geleistete Subventionen	24,8	–	24,8	–	5,3
12	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	307,3	–	307,3	–	8,1
13	–	Geleistete Vermögenseinkommen	859,2	750,0	63,0	46,2	207,8
14	+	Empfangene Vermögenseinkommen	926,6	469,7	21,6	435,3	140,4
15	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 477,5	142,1	237,5	2 097,9	−219,5
16	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	343,8	74,2	–	269,5	7,5
17	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	350,9	–	350,9	–	0,3
18	–	Geleistete Sozialbeiträge	567,5	–	–	567,5	3,1
19	+	Empfangene Sozialbeiträge	568,4	94,8	473,1	0,6	2,2
20	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	509,9	56,6	452,8	0,6	0,5
21	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	503,6	–	–	503,61	6,8
22	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	211,8	81,0	59,5	71,3	6,4
23	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	178,8	81,2	17,9	79,8	39,3
24	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 446,3	106,3	567,1	1 772,9	−188,3
25	–	Konsumausgaben	2 176,4	–	551,1	1 625,4	–
26	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	−31,0	–	31,0	–
27	=	Sparen	269,9	75,3	16,0	178,6	−188,3
28	–	Geleistete Vermögenstransfers	34,9	4,8	23,2	6,9	3,0
29	+	Empfangene Vermögenstransfers	32,9	15,5	10,2	7,2	5,0
30	–	Bruttoinvestitionen	499,3	271,3	44,4	183,6	–
31	+	Abschreibungen	417,8	236,4	49,1	132,2	–
32	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–	0,5	−1,4	0,9	–
33	=	Finanzierungssaldo	186,3	50,6	9,2	126,5	−186,3
		Nachrichtlich:					
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 446,3	106,3	567,1	1 772,9	−188,3
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	351,7	–	351,7	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	351,7	–	–	351,7	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 446,3	106,3	215,4	2 124,6	−188,3
38	–	Konsum [2]	2 176,4	–	199,4	1 977,0	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	−31,0	–	31,0	–
40	=	Sparen	269,9	75,3	16,0	178,6	−188,3

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
2 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachtransfers).

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2013 bis 2014

	2012	2013	2014	2012		2013		2014	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	1,1	0,5	0,4	1,3	0,9	0,6	0,5	0,5	0,3
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,4	0,1	0,3	−0,5	1,2	0,3	−0,2	1,0	−0,4
Arbeitstage	−1,2	−0,2	0,1	0,0	−2,3	−1,3	0,8	−0,3	0,6
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,2	0,4	0,9	0,7	−0,2	−0,3	1,1	1,2	0,5
Produktivität[1]	0,4	0,0	0,8	0,5	0,4	0,0	0,0	0,5	1,1
Reales Bruttoinlandsprodukt	**0,7**	**0,4**	**1,7**	**1,2**	**0,2**	**−0,3**	**1,1**	**1,7**	**1,6**
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen a) Mrd. Euro									
Konsumausgaben	2 048,2	2 107,5	2 176,4	998,5	1 049,7	1 023,2	1 084,4	1 058,0	1 118,4
Private Haushalte[2]	1 533,9	1 574,9	1 625,4	749,0	784,9	764,0	810,9	789,7	835,6
Staat	514,4	532,6	551,1	249,6	264,8	259,1	273,4	268,3	282,7
Anlageinvestitionen	470,6	473,6	507,0	226,4	244,1	221,4	252,2	239,2	267,9
Ausrüstungen	175,0	171,9	186,4	85,2	89,9	81,3	90,7	86,7	99,8
Bauten	266,1	271,9	289,3	127,2	138,9	125,8	146,1	137,6	151,7
Sonstige Anlageinvestitionen	29,4	29,8	31,3	14,0	15,3	14,3	15,5	14,9	16,4
Vorratsveränderung[3]	−10,3	−5,8	−7,7	2,7	−13,0	4,5	−10,3	2,8	−10,6
Inländische Verwendung	2 508,5	2 575,3	2 675,7	1 227,7	1 280,8	1 249,0	1 326,3	1 300,0	1 375,7
Außenbeitrag	157,9	163,2	152,8	83,2	74,7	86,8	76,4	81,8	71,0
Exporte	1 381,0	1 391,0	1 487,3	691,0	690,1	684,9	706,2	725,5	761,8
Importe	1 223,1	1 227,8	1 334,5	607,8	615,3	598,0	629,8	643,7	690,8
Bruttoinlandsprodukt	**2 666,4**	**2 738,5**	**2 828,5**	**1 310,9**	**1 355,6**	**1 335,8**	**1 402,7**	**1 381,8**	**1 446,7**
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	2,5	2,9	3,3	2,8	2,2	2,5	3,3	3,4	3,1
Private Haushalte[2]	2,4	2,7	3,2	2,8	1,9	2,0	3,3	3,4	3,0
Staat	3,0	3,5	3,5	2,8	3,1	3,8	3,3	3,5	3,4
Anlageinvestitionen	−0,6	0,6	7,1	0,9	−1,8	−2,2	3,3	8,0	6,2
Ausrüstungen	−3,4	−1,8	8,4	−0,8	−5,7	−4,6	0,9	6,7	10,0
Bauten	1,1	2,2	6,4	1,9	0,3	−1,1	5,2	9,4	3,8
Sonstige Anlageinvestitionen	2,6	1,4	5,2	2,3	2,8	2,1	0,8	4,3	6,1
Inländische Verwendung	1,4	2,7	3,9	1,8	0,9	1,7	3,6	4,1	3,7
Exporte	4,5	0,7	6,9	6,0	3,1	−0,9	2,3	5,9	7,9
Importe	3,1	0,4	8,7	5,1	1,3	−1,6	2,3	7,6	9,7
Bruttoinlandsprodukt	**2,2**	**2,7**	**3,3**	**2,5**	**1,9**	**1,9**	**3,5**	**3,4**	**3,1**
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt a) Verkettete Volumina in Mrd. Euro									
Konsumausgaben	1 861,0	1 877,9	1 902,4	914,6	946,4	918,6	959,3	931,3	971,1
Private Haushalte[2]	1 392,3	1 405,6	1 425,4	682,4	709,9	684,7	720,9	694,8	730,6
Staat	468,8	472,5	477,1	232,2	236,6	234,0	238,5	236,6	240,6
Anlageinvestitionen	431,3	428,8	453,7	207,4	224,0	200,2	228,7	213,6	240,1
Ausrüstungen	176,6	172,7	187,0	85,3	91,3	80,8	91,8	86,1	100,9
Bauten	220,4	220,8	229,9	105,9	114,6	102,7	118,1	109,8	120,1
Sonstige Anlageinvestitionen	32,7	33,5	35,7	15,4	17,2	15,9	17,6	16,8	18,9
Inländische Verwendung	2 288,9	2 308,3	2 355,4	1 130,9	1 158,0	1 130,1	1 178,3	1 154,3	1 201,2
Exporte	1 289,5	1 297,9	1 376,2	645,5	644,0	640,5	657,4	673,5	702,7
Importe	1 106,4	1 124,3	1 207,9	548,6	557,8	547,1	577,2	582,9	625,0
Bruttoinlandsprodukt	**2 471,7**	**2 481,4**	**2 522,4**	**1 227,5**	**1 244,2**	**1 223,3**	**1 258,1**	**1 244,2**	**1 278,3**
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	0,8	0,9	1,3	1,2	0,4	0,4	1,4	1,4	1,2
Private Haushalte[2]	0,8	1,0	1,4	1,2	0,3	0,3	1,5	1,5	1,4
Staat	1,0	0,8	1,0	1,2	0,8	0,8	0,8	1,1	0,9
Anlageinvestitionen	−2,1	−0,6	5,8	−0,7	−3,3	−3,5	2,1	6,7	5,0
Ausrüstungen	−4,0	−2,2	8,3	−1,4	−6,4	−5,2	0,6	6,5	9,9
Bauten	−1,4	0,2	4,1	−0,7	−1,9	−3,0	3,1	6,9	1,7
Sonstige Anlageinvestitionen	3,4	2,5	6,7	3,3	3,5	2,7	2,3	6,1	7,3
Inländische Verwendung	−0,3	0,8	2,0	0,2	−0,8	−0,1	1,8	2,1	1,9
Exporte	3,2	0,7	6,0	4,6	1,8	−0,8	2,1	5,2	6,9
Importe	1,4	1,6	7,4	3,1	−0,2	−0,3	3,5	6,5	8,3
Bruttoinlandsprodukt	**0,7**	**0,4**	**1,7**	**1,2**	**0,2**	**−0,3**	**1,1**	**1,7**	**1,6**

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2013 bis 2014

	2012	2013	2014	2012		2013		2014	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2005 = 100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben[2]	1,6	1,7	1,8	1,6	1,6	1,7	1,7	1,9	1,7
Konsumausgaben des Staates	2,0	2,7	2,5	1,6	2,3	3,0	2,5	2,4	2,5
Anlageinvestitionen	1,6	1,2	1,2	1,6	1,5	1,3	1,2	1,2	1,2
Ausrüstungen	0,7	0,4	0,1	0,6	0,7	0,7	0,3	0,1	0,1
Bauten	2,5	2,0	2,2	2,6	2,3	1,9	2,0	2,3	2,1
Exporte	1,3	0,1	0,8	1,3	1,2	−0,1	0,3	0,7	0,9
Importe	1,7	−1,2	1,2	1,9	1,5	−1,3	−1,1	1,0	1,3
Bruttoinlandsprodukt	**1,5**	**2,3**	**1,6**	**1,3**	**1,6**	**2,3**	**2,3**	**1,7**	**1,5**
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd. Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	1 976,2	2 027,9	2 097,9	972,3	1 003,9	992,4	1 035,5	1 030,1	1 067,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	251,0	256,0	264,7	121,5	129,5	123,9	132,2	129,1	135,7
Bruttolöhne und -gehälter	1 126,6	1 162,3	1 201,9	537,1	589,6	553,0	609,4	576,7	625,2
Übrige Primäreinkommen[4]	598,6	609,5	631,2	313,8	284,8	315,6	294,0	324,3	306,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	351,8	365,6	379,6	159,9	191,8	162,5	203,2	167,6	212,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	**2 328,0**	**2 393,5**	**2 477,5**	**1 132,2**	**1 195,7**	**1 154,8**	**1 238,7**	**1 197,7**	**1 279,8**
Abschreibungen	402,1	409,7	417,8	200,8	201,3	204,7	205,1	208,6	209,2
Bruttonationaleinkommen	**2 730,1**	**2 803,2**	**2 895,2**	**1 333,0**	**1 397,1**	**1 359,5**	**1 443,8**	**1 406,3**	**1 489,0**
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2 054,3	2 115,5	2 195,0	996,4	1 057,9	1 017,5	1 098,0	1 057,4	1 137,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	676,6	697,1	728,3	337,8	338,8	340,7	356,5	351,6	376,7
Arbeitnehmerentgelt	1 377,6	1 418,4	1 466,6	658,5	719,1	676,8	741,5	705,8	760,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	3,2	2,6	3,4	3,5	2,9	2,1	3,2	3,8	3,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,8	2,0	3,4	2,7	2,8	2,0	2,1	4,2	2,6
Bruttolöhne und -gehälter	4,2	3,2	3,4	4,2	4,1	3,0	3,4	4,3	2,6
Übrige Primäreinkommen[4]	1,5	1,8	3,6	2,5	0,5	0,6	3,2	2,8	4,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	−2,9	3,9	3,8	−2,3	−3,4	1,6	5,9	3,2	4,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	**2,2**	**2,8**	**3,5**	**2,6**	**1,8**	**2,0**	**3,6**	**3,7**	**3,3**
Abschreibungen	2,8	1,9	2,0	2,9	2,8	1,9	1,8	1,9	2,0
Bruttonationaleinkommen	**2,3**	**2,7**	**3,3**	**2,6**	**2,0**	**2,0**	**3,3**	**3,4**	**3,1**
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2,1	3,0	3,8	2,6	1,6	2,1	3,8	3,9	3,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	−1,4	3,0	4,5	0,1	−2,8	0,8	5,2	3,2	5,7
Arbeitnehmerentgelt	3,9	3,0	3,4	3,9	3,9	2,8	3,1	4,3	2,6
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Mrd. Euro									
Masseneinkommen	1 141,1	1 172,3	1 206,7	549,3	591,7	562,8	609,5	583,1	623,5
Nettolöhne- und -gehälter	751,9	772,9	795,6	354,9	397,0	364,0	408,9	379,1	416,5
Monetäre Sozialleistungen	479,0	491,1	503,6	239,2	239,8	244,9	246,2	250,4	253,2
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen[5]	89,8	91,7	92,6	44,8	45,0	46,1	45,6	46,4	46,1
Übrige Primäreinkommen[4]	598,6	609,5	631,2	313,8	284,8	315,6	294,0	324,3	306,9
Sonstige Transfers (Saldo)[6]	−59,8	−63,1	−65,0	−28,6	−31,2	−31,7	−31,4	−32,7	−32,3
Verfügbares Einkommen	**1 679,9**	**1 718,7**	**1 772,9**	**834,5**	**845,4**	**846,7**	**872,0**	**874,8**	**898,2**
Nachrichtlich:									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	30,5	30,7	31,0	15,0	15,4	15,2	15,6	15,3	15,7
Konsumausgaben	1 533,9	1 574,9	1 625,4	749,0	784,9	764,0	810,9	789,7	835,6
Sparen	176,5	174,5	178,6	100,6	75,9	97,8	76,7	100,4	78,2
Sparquote in Prozent[7]	10,3	10,0	9,9	11,8	8,8	11,3	8,6	11,3	8,6
b) Veränderung in & gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	3,0	2,7	2,9	3,0	3,1	2,4	3,0	3,6	2,3
Nettolöhne- und -gehälter	3,9	2,8	2,9	4,1	3,8	2,6	3,0	4,2	1,9
Monetäre Sozialleistungen	1,2	2,5	2,5	0,7	1,6	2,4	2,7	2,3	2,8
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen[5]	0,6	2,1	0,9	−0,2	1,3	2,9	1,4	0,8	1,1
Übrige Primäreinkommen[4]	1,5	1,8	3,6	2,5	0,5	0,6	3,2	2,8	4,4
Verfügbares Einkommen	**2,3**	**2,3**	**3,2**	**2,9**	**1,8**	**1,5**	**3,2**	**3,3**	**3,0**
Konsumausgaben	2,4	2,7	3,2	2,8	1,9	2,0	3,3	3,4	3,0
Sparen	1,6	−1,1	2,3	2,9	0,0	−2,8	1,1	2,6	2,0

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2013 bis 2014

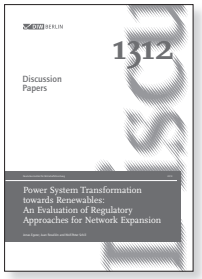
	2012	2013	2014	2012		2013		2014	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates[8]									
a) Mrd. Euro									
Einnahmen									
Steuern	617,7	640,1	658,2	309,6	308,2	321,4	318,7	330,0	328,2
direkte Steuern	319,4	337,3	350,9	161,7	157,7	172,0	165,3	177,7	173,3
indirekte Steuern	298,3	302,8	307,3	147,8	150,5	149,4	153,4	152,3	155,0
Sozialbeiträge	448,9	458,8	473,1	217,9	231,1	222,8	236,0	231,2	241,8
Vermögenseinkommen	22,8	21,4	21,6	12,1	10,7	11,6	9,8	12,0	9,6
Laufende Übertragungen	17,4	17,7	17,9	8,1	9,3	8,2	9,4	8,3	9,5
Vermögenstransfers	10,5	9,9	10,2	4,7	5,8	4,6	5,3	4,8	5,4
Verkäufe	76,1	76,8	77,9	35,8	40,4	35,9	40,9	36,2	41,7
Sonstige Subventionen	0,3	0,2	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1	25,2	24,6
Insgesamt	**1 193,8**	**1 224,8**	**1 259,0**	**588,2**	**605,6**	**604,5**	**620,3**	**622,6**	**636,4**
Ausgaben									
Vorleistungen	130,9	136,1	140,5	59,8	71,1	62,4	73,6	64,4	76,0
Arbeitnehmerentgelte	203,8	207,8	212,7	97,9	105,9	99,7	108,0	102,0	110,7
Soziale Sachleistungen	213,1	221,6	230,5	106,2	106,9	110,9	110,7	115,3	115,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	63,8	63,8	63,0	31,9	31,9	30,6	33,1	30,3	32,7
Subventionen	24,6	24,8	24,8	11,9	12,7	12,0	12,7	12,0	12,7
Monetäre Sozialleistungen	430,3	441,4	452,8	215,0	215,3	220,2	221,1	225,3	227,5
Sonstige laufende Transfers	57,1	59,6	59,5	30,6	26,5	34,2	25,4	31,6	27,9
Bruttoinvestitionen	41,4	41,8	44,4	16,9	24,4	16,8	25,1	19,1	25,2
Vermögenstransfers	27,6	23,4	23,2	10,4	17,3	9,7	13,7	9,4	13,8
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	−1,3	−1,4	−1,4	−0,6	−0,7	−0,7	−0,7	−0,7	−0,7
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	**1 191,4**	**1 218,8**	**1 249,9**	**580,0**	**611,3**	**596,0**	**622,8**	**608,9**	**641,0**
Finanzierungssaldo	2,4	6,1	9,2	8,2	−5,8	8,5	−2,5	13,7	−4,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	4,2	3,6	2,8	3,7	4,7	3,8	3,4	2,7	3,0
direkte Steuern	6,5	5,6	4,0	5,7	7,4	6,3	4,9	3,3	4,8
indirekte Steuern	1,8	1,5	1,5	1,7	2,0	1,0	1,9	2,0	1,0
Sozialbeiträge	2,7	2,2	3,1	2,7	2,8	2,3	2,2	3,8	2,5
Vermögenseinkommen	−11,5	−6,3	1,0	−11,7	−11,4	−4,7	−8,1	3,7	−2,3
Laufende Übertragungen	4,9	1,3	1,1	7,4	2,8	1,2	1,4	1,2	1,1
Vermögenstransfers	1,1	−5,7	2,7	−9,3	11,3	−2,1	−8,5	4,9	0,8
Verkäufe	2,5	0,9	1,5	1,6	3,4	0,5	1,2	0,8	2,1
Sonstige Subventionen	−0,1	−0,1	0,0	0,0	−0,1	−0,1	−0,1	0,0	0,0
Insgesamt	**3,2**	**2,6**	**2,8**	**2,8**	**3,5**	**2,8**	**2,4**	**3,0**	**2,6**
Ausgaben									
Vorleistungen	3,5	3,9	3,2	3,2	3,8	4,3	3,6	3,2	3,2
Arbeitnehmerentgelte	2,2	1,9	2,3	1,4	2,9	1,9	2,0	2,3	2,4
Soziale Sachleistungen	2,7	4,0	4,0	2,9	2,5	4,4	3,6	4,0	4,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	−2,8	−0,1	−1,2	−4,8	−0,8	−3,9	3,7	−1,0	−1,4
Subventionen	−9,3	0,5	0,1	−8,2	−10,2	0,9	0,1	0,1	0,1
Monetäre Sozialleistungen	1,1	2,6	2,6	0,5	1,6	2,4	2,7	2,3	2,9
Sonstige laufende Transfers[9]	3,3	2,5	−0,1	2,7	0,6	3,6	−1,1	−2,6	2,5
Bruttoinvestitionen	−5,2	1,1	6,1	−9,5	−1,9	−0,9	2,6	14,2	0,7
Vermögenstransfers[9]	−1,7	−4,2	−0,2	−1,7	−0,1	−0,7	−3,6	−0,4	0,2
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen[9]	0,1	−0,1	0,0	0,0	0,0	−0,1	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben[9]	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	**1,2**	**2,3**	**2,6**	**0,7**	**1,7**	**2,7**	**1,9**	**2,2**	**2,9**

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.
2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen
5 Einschließlich verbrauchsnaher Steuern.
6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.
7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.
8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Discussion Papers Nr. 1312
2013 | Jonas Egerer, Juan Rosellón, Wolf-Peter Schill

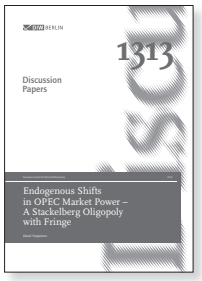


Power System Transformation towards Renewables: An Evaluation of Regulatory Approaches for Network Expansion

We analyze various regulatory regimes for electricity transmission investment in the context of a transformation of the power system towards renewable energy. We study distinctive developments of the generation mix with different implications on network congestion, assuming that a shift from conventional power plants towards renewables may go along with exogenous shocks on transmission requirements, which may be either of temporary or permanent nature. We specifically analyze the relative performance of a combined merchant-regulatory price-cap mechanism, a cost-based rule, and a non-regulated approach in dynamic generation settings. Through application in a stylized two-node network, we find that incentive regulation may perform satisfactorily only when appropriate weights are used. While quasi-ideal weights generally restore the beneficial properties that incentive regulatory mechanisms are well-known for in static settings, pure Laspeyres weights may either lead to overinvestment (stranded investments) or delayed investments as compared to the welfare optimum benchmark. Stranded investments could then be avoided through proper handling of weights. Model results indicate that using average Laspeyres-Paasche weights appears to be an appropriate strategy in the context of permanently or temporarily increasing network congestion. Our analysis motivates further research aimed to characterize optimal regulation for transmission expansion in the context of renewable integration.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers Nr. 1313
2013 | Daniel Huppmann



Endogenous Shifts in OPEC Market Power: A Stackelberg Oligopoly with Fringe

This article proposes a two-stage oligopoly model for the crude oil market. In a game of several Stackelberg leaders, market power increases endogenously as the spare capacity of the competitive fringe goes down. This effect is due to the specific cost function characteristics of extractive industries. The model captures the increase of OPEC market power before the financial crisis and its drastic reduction in the subsequent turmoil at the onset of the global recession. The two-stage model better replicates the price path over the years 2003–2011 compared to a standard simultaneous-move, onestage Nash-Cournot model with a fringe. This article also discusses how most large-scale numerical equilibrium models, widely applied in the energy sector, over-simplify and potentially misinterpret market power exertion.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Schafft die Roaming-Gebühren ab!

Dr. Georg Erber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Wettbewerb und Verbraucher am DIW Berlin.

Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Die EU-Kommission plant, die Roaming-Gebühren innerhalb der Europäischen Union bis 2016 ganz abzuschaffen. Roaming sind Gebühren, die die Netzbetreiber für die Nutzung von Mobiltelefonen, SMS und mobiles Internet außerhalb der jeweiligen Landesgrenzen erheben. Die Kommission will so auch im Bereich der Telekommunikation die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes vorantreiben. Roaming-Gebühren wirken ja wie Zollschranken, die die Kommunikation über die Landesgrenzen hinweg verteuern.

Die Telekommunikationsfirmen machen dagegen geltend, dass ihnen durch die Streichung von Roaming-Gebühren eine wichtige Einnahmequelle zur Finanzierung des Ausbaus der Netze genommen würde. Aber hängt die Investitionsstärke der Telekommunikationsbranche tatsächlich von den Roaming-Einnahmen ab, wie die Unternehmen behaupten?

Sicherlich müssen die Unternehmen ausreichend Gewinne aus ihren Dienstleistungsangeboten im Mobilfunk erzielen, um in den Auf- und Ausbau der Netzinfrastruktur investieren zu können. Hinzu kommen Zahlungen für Mobilfunkfrequenzen, die bei der Zuteilung entrichtet werden müssen.

Nun verursacht der Ausbau von Netzinfrastrukturen in der Regel einmalig vergleichsweise hohe Kosten bei der Investition, während die Kosten für den laufenden Betrieb nur sehr gering sind. Mithin ist der Fixkostenanteil (Lizenzkosten plus Investitionskosten) im Vergleich zu den variablen Kosten (Wartung und Betrieb) außerordentlich hoch. Grob gesprochen liegen die Grenzkosten nahe Null, das bedeutet aber, dass die variablen Kosten kein adäquater Indikator für die Preissetzung sein können.

Die Unternehmen haben eine kreative Lösung für dieses Dilemma gefunden, indem sie beim grenzüberschreitenden Telefonverkehr Renten in Form von Roaming-Gebühren abschöpfen. Die hohe Disparität zwischen den einzelnen Ländern und Firmen zeigt deutlich, dass hier weitgehend Willkür herrscht und die Marktmacht einzelner Anbieter die Preise treibt.

Trotzdem überzeugen die Argumente der Netzbetreiber wenig. Mit dem Übergang zu einer All-IP-Netzinfrastruktur endet die Trennung zwischen Internet und Telefonie, da Telefongespräche auch ein digitaler Datenstrom sind, der über die Netze geleitet wird. Roaming orientierte sich aber am veralteten Modell der Telefonie, wo eine exklusive Leitungsverbindung zwischen den Gesprächspartnern hergestellt wurde. Dem lag der Gedanke der Vermittlung zugrunde – ähnlich wie früher das Fräulein vom Amt sie herstellte. Heute läuft die Datenübertragung im Internet grenzüberschreitend ohne Vermittlungen ab. Die sachliche Grundlage, Vermittlungsgebühren zu erheben, ist damit entfallen.

Bleibt die Frage, wie die Unternehmen ihre Investitionskosten am Markt erwirtschaften. Entfallen Roaming-Einnahmen, dann werden sie anderswo erhoben werden. Müssen darunter die Investitionen leiden? Das ist fraglich. Die Deutsche Telekom beispielsweise erwirtschaftet hohe Gewinne, schüttet sie jedoch als Dividende an die Eigentümer aus, anstatt in den Ausbau ihrer Netzinfrastruktur zu investieren. Erstaunlich ist, dass die Dividendenrendite der Deutschen Telekom mit rund sieben Prozent in etwa doppelt so hoch wie die der Deutschen Bank oder der Daimler AG ist. Innovative Unternehmen wie beispielsweise Apple oder Google schütteten jahrelang überhaupt keine Dividenden aus, weil sie die gesamten Erträge in das Unternehmen investierten. Das förderte den Aktienkurs und freute die Anleger.

Bei der Deutschen Telekom ist das offensichtlich anders. Um in die Netzinfrastruktur zu investieren – die Gewinne sind ja offensichtlich da – bräuchte sie nur die Dividenden auf das übliche Maß zu kürzen. Jetzt jammert man über die fehlenden Mittel für Investitionen und will staatliche Hilfen in Anspruch nehmen. Das ist unglaubwürdig, wenn auf der anderen Seite hohe Erträge an den Staat als größten Anteilseigner ausgeschüttet werden. Darum: Schafft die Roaming-Gebühren ab! Denn das sind Renten, die nur die Kunden belasten, ohne zu ihrem Vorteil in den Netzausbau investiert zu werden.